

# MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



## Neues Vertrauen

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft bietet einmalige Chance



## Krankes Modell

Hunderte Corona-Infektionen in der Fleischindustrie



## Einsame Heldin

Lkw-Fahrerin Christina Scheib: Während der Krise mehr gebraucht denn je



[BOECKLER.DE/HANS](https://boeckler.de/hans)

# GESTATTEN? HANS.

Die aktuellsten Nachrichten, Forschungsergebnisse und Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung gibt's jetzt per Newsletter im Zweiwochentakt.

Dazu Interviews, Porträts, Veranstaltungsberichte und natürlich die wichtigsten Termine. Jetzt anmelden und auf dem Laufenden bleiben: [boeckler.de/hans](https://boeckler.de/hans)



Foto: Karsten Schöne

## LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER.

**D**ie neoliberalen Versprechen haben sich in den vergangenen Wochen eines nach dem anderen in ideologische Luftschlösser aufgelöst. Von allein regelt der Markt nicht alles zum Besten für alle. Von allein schafft er keine Gesundheitsversorgung, die über genügend Reserven für den Krisenfall verfügt. Der Markt nimmt keine Rücksicht darauf, welchen Wert Arbeit für eine Gesellschaft hat. Die Krise hat den Wert der Arbeit vieler Menschen neu bewertet. Was systemrelevant ist und was nicht, hat sich in der öffentlichen Wahrnehmung verschoben. Viele gesellschaftliche Versorger haben auch deshalb durchgehalten, weil dort viele Menschen arbeiten, die mit Engagement und manchmal auch mit Improvisationstalent Widrigkeiten überwinden. Nicht die Freiheit der Märkte, sondern die gesellschaftliche Kraft der Solidarität hilft, diese tiefe Krise zu überwinden.

Michael Guggemos,  
Geschäftsführer

@ michael-guggemos@boeckler.de

### Mein Lesetipp

Über die Heldinnen und Helden der Krise wurde in den vergangenen Wochen viel gesprochen. In diesem Heft erzählen sie selbst, wie sie die Krise erlebt und weitergearbeitet haben (Seite 10 ff.).

# IN DIESER AUSGABE ...



## TITELTHEMA: CORONA-KRISE

### **10** Heldinnen und Helden in der Krise

Berufe, die wir brauchen. Von Jeannette Goddar und Andreas Schulte

### **17** Geld für Konjunktur und Klima

Krisenhilfe muss transformativ sein. Von Sebastian Dullien

### **20** Mehr als systemrelevant

Der Wert der Arbeit zeigt sich in der Krise. Von Dorothea Voss

### **22** „Epidemien testen unsere Kultur“

Medizinhistoriker Alfons Labisch erklärt, warum Corona geschichtlich keine neue Situation ist

### **25** Kein Weg ist kostenlos

Jede Gesundheitspolitik hat ihren Preis. Von Alexander Braun

### **28** Harter Schlag

In den USA kollabiert der Arbeitsmarkt – hier bisher nicht. Von Toralf Pusch

### **30** Zeitenwende – aber in welche Richtung?

Das Arbeitsrecht darf nicht schwächer werden. Von Johanna Wenckebach

### **32** „Bleiben Sie gesund und demokratisch!“

Grundrechte muss man pflegen – gerade in der Krise. Von Heribert Prantl

### **34** Das Virus attackiert den sozialen Zusammenhalt

Ein Plädoyer für den Schutz öffentlicher Güter. Von Berthold Vogel

### **36** Im Spagat

Arbeitsdirektoren müssen für Sicherheit sorgen – und die Zeit nach der Krise mitdenken. Von Susanne Kailitz

### **40** Wachsende Ungleichheit in der Krise

Wie die Krise alte Mechanismen verstärkt. Von Bettina Kohlrausch

### **42** „Mit Streams verdienen Künstler kein Geld“

Intendant Olaf Kröck erklärt, warum die Ruhrfestspiele ausfallen

### **45** Wiederaufbau unterstützen, Vertrauen zurückgewinnen

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft als Chance. Von Gabriele Bischoff



# IMMER IM HEFT ...



## 48 Autoritärer Durchgriff

In Osteuropa nutzen die Regierungen die Krise, um Arbeitnehmerrechte zu schwächen. Von Silviu Mihai

## 50 „Wir stehen Giganten gegenüber“

In den USA formiert sich Widerstand gegen die laxen Hygienevorschriften vieler Unternehmen. Von Steven Hill

## 52 Kooperation in Krisenzeiten

In Italien bewährt sich in der Krise die deutsch-italienische Zusammenarbeit. Von Volker Telljohann

## 54 Geschäftsmodell auf der Kippe

Werkverträge in der Fleischindustrie sollen verboten werden. Von Stefan Scheytt

## 56 „Antidemokratische Rebellion“

Der Politologe Samuel Salzborn über Verschwörungstheorien rund um Corona

## 57 Einsatz in der Krise

Böckler-Stipendiaten helfen im Gesundheitssystem mit. Von Fabienne Melzer

## 60 Kollektive schaffen Sicherheit in unsicheren Zeiten

Der Ausgang von Krisen ist das Resultat politischer Kräfteverhältnisse. Von Joris Steg

## 62 Ausgebremst

Der Elektroautohersteller e.Go leidet unter der Krise. Von Andreas Molitor

## KOMPAKT

### 6 NACHRICHTEN

8 CHECK Die Zahlen hinter der Zahl

9 PRO & CONTRA Ein Thema, zwei Experten

## AUS DER STIFTUNG

65 RADAR Böckler-Institute, Böckler-Projekte, Meldungen

66 WIR – DIE STIFTUNG Thema: Corona



### Porträt

Der Journalist JAKOB SIMMANK wollte eigentlich Arzt werden. Jetzt erklärt er in der ZEIT die Corona-Pandemie.

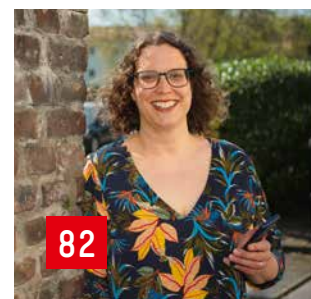
71 ZUR SACHE Daniel Hlava zu Kurzarbeit

## MEDIEN

72 BUCH Rezensionen, Tipps & Debatten

75 DAS POLITISCHE LIED Joseph Beuys: Sonne statt Reagan

76 DIGITAL Links, Apps & Blogs



## RUBRIKEN

3 EDITORIAL

78 FUNDSTÜCK

80 LESERFORUM

81 IMPRESSUM/VORSCHAU

82 MEIN ARBEITSPLATZ



# Ausbildung in Zeiten von Corona

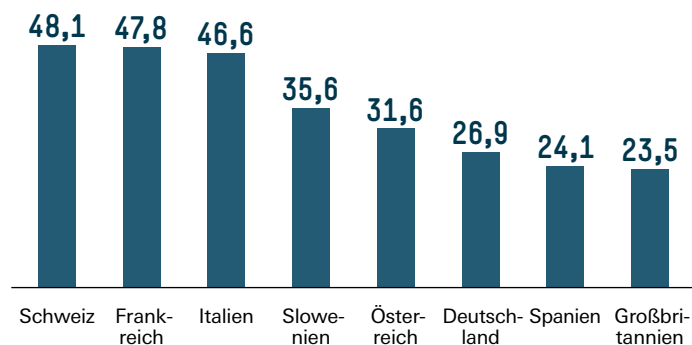
Fast zwei Monate ruhte die Produktion im Sprinter-Werk von Daimler in Düsseldorf, die Ausbildungswerkstatt war menschenleer. Jetzt sind die Azubis zurückgekehrt. Abstand halten ist oberstes Gebot: An den Werkbänken ist jeder zweite Arbeitsplatz gesperrt, im Pausenraum sind die Tische auseinandergerückt. Die Azubis arbeiten in zwei

Schichten, um Kontakte zu reduzieren. Wegen der verkürzten Arbeitszeit müssen die Azubis auch zu Hause noch etwas tun. „Damit geben wir ihnen auch ein Stück Eigenverantwortung“, betont IG-Metall-Vertrauenskörperleiter Metin Duman. Und: „Als Allererstes kümmern wir uns jetzt verstärkt um jene Azubis, die bald Prüfung haben.“

## ARBEITSMARKT

### 50 Millionen Europäer in Kurzarbeit

Beantragte oder tatsächliche Kurzarbeit (in Prozent der Beschäftigten, Stand Anfang Mai 2020)



Quelle: WSI/ETUI: Ensuring fair short-time work – a European overview. 2020

## GLEICHSTELLUNG

### Weit abgeschlagen

In puncto Frauen in Führungspositionen belegt Deutschland unter den europäischen Ländern mit gesetzlicher Regelung für eine ausgewogene Beteiligung von Frauen den zehnten und damit letzten Platz. Die wirksamste Regelung hat Norwegen, gefolgt von Italien, Portugal und Spanien, so eine Studie des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung. Würde der deutsche Gesetzgeber die Geschlechterquote auf alle börsennotierten sowie staatlich kontrollierten Unternehmen ausweiten, den Vorstand einbeziehen und finanzielle Strafen bei Nichteinhaltung einführen, könnte sich Deutschland auf den vierten Platz verbessern.

Quelle: Ambition oder Symbolpolitik? Mitbestimmungsreport Nr. 59, Mai 2020

BETRIEBSRÄTE-PREIS

## Gute Vereinbarungen zur Krise gesucht

Die Corona-Krise stellte viele Betriebsräte vor die Aufgabe, innerhalb kürzester Zeit Regelungen zu Themen wie Kurzarbeit oder Homeoffice zu vereinbaren. Der Deutsche Betriebsräte-Preis 2020 will die Arbeit der Gremien in diesem Jahr außer der Reihe würdigen und hat die Abgabefrist für Projekte, die den Stempel der Corona-Krise tragen, bis zum 21. August verlängert. Bewerben können sich Betriebsräte, die in den vergangenen Wochen Lösungen gefunden haben, die die Folgen der Pandemie für die Beschäftigten abmildern. Sie können ihr Projekt online einreichen. Der Deutsche Betriebsräte-Preis wird vom Bund-Verlag im Rahmen des Deutschen Betriebsrätetags vom 3. bis 5. November 2020 in Bonn vergeben. ■

Bewerbung unter: [www.bund-verlag.de/betriebsrat/deutscherbetriebsraete-preis/Bewerbung-Corona-Preis](http://www.bund-verlag.de/betriebsrat/deutscherbetriebsraete-preis/Bewerbung-Corona-Preis)



Foto: iStock

ERWERBSVERLÄUFE

## Ein Schritt zurück

Erwerbstätige Mütter tragen eindeutig die Hauptlast zusätzlicher Familienarbeit während der Corona-Krise – dies ist die Quintessenz einer aktuellen Onlinebefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. So haben in Haushalten mit Kindern 27 Prozent der Frauen, aber nur 16 Prozent der Männer ihre Arbeitszeit zugunsten der Kinderbetreuung reduziert. Bei Familien mit geringem Einkommen ist die Diskrepanz noch größer. Sie können es sich einfach nicht leisten, auf das – meist höhere – Einkommen des Mannes zu verzichten. Auf längere Sicht, so die Forscherinnen, drohen drastische Folgen für das Erwerbseinkommen von Frauen, allein schon weil eine Rückkehr zur vorherigen Arbeitszeit in vielen Fällen nicht möglich sein wird. ■

Quelle: Bettina Kohlrausch/Aline Zucco: Corona trifft Frauen doppelt. WSI Policy Brief Nr. 40, Mai 2020

# 27%

... der Beschäftigten arbeiten seit der Corona-Krise überwiegend von zu Hause.

Vor der Krise gaben lediglich vier Prozent an, ihre Arbeit größtenteils nicht im Büro zu erledigen. Die Pandemie erwies sich als Katalysator für orts- und zeitflexibles Arbeiten, zumal es für viele Beschäftigte angesichts geschlossener Kitas und Schulen die einzige Möglichkeit war, weiterzuarbeiten. Allerdings sagten 31 Prozent, dass sie die mobile Arbeit als äußerst stark oder stark belastend empfinden.

Quelle: online-Befragung, HBS

WISSEN SIE ...

... dass die Mitbestimmung immer häufiger unterlaufen wird? Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse der Hans-Böckler-Stiftung. Von 950 Unternehmen mit mehr als 2000 Mitarbeitern haben nur 650 (im Jahr 2002 waren es noch 120 mehr) den gesetzlich vorgeschriebenen, paritätisch besetzten Aufsichtsrat. Mindestens 2,1 Millionen Beschäftigte sind durch legale juristische Kniffe oder Gesetzesverstoß von der Mitbestimmung ausgeschlossen.

Quelle: Mitbestimmungsreport Nr. 58, April 2020

EINE FRAGE, ALBERT KRUFFT



Foto: Christian Burkert

## Was bringt ein Lieferkettengesetz?

Ein Gesetz könnte all diejenigen Unternehmer bloßstellen, die nur darauf schauen, wo sie am billigsten produzieren können. Das wäre fair allen Unternehmen gegenüber, die bereits jetzt auf gute Arbeitsbedingungen entlang ihrer Zulieferer achten. Wir haben bei Solvay schon lange eine Globale Rahmenvereinbarung und leben das auch. Natürlich ist es schwierig, die Kette bis zum Ende zu kontrollieren. Wir arbeiten dazu mit IndustriALL Global, dem Weltdachverband der Industriearbeiterschaften, zusammen. Aber wenn schwarze Schafe unter den Zulieferern öffentlich bekannt werden, muss ein Unternehmen handeln. Unternehmen, die auf die Einhaltung von Arbeitsrechten achten, können nur gewinnen. ■

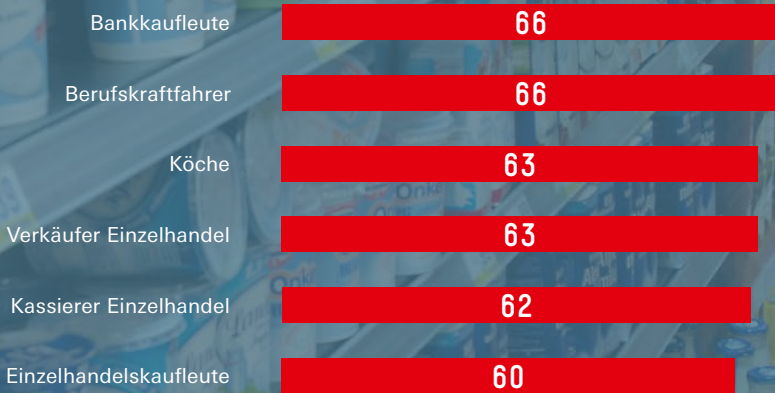
ALBERT KRUFFT ist Vorsitzender Gesamtbetriebsrat von Solvay Deutschland.

# Einzelhandel? Lieber nicht!

**BERUFSWAHL** Es gibt Jobs, die man jungen Leuten nicht unbedingt empfehlen würde, und andere, die boomen. Wir stellen die sechs Tops und sechs Flops vor.

Von Kay Meiners

## Berufe, von denen Beschäftigte mehrheitlich abraten (Nennungen in Prozent)



„Wir waren überrascht, wie oft Beschäftigte vom Einzelhandel abraten“, sagt Malte Lübker, Experte für Tarif- und Einkommensanalysen am WSI. Am Einzelhandel stören die Befragten familienunfreundliche Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung und unangenehme Kunden. Die Zahlen stammen noch aus der Zeit vor der Corona-Krise, die die Lage deutlich verschärft hat. Im Jahr 2018 waren nur noch 36 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel durch Tarifverträge geschützt.

## Berufe, die Beschäftigte mehrheitlich empfehlen (Nennungen in Prozent)



Hohe Empfehlungswerte erreichen Software- und Ingenieurberufe, die ein Studium voraussetzen. Es gibt aber auch Ausbildungsberufe, die häufig empfohlen werden – dies gilt für Mechatroniker (93 Prozent), Fachinformatiker (92 Prozent) oder Industriekaufleute (88 Prozent). Wer als Berufseinsteiger die Wahl hat, sollte sich gezielt einen tarifgebundenen Arbeitgeber suchen, rät der Fachmann Malte Lübker.

Quelle: [www.lohnspiegel.de/WSI](http://www.lohnspiegel.de/WSI) 2020



# Ist der EU-Wiederaufbaufonds richtig?

Foto: Matter Images



## JA.

Eine zügige wirtschaftliche Erholung erfordert Maßnahmen, die die Nachfrage erhöhen, die Investitionen anregen und die ökologische Transformation voranbringen. Vorübergehend werden die Staatsschuldenquoten krisenbedingt überall in der Welt deutlich zunehmen. Wie schnell diese Quoten wieder sinken, hängt davon ab, wie ausgeprägt und nachhaltig der Aufschwung ausfällt. Da die Gefahr besteht, dass höhere Schulden in einigen Euroländern steigende Risikoprämien bewirken und einen wirtschaftlichen Teufelskreis auslösen, ist der EU-Wiederaufbaufonds mit einem Volumen von 750 Milliarden Euro ein Schritt in die richtige Richtung. Die EU würde dadurch erstmals in nennenswertem Umfang Kredite aufnehmen und die Mittel größtenteils als Zuschüsse an die EU-Regionen leiten.

Zwar wird das Transfer-Volumen zwischen den Ländern letztlich relativ gering ausfallen, weil es in einigen Ländern starken Widerstand gegen ein erhöhtes Transferelement im EU-Haushalt gibt, selbst in dem begrenzten Umfang der deutsch-französischen Initiative oder des jüngsten Vorschlags der EU-Kommission. Aber bereits die gemeinsame Kreditaufnahme ist ein entscheidender Schritt, weil sie europäische Solidarität und Entschlossenheit signalisiert. Nicht nur ist eine erhöhte Stabilität letztlich im Interesse aller EU-Staaten, sondern die EU ist auch mehr als nur ein wirtschaftlicher Zusammenschluss. ■

**SILKE TOBER** ist Ökonomin und leitet das Referat Geldpolitik im IMK der Hans-Böckler-Stiftung.

Foto: Robert Recker/Berlin



## NEIN.

Der Einstieg in eine Transferunion wird uns überlasten und bei den Empfängern nötige Reformen weiter verzögern. Ich wünsche mir, dass sich die EU gut entwickelt und der Euro von der geldpolitischen Intensivstation der Europäischen Zentralbank entlassen wird. Der Plan für einen Wiederaufbaufonds erreicht das nicht. Italien, Spanien, Portugal, Belgien, aber auch Frankreich litten schon vor Corona unter zu hohen Staatsschulden. Dieses Problem verschärft sich angesichts der Corona-Krise, und der Wiederaufbaufonds ändert daran nichts. Die Größenordnung ist mit 750 Milliarden viel zu gering – trotz der damit verbundenen Schenkung von mindestens 135 Milliarden Euro von Deutschland an die Nachbarn.

Wir brauchen einen radikalen Neustart für den Euro und die EU. Voraussetzung ist, dass wir die zu hohen Staatsschulden auf intelligente Weise bereinigen. Konkret sollten alle Mitgliedstaaten, auch Deutschland, einen Teil der Staatsschulden auf einen gemeinsamen Schuldentilgungsfonds übertragen. Dieser würde mit sehr lang laufenden Krediten von der EZB refinanziert. Die Staaten könnten ihren wiedergewonnenen finanziellen Spielraum nutzen, um die Wirtschaft zu beleben und zu reformieren. Deutschland könnte mehr im Inland investieren und die Kaufkraft durch Senkung von Steuern und Abgaben gerade im unteren und mittleren Einkommensbereich stärken. ■

**DANIEL STELTER** ist Ökonom, Buchautor und Gründer des Diskussionsforums „Beyond the Obvious“.



Und Ihre Meinung? Was halten Sie davon? Schreiben Sie an [redaktion@boeckler.de](mailto:redaktion@boeckler.de)

# HELDINNEN UND HELDEN IN DER KRISE

**MENSCHEN** Während des Shutdown schälte sich heraus, wer und was wirklich wichtig ist: die Verkäuferin, die jeden Tag hinter der Kasse sitzt. Die Lkw-Fahrerin, die trotz Reisewarnung durch Europa fährt, der Arzt und die Pflegerin, die sich weiter um kranke Menschen kümmern. Sechs Menschen erzählen von ihrem Alltag – und wie sie die Wochen des Stillstands erlebten.

Von Jeannette Goddar und Andreas Schulte



Foto: Rolf Schulten



„ Seit vier Jahren arbeite ich als Hausarzt in Berlin-Neukölln. Dass sich durch Corona vieles ändern würde, war mir früh klar. „So, ab sofort tragen wir alle Mundschutz“, sagte ich eines Morgens im März in der Praxis. Zunächst haben wir versucht, Menschen mit Verdacht auf eine Covid-19-Infektion innerhalb unserer Räume von den übrigen Patienten zu trennen. Das war, wie in vielen Praxen, allerdings nicht möglich. Als wenig später Kollegen berichteten, das Gesundheitsamt habe ihre Praxen schließen wollen, nachdem sie positiv Getestete in ihren Räumen hatten, war klar: Es muss eine andere Lösung her. Wir wollten ja weiterhin für all unsere Patienten bereitstehen. Zuerst haben wir mit Abstrichen durch das geöffnete Fenster experimentiert. Das brachte alle Beteiligten in eine unangenehme Lage: Die Leute standen mitten in Neukölln auf der Straße; ich wiederum konnte sie nicht untersuchen, was mir als Arzt natürlich ein Anliegen ist.

## „Es musste eine Lösung her“

Stefan Karakaya, Hausarzt in Berlin-Neukölln

Schließlich habe ich den alten Wohnwagen der Familie vor die Praxis gestellt, ein bewährtes, aber ausrangiertes Frankreichurlaubs mobil. Den damals noch geöffneten Restaurants in der Straße war das allerdings nicht recht, auch die Mitarbeiter des Ordnungsamts waren schnell zur Stelle. Meine Versuche, den Camper, dessen TÜV abgelaufen ist, legal auf Straßengelände abzustellen, verliefen trotz mehrerer Anrufe im Bezirksamt im Sande. Inzwischen ist er stillschweigend geduldet. Auf diese Weise haben wir, jedenfalls solange das Wetter gut ist, einen pragmatischen Weg gefunden. Patienten mit Covid-19-Verdacht melden sich zu einer festen Zeit am Fenster unserer Praxis. Ich gehe dann in den Wohnwagen und lege eine Schutzausrüstung an, mit der ich die Praxisräume nie betrete. Die Schutzkleidung haben wir uns auf verschiedenen Wegen teils über private Kontakte über Wochen notdürftig besorgen können. Kurz vor Ostern kam schließlich ein lang angekündigtes Paket der Kassenärztlichen Vereinigung.

Insgesamt lässt sich aus der Krise viel lernen. Die ersten Handlungsanweisungen vom Robert-Koch-Institut waren beispielsweise wenig sinnvoll. Darin hieß es, jeder Verdachtsfall solle, in einen kompletten Schutzanzug verpackt, mit dem Notarzt sofort in ein Krankenhaus gebracht werden. Das hätte die Kliniken auf der Stelle überlastet. Besser wäre es, das ambulante Testwesen deutlich zu professionalisieren. Auch für den anstehenden Umzug unserer Praxis ziehen wir unsere Lehren: Wenn es sich einrichten lässt, werden wir dort klar voneinander trennbare Bereiche schaffen. ■

„ Als die Schulen schlossen, hat uns das kaum überrascht. Unsere Partnerschule war schon zu; dort hatte es nach einer Skireise Corona-Fälle gegeben. Wir fragten uns eher, wie gefährdet wir nun sind. Dennoch ging alles super schnell: Die Schülerinnen und Schüler kamen noch einmal, nahmen Materialien mit oder fotografierten sie ab. Dabei haben wir immerhin noch besprochen, wie wir nun Kontakt halten. Zugute kam uns, dass wir in der digitalen Welt schon angekommen waren. Die siebte und achte Klasse, die ich leite, kann Messenger-Dienste nutzen und ist auch imstande, den Eltern das zu erklären. Es half auch, dass unsere Schülerinnen und Schüler schon zuvor sehr selbstständig lernten. Die größte Herausforderung war, ein digitales Logbuch aufzustellen, in das sie ihre Lernfortschritte eintragen. Das hatten sie zuvor auf Papier gemacht.

## „Fast alle arbeiten an eigenen Smartphones“

Friedo Scharf, Lehrer in Berlin-Kreuzberg

Zu Hause arbeiten die Jugendlichen nun fast alle an ihren Smartphones. Computer oder Tablet hat fast niemand. Damit kommen wir zum größten Problem. Im Grunde stellen wir zurzeit fest: Internet ist ein Menschenrecht und muss so behandelt werden. Schulen wie Schülern müsste eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden; zurzeit richte ich fürs WLAN in der Schule zum Beispiel noch einen privaten Hotspot ein. Zum anderen fehlt es an flächendeckenden Konzepten, die erarbeitet, erprobt und durch Fortbildung der Lehrkräfte verbreitet werden. Ich hoffe, dass die derzeitige Krise wenigstens in dieser Hinsicht zu etwas Positivem führt.

Für unseren digitalen Unterricht haben wir uns gegen die Variante entschieden, uns alle um acht Uhr früh vor unseren Geräten zu versam-

eln. Wir Lehrkräfte stellen jeden Morgen eine „Daily Challenge“ online und bitten die Schüler, ihr Ergebnis zu posten. Außerdem muss jeder Schüler uns bis zehn Uhr geschrieben haben, was er oder sie sich für den Tag vornimmt. Bis am späten Nachmittag stehen wir dann für Feedback bereit.

Zum Glück sind wir auch mit den Eltern gut vernetzt via Messenger-Dienst, Telefon, Video. So konnten wir allen mitteilen, dass wir in den zurückliegenden Osterferien auch für nichtschulische Fragen erreichbar sind. Viele Schüler leben in sehr kleinen Wohnungen, teils mit vielen Geschwistern. Es wäre überraschend, wenn es nicht zu Konflikten kommt. Das ist meine größte Sorge: dass zu Hause etwas passiert, in das wir keinen Einblick haben, und Schüler uns wegrutschen. Mit der Schule fehlt nicht nur ein Lernort, sondern auch ein sozialer Raum. Und ein wirklicher Austausch, übrigens auch unter Kollegen, kommt online zu kurz. ■



Foto: Rolf Schulten

„ Ich bin selbstständig und pendle mit meinem Lkw, mit Lebensmitteln beladen, hauptsächlich zwischen Deutschland und Italien. Lkw-Fahrer werden jetzt mehr gebraucht denn je. Ich will da helfen. Aber die Corona-Krise bedeutet für mich und die Branche Einbußen. Vielen unserer Auftraggeber geht es schlechter als sonst. Das verstärkt den Druck auf die Frachtpreise, die ohnehin im Keller sind. Wir müssen für immer weniger Geld fahren.

Solidarität unter den Fahrern erlebt man längst nicht überall. Zum wirtschaftlichen Druck kommt eine unsichere Informationslage. Manche Kollegen halten sich an alle Hygieneregeln, andere begrüßen sich per Handschlag, als gebe es Corona nicht. In den sozialen Netzwerken entlädt sich die Spannung. Dort greifen sich Kollegen untereinander an. Dabei wäre Zusammenhalt so wichtig. Ich würde mir wünschen, dass jeder ein bisschen mehr Verständnis für den anderen aufbringt.

In unserem Alltag auf der Autobahn ist einiges schwieriger geworden: Die Raststätten sind geschlossen. An den Grenzen wird kontrolliert. Es wird Fieber gemessen, wir müssen mehr Papierkram erledigen. Das kostet Zeit. Wenn wir an der Rampe unsere Waren anliefern, dürfen wir nicht selbst abladen. Das erledigen nun Mitarbeiter beim Discounter. Wir wissen nicht, ob auf der Ladefläche alles ordnungsgemäß ausgeführt wird, weil wir vorne in der Kabine sitzen bleiben müssen. So geht auch der Kontakt zu den Menschen verloren. Wenn also jetzt gesagt wird, wir seien „Helden des Alltags“, so muss man auch sagen, dass wir ganz schön einsame Helden sind.

Überhaupt ist dieser ganze Hype um manche Berufe in den Medien völlig übertrieben. Natürlich fühlt es sich gut an, wenn man über die Autobahn fährt,

und oben auf der Brücke klatschen die Leute. Aber letztlich machen wir unseren Job doch wie sonst auch, und dann klatscht keiner. Im Gegenteil: In normalen Zeiten werden wir manchmal behandelt wie Aussätzige. Wir haben in Raststätten zum Beispiel kaum saubere Duschen. Es gibt viel zu wenige Parkplätze, und andere Autofahrer bremsen uns immer wieder aus. Insgesamt müssten Politik und Kontrollbehörden konsequenter gegen Dumpingpraktiken auf dem Transportmarkt vorgehen.

## „Wir sind ganz schön einsame Helden“

Christina Scheib, Lkw-Fahrerin

Meinen Beruf mache ich trotzdem gerne. Es wird nie eintönig, man weiß nie, was als Nächstes passiert. Derzeit ist mein Lkw in Reparatur, aber es kann immer sein, dass ich auch nachts einen Anruf bekomme und dann sofort losfahren muss. Das kommt mir entgegen, denn bei allem, was ich tue, gebe ich 120 Prozent. ■



„Erst als das Virus in Italien ankam, wurde mir so richtig bewusst, dass es auch uns bald erreichen würde. Da bekam ich es schon mit der Angst zu tun. Die Angst fährt seither immer mit im Bus. Mir war aber trotzdem von vornherein klar: Ich werde weiterfahren. Die Menschen haben ein Recht auf Beförderung. Viele von ihnen haben den Nahverkehr bisher als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Vielleicht führt die Krise ihnen vor Augen, dass dies nicht so ist. Das würde ich mir wünschen.

Für uns Fahrer ist nun nur noch wenig selbstverständlich. Vieles hat sich geändert. Mein Arbeitgeber, die Hallesche Verkehrs AG, hat zum Glück schnell auf das Virus reagiert. Der Vordereinstieg der Busse wurde gesperrt, und man hat uns Fahrern eine Kabine aus Plastikpläne mit einem kleinen Fenster zum Fahrgastraum gebaut.

Trotz der Ansteckungsgefahr helfe ich den Fahrgästen, wenn sie zum Beispiel mit dem Ticketautomaten Probleme haben. Natürlich wahre ich den Sicherheitsabstand. Auf diese Änderungen stellt man sich ein. Manche fordern eine Kabine auch für die Zeit nach Corona – wie bei Straßenbahnen. Aber ich bin dagegen, weil ich die Nähe zu den Fahrgästen mag. Im Moment muss ich darauf natürlich verzichten.

Auch im Umgang mit den Kollegen hat sich einiges geändert. Wir wahren alle den Sicherheitsabstand. Aber es fällt nach 30 Berufsjahren schon schwer, etwa auf Umarmungen mit befreundeten Kollegen zu verzichten. Insgesamt merkt man bei uns Fahrern die Verunsicherung bei der Einschätzung der Lage. Einige bezweifeln die Gefährlichkeit des Virus, das geht hin bis zu Verschwörungstheorien. Diese Kollegen tragen die neuen Schutzmasken daher nur schweren Herzens. Anderen gehen die allgemeinen Einschränkungen hingegen nicht

weit genug. Da haben wir die ganze Bandbreite an Meinungen.

Von einem möglicherweise erhöhten Krankenstand durch Corona oder durch die vereinfachte Krankschreibung weiß ich nichts. In unserem Notfahrplan fallen jedenfalls keine Touren aus. Wir fahren nur noch gut zwei Drittel der üblichen Fahrten, denn die Fahrgastzahlen sind eingebrochen.

Trotzdem kommen wir als städtische Angestellte in der Krise noch vergleichsweise gut weg. Unser Unternehmen hat auf Kurzarbeit verzichtet. Wäre es anders gekommen, hätte das viele Kollegen mit Familien hart getroffen. Die Minderarbeit wird bei uns über Arbeitszeitkonten geregelt. Allerdings liegt meine begonnene Ausbildung zum Straßenbahnfahrer erst einmal auf Eis.

Ich habe jetzt Urlaub und langweile mich zu Tode. Man kann ja nicht verreisen. Ich sitze viel auf dem Balkon und informiere mich über die Lage. Manchmal besuche ich meine 80-jährige Mutter. Sie sieht ein, dass es zu riskant wäre, wenn ich ihr Haus betrete. Deshalb steht sie bei meinen Besuchen auf ihrem Balkon und ich unten. Ich freue mich auf den Arbeitsbeginn nächste Woche. Aber, wie gesagt: Die Angst fährt mit. ■

## „Die Angst fährt mit“

Markus Kowollik, Busfahrer in Halle





## „Ständig laufen wir der Mitbestimmung hinterher“

Bettina Rödiger, Kinderkrankenpflegerin und Betriebsrätin in München

„ In unserem Krankenhaus gab es nicht ganz zufällig die ersten Covid-19-Fälle; von fünf Münchner Kliniken ist es bei Pandemien die erste Anlaufstelle. Als im Februar Mitarbeiter des Autozulieferers Webasto aufgenommen wurden, fuhr die Leitung die Intensivkapazitäten hoch und schichtete Personal um. Wenn von der Zahl der Intensivbetten und Beatmungsgeräte die Rede ist, führt das ja in die Irre: Entscheidend sind die Fachkräfte, und da zeigen sich aktuell die Auswirkungen einer jahrelangen Sparpolitik besonders deutlich: In der Kinderintensivmedizin werden seit Jahren Münchner Patienten nach Murnau oder Salzburg geflogen, weil bei uns Betten – also Fachkräfte – fehlen.

Ich arbeite üblicherweise in der Kinder- und Jugendpsychosomatik, in der wir zum Beispiel Essstörungen oder Depressionen behandeln. Die ist nun geschlossen, weil sie als nicht systemrelevant gilt. Seit März bin ich innerhalb der Kinder- und Jugendklinik auf der Intermediate-Care-Station tätig, einer Art Vorstufe zur Intensivstation. Zunächst bin ich bis Ende Juni versetzt.

Immerhin wurde ich gefragt, ob ich auf diese Station möchte. Häufig ist das nicht so. Wir Betriebsräte laufen seit Beginn der Corona-Krise der Mitbestimmung hinterher: weil Leute nicht dort arbeiten wollen, wohin sie versetzt wurden, weil es an Schutzausrüstung fehlt oder weil sie – das gelockerte Arbeitszeitgesetz macht das möglich – in Zwölf-Stunden-Schichten arbeiten sollen. Wer zwölf Stunden unter einer FFP3-Maske gegen einen Filter atmet, ist völlig fertig. Die Konzentration nimmt ab, die Fehlerquote nimmt zu, das Eigeninfektionsrisiko steigt. Weil krisenbedingt auch das Katastrophen- und das Infektions-

schutzgesetz geändert wurden, gilt es nun jede Menge Neuregelungen zu beachten. Auch das ist wirklich krass.

Den Applaus für Pflegekräfte sehe ich zwiespältig. Einerseits hoffe ich, dass vielen endlich bewusst wird, was diese Leute leisten. Andererseits kämpfen wir seit Jahren um bessere Bedingungen. Jedem könnte längst klar sein, dass eine angemessene Versorgung aktuell gar nicht möglich ist. Insofern wäre Unterstützung schön gewesen, bevor die Menschen sich in einer existenziellen Bedrohungslage fühlen. Den Hinweis, dass mehr Engagement gut wäre, würde ich auch an den eigenen Berufsstand richten. Wenn sich mehr Pflegenden aktiv für ihre Rechte und erträgliche Arbeitsbedingungen einsetzen, würde das sicher helfen. ■

” Im Marktkauf in Gelsenkirchen regle ich morgens die Einlasskontrolle. Eigentlich bin ich als Haustechniker beschäftigt und Betriebsrat. Den Dienst an der Tür mache ich freiwillig. Ich habe zwar Respekt vor dieser Aufgabe, aber keine Angst, mich anzustecken. Ich mache einfach, was notwendig ist. Auf diesem Standpunkt stehe ich sonst auch.

Zu Beginn der Krise wusste ich manchmal gar nicht, welchen Hut ich aufhabe, so vielfältig wurden plötzlich die Aufgaben. Bin ich Haustechniker, Betriebsrat, Einlasskontrolleur oder

eine Nachbarin von mir für uns gut 50 Schutzmasken genäht. Und auch unter den Kollegen sehe ich eine positive Entwicklung: Corona verstärkt die Solidarität. Wir passen besser aufeinander auf als zuvor. Gerade heute wurde mir das wieder bewusst. Ich hatte sehr schlecht geschlafen, und tatsächlich bemerkte ein Kollege im Markt dies und fragte mich: „Fehlt dir was? Du siehst ein bisschen schlecht aus heute.“ Genau diese Art der Achtsamkeit ist in der Corona-Zeit wichtig. Deshalb begrüße ich jeden Kunden, selbst wenn nicht immer etwas zurückkommt. Ich will jedem das Zeichen geben: Du bist nicht allein. Das lebe ich.

Mittlerweile hat sich bei Belegschaft und Kunden eine gewisse Gewöhnung eingestellt. Das sieht man auch an den Schutzmasken, die immer häufiger als Accessoire verstanden werden. Kürzlich kam ein Mädchen mit Mundschutz herein. Kinder müssen gar keine Maske tragen, aber sie wollte es, weil sie ihre, mit einem rosa Einhorn darauf, so schön fand. Dennoch: Ich brauche so eine Krise kein zweites Mal. ■

# „Plötzlich steht man im Mittelpunkt“

Edgar Fischer, Haustechniker in Gelsenkirchen

einfach Kollege? Es gab Unmengen an Informationen, aber leider auch genauso viel Unsicherheit. Kollegen und Kolleginnen, aber auch Kunden kamen auf mich zu: Stecke ich mich an, wenn jemand niest, woher bekomme ich Schutzkleidung, was ist überhaupt Corona...? Auch das Ordnungsamt will seine Auflagen an den Arbeitsschutz erfüllt sehen. Ohne es zu wollen, steht man plötzlich im Mittelpunkt.

Absolut chaotisch waren die Hamsterkäufe. Da hat man bei so manchem Kunden die Panik in den Augen gesehen. Auf dem Parkplatz ist ein Mopedfahrer umgekippt, weil er sein Gefährt mit Unmengen Klopapier beladen hatte. Von solchen Überreaktionen lasse ich mich nicht anstecken. An der Einlasskontrolle geht es teilweise noch immer aggressiv zu, aber zu Gewalt ist es noch nicht gekommen. Diskussionen sind hingegen Alltag, zum Beispiel weil Kunden nicht einsehen, dass sie wegen der Abstandsregeln einen Einkaufswagen mit in den Markt nehmen müssen. Mittlerweile ist es ruhiger geworden, aber wenn es einmal zu Diskussionen kommt, sind die nun heftiger. Kürzlich musste sich eine Kollegin ein „Leck mich am Arsch“ anhören.

Doch es gibt auch gute Seiten. Als Belegschaft erhalten wir viel Dankbarkeit. Beispielsweise hat





# Geld für Konjunktur und Klima

**ÖKONOMIE** Das neue Konjunkturprogramm der Bundesregierung bietet gute Ansätze für den Einstieg in eine transformative Agenda. Die Maßnahmen zur kurzfristigen Stabilisierung der Konjunktur sind dagegen schwächer ausgeprägt.

Von **Sebastian Dullien**, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung

**D**erzeit ist es schwierig, den Überblick über die staatlichen Hilfsprogramme zur Stützung der Wirtschaft zu behalten. Nach Angaben der Bundesregierung summieren sich bereits bis Mai die beschlossenen Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern auf mehr als 400 Milliarden Euro. Während diese Summe vor allem dafür genutzt wurde, Liquidität bei den Unternehmen zu sichern und über großzügigere Regeln beim Zugang zur Kurzarbeit Beschäftigung zu stabilisieren, folgte Anfang Juni nun das erste echte Konjunkturpaket, wieder mit einem dreistelligen Milliardenvolumen. Mit den neuen Maßnahmen soll nun ganz ausdrücklich die Nachfrage angekurbelt werden.

Das tut bitter not: Hatten zu Beginn der Krise noch viele Volkswirte die Hoffnung geäußert, die Ausbreitung des Virus und die Kontaktbeschränkungen im In- und Ausland würden nur kurz den Wirtschaftskreislauf unterbrechen und die ausgefallene Produktion werde schnell nachgeholt, hat sich inzwischen die Einschätzung durchgesetzt, dass die Krise langfristige Schäden in der Wirtschaft hinterlassen wird. In den Monaten der unterbrochenen Lieferketten und massiver Kurzarbeit (und steigender Arbeitslosigkeit) haben viele Unternehmen ihre Reserven verbrannt. Viele Betriebe haben nun konkrete Liquiditätsprobleme. Kurzarbeit und Jobverluste belasten derweil die Einkommen der Privathaushalte. Deshalb schwächeln nun nicht nur die Neubestellungen für Ausrüstungen, sondern auch der Konsum.

Bei dem Konjunkturpaket – wie schon mit den Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld – folgen die handelnden Politiker in vielen Teilen dem Drehbuch aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. Nicht zu Unrecht: Damals hatten die meisten Prognostiker eine lange Krise und eine langsame Erholung vorhergesagt. Es folgte ein – damals eigentlich wissenschaftlich zumindest in Deutschland verpöntes – Konjunkturprogramm, und die Wirtschaft erholte sich viel schneller, als vorhergesagt.

## Der Ruf nach Transformation

Und während in der Öffentlichkeit weitgehend akzeptiert ist, dass in einer äußerst außergewöhnlichen Situation auch außergewöhnlich hohe Summen aufgerufen werden, waren in den Verhandlungen zum Konjunkturpaket zuletzt Rufe lauter geworden, die Ausgaben nicht nur auf eine einfache Konjunkturstützung zu fokussieren, sondern zugleich auch „transformativ“ auszurichten. Dafür müsste mit den Ausgaben auch der Umbau der Industriegesellschaft zu einer sozialeren und klimafreundlicheren Wirtschaftsweise gefördert werden.

Grundsätzlich ist die Forderung völlig richtig. Alles deutet darauf hin, dass nach der Corona-Krise die öffentliche Schuldenquote Deutschlands von knapp unter 60 Prozent auf 70 bis 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen sein wird. Bereits der im März beschlossene Nachtragshaushalt des Bundes sieht über die kommenden 20 Jahre rund acht Milliarden Euro ►

Temporäre Steuersenkung, höhere Schulden: Die Regierung stellt auf der Bundespressekonferenz am 3. Juni das neue Corona-Konjunkturpaket vor.

► Tilgung pro Jahr vor – Mittel, die für andere Investitionen fehlen werden.

Die Gefahr besteht nun, dass es künftig in der politischen Diskussion heißt, für Zukunftsinvestitionen in Transformation, Verkehrswende, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung sei jetzt leider kein Geld mehr da. Ökonomisch ist dieses Argument zwar falsch, da die Zinsen anhaltend niedrig bleiben dürften und viele der notwendigen Zukunftsinvestitionen hohe Renditen für den Staat in Form höheren Wirtschaftswachstums und höherer Steuereinnahmen in der Zukunft versprechen. Angesichts der weit verbreiteten Sorge in Deutschland vor drohender Überschuldung des Staates dürfte es aber trotzdem politische Wirkung zeigen.

Deshalb ist es wichtig, einen möglichst großen Anteil der konjunkturwirksamen Ausgaben so zu verwenden, dass die Wirtschaft damit in die richtige Richtung bewegt wird. Von daher ist es hochehrfreulich, dass das Konjunkturpaket unter dem Titel „Zukunftspaket“ massive Investitionen in Nachhaltigkeit und Zukunftstechnologien enthält – von denen viele jenen ähneln, die in dem Ende Mai erschienenen Gutachten des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung und dreier anderer Institute im Auftrag des Bundesumweltministeriums vorgeschlagen wurden.

Allerdings darf bei einer transformativen Ausrichtung von Konjunkturprogrammen auch nicht

das erste Ziel, die kurzfristige Stützung von Nachfrage, Produktion und Beschäftigung, vergessen werden. In der Krise 2008/09 stellten renommierte US-Ökonomen die These auf, Konjunkturprogramme müssten den „drei Ts“ genügen: Sie müssten „timely“, „targeted“ und „temporary“ sein. Schnell (timely) bedeutet dabei, dass die Programme schnell wirken müssen. Zielgerichtet (targeted) bedeutet, dass die Gelder so eingesetzt werden sollen, dass ein möglichst großer positiver Effekt für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage entsteht. Das Kriterium der zeitlichen Begrenztheit (temporary) sollte sicherstellen, dass mit den Maßnahmen nicht langfristig die öffentlichen Haushalte belastet werden, sodass keine spätere Überschuldung droht.

Die Kriterien der Geschwindigkeit und der Zielgenauigkeit gelten nach wie vor, auch wenn in der aktuellen Debatte den drei Ts ein viertes T für „transformativ“ hinzugefügt worden ist. Für viele der Ideen für eine sozialökologische Transformation sind diese Kriterien aber leider nicht voll erfüllt. Der Aufbau eines Wasserstoffnetzes etwa ist zwar transformativ richtig, aber kaum innerhalb weniger Monate umzusetzen.

Das Kriterium der zeitlichen Begrenztheit ist dagegen heute weniger wichtig – zumindest, wenn es um öffentliche Investitionen mit großem Potenzial geht, um das langfristige Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Da diese Investitionen an sich mittelfristig die Staatsfinanzen



Foto: Jose Giribas/Strödeutsche Zeitung Photo

durch dann höhere Steuereinnahmen entlasten und gleichzeitig die Zinsen für deutsche Staatsanleihen sogar negativ sind, kann und sollten sie Teil einer Stabilisierungsstrategie sein. Anders sieht es mit dauerhaften Steuersenkungen zur Konjunkturstützung aus: Diese sind auch heute nicht sinnvoll, weil sie weder zeitlich begrenzt sind noch mittelfristig die Staatsfinanzen entlasten. Deshalb ist es gut, dass sich solche auch nicht im Konjunkturpaket finden.

#### Kriterien für ein gutes Programm

Was heißt das nun ganz konkret für ein gut designedes Konjunkturprogramm? Elemente mit kurzfristig vor allem nachfragestabilisierendem Charakter sollten kombiniert werden mit massiven transformativen Investitionen. Diese Investitionen würden zwar überwiegend nicht sofort voll greifen, aber bereits jetzt die Erwartungen der Unternehmen stabilisieren. Außerdem würden sie die Nachfrage stützen, wenn der Effekt der kurzfristigen Maßnahmen ausläuft.

Das erfolgreiche Konjunkturpaket II aus dem Jahr 2009 bestand ebenfalls aus einer Kombination kurzfristiger und mittelfristiger Maßnahmen: Kurzfristige Nachfrageankurbelung mit Abwrackprämie, Abschreibungsregeln und Kinderbonus und mittelfristig die Steigerung der Kommunalinvestitionen. Die Transformation spielte damals dagegen praktisch keine Rolle. Das Anfang Juni beschlossene Konjunkturpaket der



**Elemente mit kurzfristig vor allem die Nachfrage stabilisierendem Charakter sollten kombiniert werden mit massiven transformativen Investitionen.**

Bundesregierung hat nun eine Reihe guter Ansätze für einen Einstieg in eine transformative Investitionsagenda. Dagegen sind die Maßnahmen zur kurzfristigen Konjunkturstabilisierung schwächer ausgeprägt. Inwieweit die vorübergehende Mehrwertsteuersenkung hier wirklich hilft, muss sich erst noch zeigen. Sehr groß bleibt hier die Gefahr, dass die Unternehmen die Steuersenkung nicht in Form niedrigerer Preise an die Kunden weitergeben. Dann droht der Impuls zu verpuffen. ■



# Mehr als systemrelevant

**KRITISCHE INFRASTRUKTUR** Wie wichtig die Arbeit von Pflegekräften oder Verkäuferinnen ist, wissen Gewerkschaften nicht erst seit der Corona-Pandemie. Sie fordern seit Jahren eine Bezahlung, die dem Wert der Arbeit angemessen ist. Ein Selbstläufer wird die Forderung auch in Zeiten von viel Applaus für diese Beschäftigten nicht.

Von **Dorothea Voss**, Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung – Foto **Frank Hoermann/Sven Simon**

**O**hne die Arbeit von Pflegekräften, Verkäuferinnen und Verkäufern, Lkw-Fahrern und Paketboten geht es nicht. Während des Shutdown konnten sie nicht zu Hause bleiben. Ohne ihre Arbeit hätten wir nichts zu essen gehabt und wären im Krankheitsfall nicht behandelt worden. Selbst das Paket mit Bauklötzen bekam für Eltern in Zeiten von geschlossenen Kitas und Homeoffice eine neue Bedeutung.

Sie sind ohne Zweifel systemrelevant. In der Wirtschaftskrise 2008/2009 wurden Banken so bezeichnet und deshalb mit viel Staatsgeld gestützt. Die Berufe, um die es jetzt geht, sind allerdings mehr als systemrelevant: Sie gehören zur kritischen Infrastruktur, die das Leben einzelner Menschen sichert und dafür sorgt, dass Gesellschaft funktionieren kann. Sie orientiert sich am Gemeinwohl und funktioniert auch in der Krise. Das sicherzustellen ist Sache des Staates. Der Markt kann das nicht leisten, weil er nur das Angebot zur Verfügung stellt, das sich rechnet.

Seit den Erfahrungen in diesem Frühjahr erhalten gesellschaftsrelevante Arbeit und diejenigen, die sie leisten, viel Rückenwind. In einer repräsentativen Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung aus dem April unterstützen 94 Prozent der Befragten die Forderung nach besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Berufen.

Ein Selbstläufer wird die Aufwertung dieser Berufe deshalb nicht. Es geht immerhin darum, die Löhne und Arbeitsbedingungen auf ein anderes Plateau zu heben und die flächendeckende Anwendung sicherzustellen. Das Lohnniveau in Berufen der kritischen Infrastruktur hinkt hinterher: Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) werden

über 90 Prozent der Beschäftigten in diesen Berufen unterdurchschnittlich bezahlt. Wie sich das ändern kann, zeigen die Analysen des Forscherteams um Ute Klammer vom Institut Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen und der Hans-Böckler-Stiftung.

In vielen dieser Berufe werden bestimmte Anforderungen gar nicht gesehen; sie fließen daher auch nicht in die Bewertung der Arbeit ein. So wird traditionell zwar bewertet, wie viele Mitarbeiter einer Führungskraft unterstellt sind. Wie viel Verantwortung jemand für das psychische und physische Wohlergehen von Patienten, Kindern oder Jugendlichen trägt, geht aber nicht in die Bewertungen ein. Für gewöhnlich führt gefährliche Arbeit, zum Beispiel mit Feuer oder in großer Höhe, zu einem höheren Lohn als ungefährliche Arbeit. Gefährdungen durch ein hohes Infektionsrisiko, wie im Pflege- oder Erziehungsbereich, werden aber selten bewertet. Auch psychosoziale Anforderungen einer Tätigkeit – zum Beispiel muss im öffentlichen Dienst die Einhaltung von Abstandsregeln im öffentlichen Raum auch gegen Widerstand durchgesetzt werden – haben einen geringeren Stellenwert bei der Arbeitsbewertung als Fachwissen, das jemand durch Bildungsabschlüsse erworben hat.

Die Hebel für die Aufwertung von Arbeit müsste natürlich jemand betätigen. Beschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften sind hier mit im Boot, und grundsätzlich werden auch Arbeitgeber nichts gegen eine Aufwertung von Arbeit haben. Allerdings stellt sich die Frage, wie die Aufwertung finanziert wird. Prominentes Beispiel ist hier die Aufwertung von Arbeit in der Altenpflege. Die Löhne werden aus der Pflegeversicherung gezahlt, und die Beiträge sollen



möglichst gering gehalten werden. Auch an überkommenen Finanzierungsstrukturen soll nicht gerüttelt werden. Heinz Rothgang von der Uni Bremen hat in einem Böckler-geförderten Gutachten berechnet, dass eine Zusammenführung des privaten und des gesetzlichen Zweigs der Pflegeversicherung in eine Bürgervollversicherung finanziellen Spielraum auch für höhere Löhne bringen würde. Die Umsetzung scheitert aber an den Interessen derjenigen, die vom jetzigen Finanzierungssystem profitieren.

Selbst wenn die Löhne in Berufen der kritischen Infrastruktur auf ein höheres Niveau steigen, bliebe die Frage, wie es flächendeckend umgesetzt wird. Der öffentliche Bereich unterliegt zwar zu 100 Prozent der Tarifbindung, in privatwirtschaftlich organisierten Bereichen der kritischen Infrastruktur würde aber nur ein Bruchteil der Beschäftigten davon profitieren. Nur noch 36 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel sind durch Tarifverträge geschützt. In der Altenpflege lehnen es private Anbieter prin-

zipiell ab, verbindliche Lohnhöhen zu vereinbaren. Die Löhne sollen sich am Markt herausbilden. Im Klartext heißt das: Nur so viel zahlen wie nötig! Jeder Euro mehr Lohn senkt in dem ansonsten hoch regulierten Pflegebereich den Profit. Die Folge: Nur rund 20 Prozent der privaten Anbieter in der Altenpflege sind tarifgebunden.

Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, den Berufen der kritischen Infrastruktur einen höherwertigen Platz in der Gesamtstatik der Entgelte zu geben. Zu viele Bereiche funktionieren derzeit nach Regeln, in denen das Wohl der Allgemeinheit keine Rolle spielt. Daher ist jetzt Zeit für eine Kurskorrektur. Das öffentliche Interesse sollte einen höheren Stellenwert bei der Lohnfindung in gesellschaftsrelevanten Bereichen haben. Ebenso besteht ein öffentliches Interesse daran, dass ausgehandelte Löhne und Arbeitsbedingungen flächendeckend gelten. Es ist im Interesse aller, im Interesse der Beschäftigten in den Berufen, und es erhöht den gesellschaftlichen Wohlstand und stärkt das Gemeinwohl. ■

Öffentliches Leben in Zeiten der Corona-Pandemie in München. Ein Paketbote mit Mund-Nasen-Schutz liefert Pakete aus.

# „Epidemien testen unsere Kultur“

**GESELLSCHAFT** Der Medizinhistoriker Alfons Labisch erklärt, warum Deutschland in der Corona-Krise relativ gut dasteht, was wir in Zukunft ändern müssen – und welche positiven Effekte vom Krisenmanagement bleiben könnten

Das Gespräch führten **Kay Meiners** und **Andreas Molitor** –  
Foto **Karsten Schöne**



**”** Wenn man einmal die Seuchen der Vergangenheit betrachtet: Welche sozialen Gruppen waren am stärksten betroffen?

Die Armen! Das ist eine Grunderfahrung aus der Geschichte der Medizin, und sie gilt bis in die Gegenwart: Arme waren und sind medizinisch zu allen Zeiten unzureichend versorgt, ihr Gesundheitszustand war und ist schlechter, und ihre Lebenserwartung war und ist deutlich niedriger. Die mehrfach wiederkehrenden Pestepidemien im späten Mittelalter trafen besonders die Ar-

menviertel, und im 19. Jahrhundert wütete die Cholera besonders schlimm in den Vierteln mit schlechten Hygienebedingungen und mangelhafter Wasserversorgung.

**Und jetzt, in Zeiten von Corona?**

Bislang gibt es meines Wissens keine validen Studien zur Verteilung der Corona-Todesfälle über die sozialen Schichten. Allerdings existieren einige Untersuchungen über die maßgeblichen klinischen Risikofaktoren. Es fällt auf, dass Fettleibigkeit bei Corona nahezu die gleiche Risiko-

wertigkeit hat wie Bluthochdruck, Herz- oder Lungenerkrankungen. Und Fettleibigkeit ist nun einmal sozial ungleich verteilt. Menschen aus den niedrigen Einkommensgruppen leiden bis zu dreimal so häufig unter starkem Übergewicht wie Angehörige höherer sozialer Schichten. Es spricht also viel dafür, dass auch bei der Sterblichkeit an Corona soziale Faktoren von Relevanz sind.

**In Ihrem neuen Buch schreiben Sie, dass Epidemien Gesellschaften auf den Prüfstand stellen und dass insbesondere die Werte einer Gesellschaft auf Belastbarkeit getestet werden. Was beobachten Sie in der Corona-Krise?**

Epidemien stellen die Art des Zusammenlebens und letztlich unsere Kultur infrage. Sie sind gewissermaßen soziale Krankheiten. Darum werden in Krisenzeiten immer Diskussionen über die Grundwerte einer Gesellschaft geführt. Aus Gesprächen weiß ich, dass Wirtschaftsvertreter sagen: Sollten wir nicht die „paar Toten“ in Kauf nehmen, um den verheerenden wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen? Meine Gegenfrage wäre: Sollen wir nicht die Corona-Krise für eine überfällige Bereinigung des Marktes nutzen, um so viele Menschen wie möglich zu retten?

**Wolfgang Schäuble hat sich nicht ganz so drastisch, aber letztlich mit einer ähnlichen Stoßrichtung geäußert. Er sagte, es habe nicht alles andere „vor dem Schutz von Leben zurückzutreten“. Wenn es überhaupt einen absoluten Wert im Grundgesetz gebe, sei das die Würde des Menschen. Teilen Sie diese Einschätzung?**

In der jetzigen Situation wirkt so ein Satz wie ein Hammerschlag. Aber rechtlich trifft er zu, denken Sie an Notwehr oder an das Polizeirecht. In Grenzbereichen muss zwischen den Grundrechten abgewogen werden. Dazu haben sich Verfassungsrechtler klar geäußert. Die Tatsache, dass das Leben ein hohes Gut ist, aber der Schutz nicht absolut sein kann, ist die Basis eines jeden Abwägungsprozesses. Schäubles Satz war in dieser Zeit vielleicht etwas unglücklich, aber er zielt auf den Kern der Öffnungsdiskussion. Wer das wirtschaftliche und soziale Leben nicht ersticken will, nimmt implizit immer Schwerkranke und Tote in Kauf.

**Wir brauchen also immer eine Wertediskussion?**

Ja, aber die Diskussion wird ja auch geführt. Ich

streite mich etwa mit meinem Freund und Kollegen, dem Sozial- und Wirtschaftshistoriker Reinhard Spree. Er kritisiert, dass die harten Entscheidungen der Politik auf invaliden Daten beruhen.

**Und was entgegnen Sie?**

Dass Politiker und Ärzte ihre Entscheidungen unter Bedingungen der Unsicherheit fällen müssen, dass sie dabei möglicherweise Fehler machen. Aber bevor ich aus langfristigen Studien weiß, was richtig und angemessen ist, schreitet die Epidemie weiter fort. Und es sind dann möglicherweise viele Menschen gestorben, deren Tod vermeidbar gewesen wäre.

**Wenn Sie sich die Gesellschaft als Ganzes oder das Verhalten großer Teile der Bevölkerung anschauen, was fällt Ihnen auf?**

Die Menschen in Deutschland haben sich von heute auf morgen sehr vernünftig verhalten – das hat sich ja auch bald in den Ansteckungszahlen niedergeschlagen. Man kann das durchaus „solidarisch“ nennen. So, wie sich in einer schweren Krankheit der Charakter eines Menschen zeigt – fängt er an, zu jammern, oder nimmt er sein Schicksal in die Hand? –, so offenbart sich in einer schweren Seuche der Charakter einer Gesellschaft, derjenigen, die diese Gesellschaft bilden, und derjenigen, die sie regieren. Hierzu fallen uns sicherlich einige Beispiele ein.

**Sehen Sie langfristige Effekte des Umgangs mit der Corona-Krise für das Wertegerüst unserer Gesellschaft?**

Ich hoffe, dass diese Krise zu einer gewissen Besinnung führt und dass die Menschen auf Dauer etwas mehr aufeinander achtgeben, dass sie nicht wieder völlig in die alten Gewohnheiten verfallen, in die Rast- und Ruhelosigkeit.

**In den Jahren 1957 bis 1959 forderte die Asiatische Grippe in Deutschland geschätzt rund 29 000 Tote. Das wurde recht klaglos hingenommen. Die Corona-Epidemie verzeichnete bis Ende Mai rund 8400 Todesfälle. Was hat sich in der Wahrnehmung geändert?**

Damals regte sich in der Tat kaum jemand auf. Nur die Arbeitgeber beschwerten sich über die vielen Krankschreibungen – es war ja gera- ►

**ALFONS LABISCH**, 73, schöpft sein akademisches Wissen aus drei Studiengängen: Er ist Mediziner, Soziologe und Historiker. Von 1991 bis 2011 hatte er den Lehrstuhl für Medizingeschichte an der Universität Düsseldorf inne. Der Schwerpunkt seiner Veröffentlichungen liegt auf der Sozialgeschichte des öffentlichen Gesundheits- und Krankenhauswesens. Auch nach seiner Emeritierung genießt der Wissenschaftler international einen hervorragenden Ruf. Labisch setzt sich intensiv für Kooperationen mit japanischen und chinesischen Universitäten ein; die Beijing Foreign Studies University ernannte ihn 2016 zu ihrem Ehrenprofessor.



Die Corona-Krise hat unsere Art, zu leben, ins Wanken gebracht. Dies geschieht keineswegs zum ersten Mal – und wird sich sicher wiederholen. Zusammen mit Co-Autor Heiner Fangerau hat Alfons Labisch das Buch „**Pest und Corona. Pandemien in Geschichte, Gegenwart und Zukunft**“ geschrieben. Die Autoren erörtern Pandemien samt Covid-19 in ihren historischen, aktuellen und künftigen Dimensionen. Bei Herder als E-Book und Print für 18 Euro. [www.herder.de/geschichte-politik-shop/pest-und-corona-gebundene-ausgabe/c-34/p-18879/](http://www.herder.de/geschichte-politik-shop/pest-und-corona-gebundene-ausgabe/c-34/p-18879/)

► de die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingeführt worden. Aber auch in den Jahren 2014 bis 2018 hatten wir eine Übersterblichkeit bei der Grippe, also eine Erhöhung der statistischen Sterbezahlen von 20 000 bis 25 000 Menschen pro Jahr. Manche Krankheiten werden skandalisiert, so wie im 19. Jahrhundert die Cholera, andere nicht. Im Vergleich zu früheren Grippe- oder Corona-Epidemien ist jetzt ein ganz anderer Angstlevel zu beobachten.

#### Warum? Ist Corona so viel gefährlicher?

Die SARS-Epidemie von 2003, die erste große Corona-Pandemie, hatte zunächst eine hohe Letalität, die sich dann bei rund zehn Prozent einpendelte. Die Sterblichkeit der MERS-Epidemie von 2012 liegt bei 35 Prozent. Die Entscheidungsträger haben angenommen, dass etwas Ähnliches auf uns zukommen kann. Das galt besonders, als die klassischen Containment-Strategien, also die Verfolgung und Eingrenzung der Einzelfälle, versagten und es sich abzeichnete, dass das Gesundheitssystem zusammenbrechen könnte. Man muss aber immer schauen, wie groß der Schaden ist, der durch die Gegenmaßnahmen entsteht. Wie bei Medikamenten gibt es auch bei öffentlichen Gesundheitsmaßnahmen Nebenwirkungen – etwa weil andere Operationen verschoben werden oder Menschen sich nicht mehr ins Krankenhaus trauen oder weil schließlich große Be-

reiche des gesellschaftlichen Lebens stillgelegt werden.

#### Sie schreiben, es brauche ein Grundvertrauen in den Staat und seine Institutionen, um mit einer Pandemie zurechtzukommen. Sehen Sie dieses Vertrauen in der Corona-Krise vielleicht sogar gestärkt?

Ja, das Vertrauen ist enorm gestärkt worden, insbesondere mit Blick auf unseren Föderalismus. Für Deutschland wurde bereits 2012 ein Katastrophenszenario mit einem Virus Modi-SARS durchgespielt, in dem ziemlich genau das vorgeguckt wird, was jetzt passiert – allerdings in weit schrecklicheren Ausmaßen. Wir waren also nicht unvorbereitet. Der Flickenteppich von Einzelentscheidungen ist im Alltag sehr widersprüchlich. Aber in der Rückschau wird man feststellen, dass vieles richtig war: Bayern ist nicht Nordrhein-Westfalen, Bayern und Nordrhein-Westfalen sind nicht Mecklenburg-Vorpommern.

#### In welchen Bereichen müssen wir uns für künftige Epidemien besser aufstellen?

Wir müssen generelle Vorsorgeinstrumente für Epidemien aufbauen. Dazu muss man Infrastruktur und Personal vorhalten. Es gibt genügend Vorschläge, sei es von den Centers for Disease Control and Prevention in den USA, sei es von der Leopoldina. Wir haben jetzt die dritte SARS-Epidemie innerhalb von 20 Jahren – und die nächste SARS-Epidemie kommt bestimmt.

#### In den vergangenen Wochen erhielten insbesondere die Pflegekräfte viel Applaus aus Fenstern und von Balkonen. Steuerfreie Zulagen gab es auch. Ist es damit getan?

Eindeutig nein. Die Sparrunden im Krankenhauswesen gingen zu großen Teilen zulasten des Personals, insbesondere in der Pflege. Die Intensivierung der Krankenhauspflege hat die Arbeitsbelastung massiv erhöht. Die Krankenpflege muss grundsätzlich in neuer Weise wertgeschätzt werden. Und Wertschätzung drückt sich keineswegs nur im Lohn aus. Die Ausbildung in der Pflege, die Tätigkeiten, die Verantwortlichkeiten, die Kooperationen mit anderen Berufen, in Sonderheit mit den Ärzten, müssen neu gestaltet werden. Hierzu gibt es viele Vorschläge, die nach der Corona-Krise bedacht werden sollten. ■

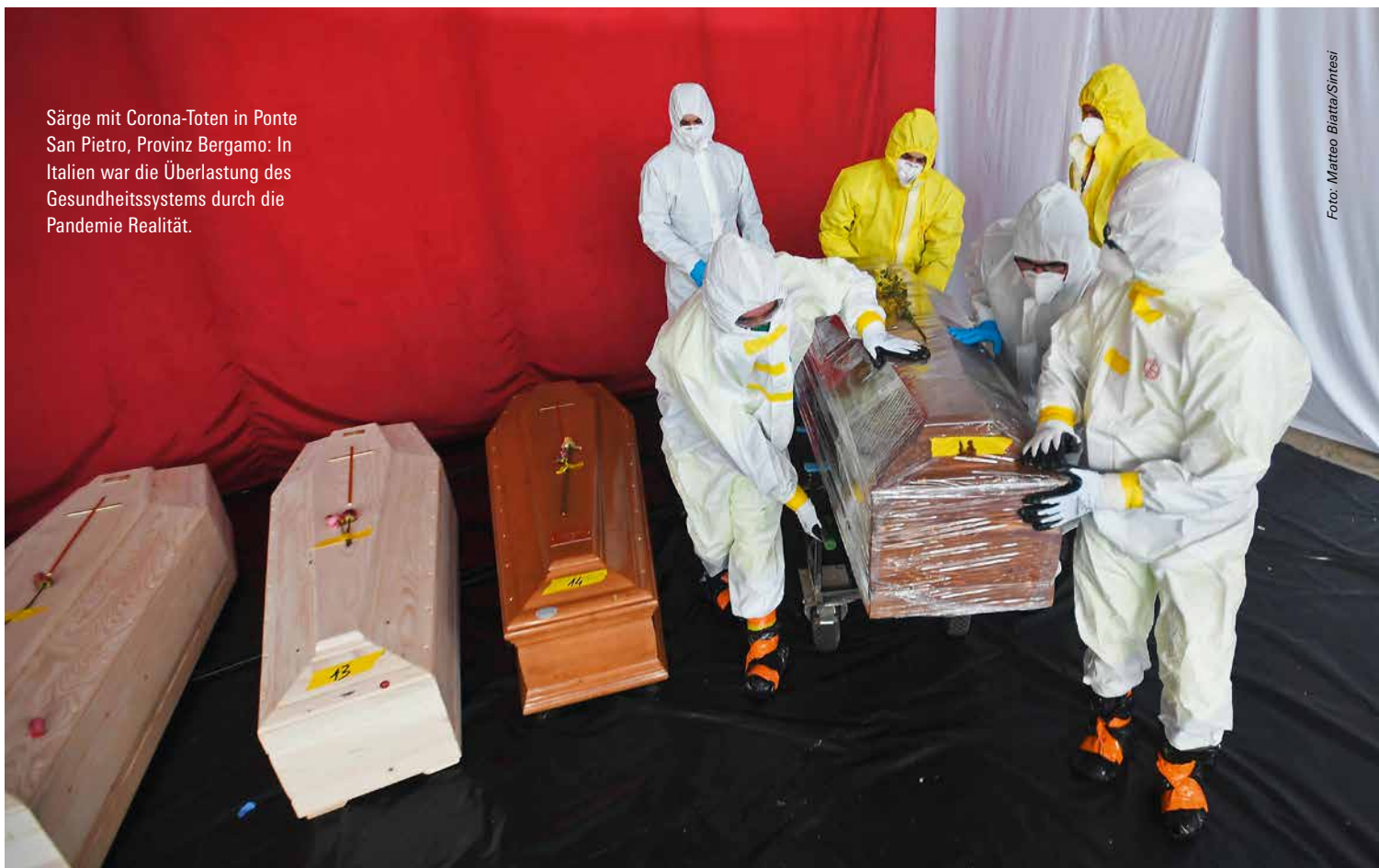


Düsteres Endzeitszenario: „Triumph des Todes“ von Pieter Bruegel dem Älteren (1562)



Särge mit Corona-Toten in Ponte San Pietro, Provinz Bergamo: In Italien war die Überlastung des Gesundheitssystems durch die Pandemie Realität.

Foto: Matteo Biatta/Sintesi



# Kein Weg ist kostenlos

**GESUNDHEITSPOLITIK** Jede Strategie gegen das Corona-Virus ist mit sozialen Kosten verbunden. Stets muss man Menschenleben gegeneinander abwägen. Das stürzt alle Akteure in ein moralisches Dilemma.

Von **Alexander Braun**, Altstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung und Professor an der Fachhochschule Krams

**S**tellen Sie sich vor, Sie sind eine erfahrene Ärztin und seit Jahren in einer Klinik beschäftigt. Ihnen wird ein neuer Patient vorgestellt: Luigi, 83, Verdacht auf akute, schwere Lungenentzündung. Sie wissen, dass diese Diagnose das Todesurteil sein kann. Sie veranlassen, dass Luigi auf die Intensivstation verlegt wird. Sie hoffen auf eine schnelle Genesung. Zwei Wochen später – deutlich länger als bei einer normalen Lungenentzündung – hat sich Luigis Zustand massiv verschlechtert. Er wird künstlich beatmet. Das Antibiotikum, das er erhält, zeigt keinerlei Wirkung. Täglich werden Patienten mit ähnlichen Symptomen aufgenommen. Die Inten-

sivbetten sind mittlerweile alle belegt. Zu alledem wird bei Ihnen ein Herzinfarktpatient vorstellig, der nach einer Reanimation ebenfalls intensivmedizinisch beobachtet werden muss.

Innerhalb kürzester Zeit hat sich Ihr Arbeitsalltag komplett gewandelt. Sie kämpfen gegen ein neues Virus, für das es keine effektive Behandlung gibt. Überdies müssen Sie entscheiden, ob die Überlebenschance eines 83-jährigen Covid-19-Patienten besser ist als die eines 65-jährigen Herzinfarktpatienten. Denn es gibt nicht mehr genug Betten für alle.

In Italien haben wir erlebt, wie zerbrechlich unsere Gesundheitssysteme in Krisenpha- ►



Einkaufszentrum in Stockholm: Schweden setzt auf Freiwilligkeit statt auf Verbote. Es gibt keine Maskenpflicht.

► sen sind. Das Corona-Virus zeigt uns, dass es schnell zur Überlastung der Kapazitäten kommen kann, wenn die Zahl der Neuinfektionen zu hoch wird. Wir stellen uns die Frage, ob Deutschland mit mehr als 35 Intensivkrankenbetten pro 100 000 Einwohner bessere Chancen hat, Menschenleben zu retten, als Schweden (fünf Betten) oder Italien (zwölf Betten). Allem Anschein nach ist es so, dass viele regionale Gegebenheiten, wie Demografie, Geschlechterverteilung, sozioökonomischer Status der Bevölkerung und auch die Ressourcen des Gesundheitssystems, bei der Bekämpfung des Virus und bei der Behandlung von Covid-19-Patienten und -Patientinnen eine entscheidende Rolle spielen. In einem Bundesland kann die Auslastung von Intensivkrankenbetten mit Covid-19-Patienten doppelt so hoch sein wie in einem anderen, die Auslastung kann zwischen zwei benachbarten Landkreisen um mehr als den Faktor zehn variieren. In einem Kreis kann sie vier Prozent erreichen, in einem anderen 50 Prozent. Trotz dieser starken Varianz ist es aktuell glücklicherweise noch so, dass in allen Bundesländern zwischen 30 und 50 Prozent freie Bettenkapazitäten gemeldet werden. Die Lageeinschätzung bleibt jedoch schwierig. Es kann nach wie vor relativ schnell zu regionalen Überlastungen auch bei stagnierenden Infektionszahlen kommen, da die durchschnittliche Liegezeit von Corona-Patienten enorm lang ist.

An diesem Punkt kommt die Politik ins Spiel, die auf das Gesundheitssystem insgesamt und alle

für die Gesundheit relevanten Lebensbereiche abzielt. Alle gesundheitspolitischen Strategien haben eines gemeinsam: Sie beruhen auf der für das weitere Infektionsgeschehen wichtigen Netto-Reproduktionszahl ( $R$ ). Diese gibt an, wie viele Personen durchschnittlich durch einen Infizierten angesteckt werden. Ist diese Reproduktionszahl größer als eins, heißt dies, dass die Anzahl der Infizierten zunimmt. Liegt  $R$  bei eins, bleibt die Verbreitung des Virus konstant, und sinkt  $R$  unter eins, geht die Anzahl der Infizierten zurück. Im Kern lassen sich daraus drei gesundheitspolitische Strategien ableiten:

### Ein Ziel, drei Wege

Erstens: Die Strategie „Nichts tun und hoffen“. Hier würde man abwarten, bis sich ein Großteil der Bevölkerung möglichst schnell infiziert und immun gegen das Virus wird (Herdenimmunität). Diese Vorgehensweise ist aus vielerlei Gründen jedoch nicht erfolgversprechend: Erstens könnte das jetzige Virus mutieren, und die Herdenimmunität könnte, ähnlich wie bei einer Influenzagrippe, nur enorm schwer erreicht werden. Zweitens zeigen viele epidemiologische Rechenmodelle, dass dies auch bei günstigem Verlauf die Kapazitäten landesweit innerhalb kürzester Zeit sprengen könnte.

Zweitens: Die Strategie „Hammer und Tanz“. Von den meisten Ländern – Deutschland eingeschlossen – gewählt, teilt sie die Bekämpfung des Virus in zwei Phasen. In Phase eins (Hammer) wird versucht, durch schnelle und massive Einschränkungen wie rigide Kontaktsperren und Lockdowns die Verbreitung des Virus zu entschleunigen und wieder beherrschbar und vor allem überschaubar zu machen, d. h., die Reproduktionszahl annähernd auf eins zu senken. In Phase zwei (Tanz um  $R = 1$ ) soll mithilfe abwechselnder Phasen temporärer und regionaler Lockerungen und Verschärfungen das Pandemiegeschehen stabil und beherrschbar gehalten, sollen weitere Wellen vermieden werden. Hier ist allerdings absehbar, dass die Eindämmung des Infektionsgeschehens nicht erreicht wird, sondern lediglich die Infektion kontrollierbarer wird. Ein Weg ist das Ampelsystem, das der spanische Ökonom Joan Monras entwickelt hat. Monras schlägt vor, dass die Ausgangsbeschränkungen und anderen Maßnahmen temporär und regional begrenzt und durch epidemiologische Kontrolle gesteuert

werden sollen. Erfüllen einzelne Regionen definierte Grenzwerte, soll dort ein relativ normales Leben möglich sein (grüne Zonen). Ein anderer Vorschlag ist der der Nutzung digitaler Überwachungssysteme wie der Corona-App, die die Infektionsketten nachvollziehbar macht und in Südkorea sehr erfolgreich eingesetzt wurde.

Drittens: Die Strategie „Gefahrenabwehr und Freiwilligkeit“. Dieser Ansatz, der in Schweden praktiziert wird, setzt auf Kollektivverantwortung und Freiwilligkeit der Bevölkerung und nicht auf Verbote. Es wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Freiwilligkeit die Akzeptanz der Bevölkerung für langfristige Einschränkungen höher ist als bei strengen Lockdowns. Quarantänemaßnahmen für Infizierte sind auch hier verpflichtend, es wurde eine konkrete Teststrategie implementiert, Social Distancing empfohlen, und die oberste Priorität lautet, Risikogruppen gezielt zu schützen. Betriebe, Kaufhäuser, Restaurants, Volksschulen und Kindertagesstätten haben geöffnet und Universitäten sowie weiterführende Schulen auf Fernlehre umgestellt.

### Eine Frage der sozialen Kosten

Das Ziel ist es, die sozialen Schäden so weit wie möglich zu minimieren. Oftmals ist die Rede davon, dass Schweden auf Herdenimmunität setze und damit den Tod vieler Menschen in Kauf nehme. Dies ist jedoch eine verkürzte Sicht auf die Überlegungen der schwedischen Epidemiologen, deren Ideen an der Gesundheitsfolgenabschätzung anknüpfen: Erstens sollen durch Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung die sozialen Kosten minimiert werden, zweitens soll eine zweite Welle, die vermutlich gravierender ausfallen würde als die jetzige, verhindert werden, und drittens gehen sie davon aus, dass bis zur Zulassung eines Impfstoffes die gesundheitlichen, sozialen und volkswirtschaftlichen Schäden zu hoch wären und zusätzlich die Akzeptanz der Bevölkerung versiegen würde.

Solche Überlegungen gehen davon aus, dass jede gesundheitspolitische Maßnahme auch Nebenwirkungen (soziale Kosten) verursacht. So ist es bereits jetzt erwiesene Evidenz, dass die Selbstmordrate während der Lockdowns in vielen Ländern signifikant anstieg, häusliche Gewalt zunahm, Menschen Depressionen und Angststörungen entwickelten und akute Herzinfarkte sowie Schlaganfälle aufgrund der Risikoabwä-

gung für das Freihalten von Intensivbetten nicht ausreichend behandelt wurden. Die schwedische Strategie versucht, diese sozialen Kosten durch Freiwilligkeit und „sanfte“ Maßnahmen zu minimieren, und ist deswegen zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht über die Anzahl der Toten mit anderen Ländern vergleichbar.

Ähnlich wie im Fall Luigi, dem Beispiel am Anfang, wird hier vielmehr abgewogen, wie viele Lebensjahre durch die Maßnahmen gerettet werden können und welche sozialen Folgen dies auf der anderen Seite hat. Diese Abwägung mag auf den ersten Blick anmaßend klingen, tatsächlich werden sich aber alle Maßnahmen einer solchen Gesundheitsfolgenabschätzung unterziehen müssen. Egal ob wir es wollen oder nicht: Wir müssen uns darüber Gedanken machen, welche sozialen Kosten wir tragen wollen und wie viele Lebensjahre wir bereit sind zu gewinnen oder zu verlieren. Auch wenn moralische Bedenken aufkommen, ist es in Zeiten knapper Ressourcen leider so, dass wir Menschenleben gegeneinander abwägen werden müssen. Wir müssen zwischen den geretteten Lebensjahren von vermiedenen Covid-19-Erkrankten und den verlorenen Lebensjahren von vermeidbaren Herzinfarkt-toten abwägen, deren Anzahl aufgrund der Härte der gesundheitspolitischen Maßnahmen höher oder niedriger ausfallen könnte. Wir befinden uns damit in einem moralischen Dilemma. Um es zu lösen, bedarf es einer gesellschaftlichen Debatte. Denn es gibt keine Gesundheitspolitik ohne soziale Kosten. ■

Wochenmarkt in Köln mit Bodenmarkierungen: Durch regionale Lockerungen und Verschärfungen soll die Infektion beherrschbar werden.



Foto: Karsten Schöne



Foto: Reuters/Eduardo Munoz

# Harter Schlag

**ARBEITSMARKT** Die Corona-Krise bedeutet einen Schock für die Arbeitsmärkte. Deutschland verkräftet die Krise bisher aber viel besser als die USA.

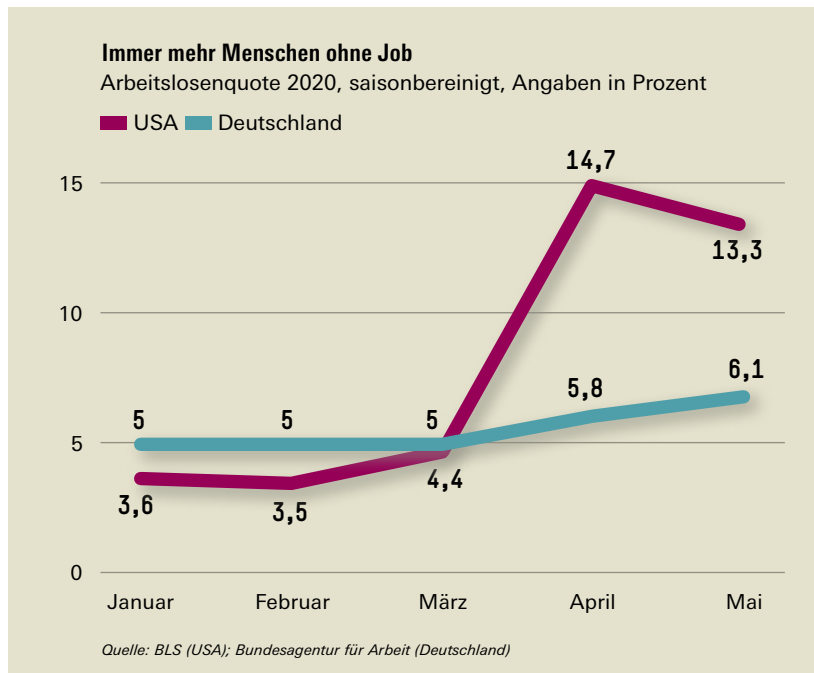
Von **Toralf Pusch**, Leiter des Referats Arbeitsmarktanalyse am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung

Nahrungsmittelverteilung im New Yorker Stadtteil Queens: Der lockere Kündigungsschutz sorgt für den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit.

**I**m April war Schluss mit dem langjährigen Aufschwung am deutschen Arbeitsmarkt: Im Vergleich zum März stieg die Zahl der Arbeitslosen im April um 308 000, saisonbereinigt waren es noch 65 000 mehr. Im Mai lag die Arbeitslosenzahl dann bereits um 577 000 über dem Vorjahreswert.

Vermutlich werden sich die Zahlen in den kommenden Monaten noch erhöhen, da Unternehmen in der Corona-Krise weniger einstellen oder Mitarbeiter entlassen. Andere Länder hat es

noch viel härter getroffen als Deutschland – etwa die USA: Allein im April hat dort die Zahl der Arbeitslosen um etwa 15,9 Millionen zugenommen, wobei mit rund 20,5 Millionen noch mehr Menschen ihren Job verloren (Selbstständige nicht mitgezählt). Nicht alle Jobverluste werden also auch in der offiziellen Arbeitslosenstatistik verzeichnet. Die Dimensionen dieses Einbruchs sind dramatisch. Hochgerechnet auf die Bevölkerungsgröße in Deutschland würde diese Zunahme einem Anstieg der Arbeitslosigkeit vom



„Der deutliche Anstieg der Arbeitslosigkeit ist maßgeblich eine Folge der Corona-Krise und betrifft nahezu alle Branchen, im Besonderen die Gastronomie, das Hotel- und Gastgewerbe, Reiseveranstalter sowie die Dienstleistungsbranche und Automobilzulieferer.“

Pressemitteilung des Bundesarbeitsministeriums

März zum April, also in nur einem Monat, um etwa vier Millionen auf 6,3 Millionen bedeuten. Nach den neuesten Arbeitsmarktzahlen sank die US-Arbeitslosenquote im Monat Mai wieder etwas unter den Aprilwert. Der Grund für den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in den USA dürfte vor allem im lockeren Kündigungsschutz liegen. Zudem wird Kurzarbeit in den USA bisher kaum genutzt. Zum Stichtag 11. April gab es in den USA nur 62 000 Kurzarbeiter. Allerdings strebt die US-Regierung aktuell eine Ausweitung des Programms an. Hinzu kommt in vielen amerikanischen Bundesstaaten eine vorübergehende Ausdehnung der Arbeitslosengeldzahlungen auch über den klassischen Versichertenkreis hinaus (Pandemic Unemployment Assistance). Dadurch können etwa auch arbeitslos gewordene Selbstständige Arbeitslosengeld beantragen.

In Deutschland gibt es allerdings Hoffungszeichen, dass die Krisenfolgen nicht voll durchschlagen. So haben bis Ende April 751 000 Betriebe Anträge auf Kurzarbeit bei der Bundesagentur für Arbeit gestellt, um Entlassungen zu

vermeiden. Im März und April beantragten die Betriebe Kurzarbeit für 10,7 Millionen Beschäftigte, im Mai gab es nochmals Anträge für eine Millionen Personen. Diese Zahlen sind weitaus höher als in der Finanzkrise 2008/2009. In vielen Unternehmen dürften außerdem auch Arbeitszeitkonten abgebaut werden, was schon in der Finanzkrise zur Überbrückung der wirtschaftlichen Schwächeperiode genutzt wurde. Nichtsdestotrotz führen Gewinneinbrüche und negative Erwartungen an die Geschäftsentwicklung aktuell aber zu schrumpfenden Investitionen in Deutschland.

Ein aktives Eingreifen des Staates ist daher weiter erforderlich, sonst droht eine lange wirtschaftliche Durststrecke mit Insolvenzen und weiteren Entlassungen. Wir können uns in Deutschland nicht darauf verlassen, dass die Impulse von anderen Ländern genügen werden. Insbesondere in Südeuropa dürfte der Spielraum für Konjunkturprogramme deutlich geringer sein als hierzulande. ■

„Kurzarbeit sichert in Deutschland Millionen Arbeitsplätze. Wir können zwar auch in unserem Land nicht für jeden Arbeitsplatz garantieren, aber wir werden um jeden Job kämpfen. Kurzarbeit ist teuer, aber Arbeitslosigkeit ist um ein Vielfaches teurer. Die Bundesagentur für Arbeit ist mit rund 26 Milliarden Euro Rücklagen in das Jahr gestartet. Im Jahresverlauf wird sich zeigen, ob die Rücklagen reichen oder Liquiditätshilfen des Bundes notwendig werden.“

Hubertus Heil, Bundesarbeitsminister

# Zeitenwende – aber in welche Richtung?

**ARBEITSRECHT** Für Arbeitszeit, Mitbestimmung und Arbeitsgerichte wurden in der Krise Sonderregeln geschaffen. Es muss genau geprüft werden, was davon wirklich fortschrittlich ist – und was sich allenfalls als Notlösung eignet.

Von **Johanna Wenckebach**, Direktorin des Hugo Sinzheimer Instituts für Arbeitsrecht (HSI) der Hans-Böckler-Stiftung



**I**n beeindruckender Schnelligkeit hat die Bundesregierung in den letzten Wochen wichtige arbeits- und sozialrechtliche Gesetzgebung auf den Weg gebracht, um die Folgen der Pandemie abzumildern. Im Zuge der Krise werden auch Themen angegangen, deren Bearbeitung Gewerkschaften schon lange einfordern – zum Beispiel die unsäglichen Bedingungen von Arbeit in der Fleischindustrie unter anderem durch Einsatz von Werkverträgen. An einigen Stellen sind die Gesetzesänderungen

wiederum deutlich über das Ziel hinausgeschossen, und hier droht die Gefahr, dass die Krise zu einem dauerhaften Einschnitt in die Rechte von Beschäftigten und Mitbestimmungsgremien führt. Es gibt nicht wenige Stimmen, die einfordern, die Krise explizit als „Testphase“ für langfristige Lösungen zu nutzen, oder gar weitgehendere Einschnitte verlangen als die geltenden. Die Krise als Zeitenwende – aber in welche Richtung? Drei Beispiele, die sehr kritischer Betrachtung bedürfen:



**Die Änderung des Arbeitszeitgesetzes.** Unter bestimmten Umständen besteht nun befristet die Möglichkeit, die tägliche Arbeitszeit auf bis zu zwölf Stunden auszudehnen und die täglichen Ruhezeiten auf neun Stunden zu verkürzen. Eine entsprechende Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gilt zunächst bis zum 30. Juni. Es ist aber möglich, dass sie verlängert wird. Sie gilt für die „systemrelevanten“ Berufe wie den Gesundheitssektor, die Polizei, aber auch für Teile des Handels, die Landwirtschaft oder IT-Berufe. Die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 60 Stunden darf zwar nicht überschritten werden, sofern in Zwölf-Stunden-Schichten gearbeitet wird. Selbst davon kann in dringenden Ausnahmefällen abgewichen werden. Das gibt Arbeitgebern zwar nicht die Möglichkeit, einseitig Arbeitsbedingungen oder gar Tarifverträge zu verändern. Trotzdem ist das Signal fatal falsch und weckt bereits jetzt Begehrlichkeiten auf Arbeitgeberseite auch für die Zeit nach der Krise. Die Betriebs- und Personalräte stellt diese Situation vor große Herausforderungen. Sie sollten nur in Notsituationen, befristet und unter engen Auflagen Betriebsvereinbarungen abschließen, die längere Arbeitszeiten ermöglichen.



**Die Mitbestimmung von Betriebs- und Personalräten.** Durch eine Ministererklärung des Bundesarbeitsministers sind jetzt auch Betriebsratssitzungen mittels Video- oder Telefonkonferenz zulässig; die gefassten Beschlüsse sind wirksam. Es war wichtig, die Handlungsfähigkeit der Gremien in der Zeit des Lockdown zu erhalten, kein Zweifel. Aber es macht den Eindruck, als seien lange und aus gutem Grund umstrittene Entscheidungen zur Digitalisierung nun übers Knie gebrochen worden. Die nun geltenden Regeln zu Beschlüssen ohne gemeinsame Präsenzitzung, um ein Beispiel zu nennen, stellen nicht ausreichend klar, dass diese nur befristet und als letztes Mittel Präsenzsitzungen ersetzen können. Der Grundsatz der Nichtöffentlichkeit hat für die Arbeit von Interessenvertretungen nicht nur, aber vor allem dort eine ganz wichtige Funktion, wo Betriebsräte von Arbeitgebern bekämpft werden. Gleichzeitig wurde eine wichtige Regelung dazu, wie Wahlen von Interessenvertretungen auch in der Pandemie ermöglicht werden sollen, nicht getroffen. Damit hat der Kompromiss eine Schlagseite.



**Die Digitalisierung im Arbeits- und Sozialgerichtsverfahren.** Auch hier freuen sich bereits einige über Corona als „Testphase für Online-Courts“. Denn ebenfalls im Eilverfahren wurde u. a. befristet geregelt, dass Arbeitsgerichte ehrenamtlichen Richtern gestatten können, an der Verhandlung von einem anderen Ort aus per Video teilzunehmen, wenn ihre persönliche Anwesenheit aufgrund der epidemischen Lage „unzumutbar“ ist. Ehrenamtliche Richterinnen und Richter sind insbesondere mit ihrer Praxiserfahrung für die Arbeitsgerichtsbarkeit aber unverzichtbar. Sie sind Richter im Sinne des Grundgesetzes und Teil des Gerichts. Dass nun ausgerechnet ihre physische Anwesenheit für verzichtbar erklärt wurde, wird dem Grundsatz der Gleichberechtigung mit Berufsrichtern nicht gerecht. Bedenklich ist auch, dass die Arbeitsgerichte anders als bisher auch anordnen dürfen, dass „die Parteien, ihre Bevollmächtigten und Beistände sowie Zeugen und Sachverständige an einer mündlichen Verhandlung von einem anderen Ort aus teilnehmen, sofern diese die technischen Voraussetzungen für die Bild- und Tonübertragung in zumutbarer Weise vorhalten können“. Abgesehen von vielen daraus folgenden Rechtsunsicherheiten: Studien zeigen, dass die Parteien, die nicht vor Gericht präsent sind, Nachteile in Gerichtsverfahren haben. Zudem ist eine perfekte technische Ausstattung auch eine Ressourcenfrage. Der DGB hatte deshalb dringend davon abgeraten, diese Regeln zu erlassen, weil zu Recht Nachteile für die Arbeitnehmerseite bei der „prozessualen Waffengleichheit“ befürchtet werden. Ein faires Arbeits- und Sozialgerichtsverfahren ist essenziell für die Durchsetzung von Beschäftigtenrechten. Zum Ende dieser Pandemie wird also sehr genau darauf zu achten sein, dass Notlösungen für Krisenzeiten auch solche bleiben. ■

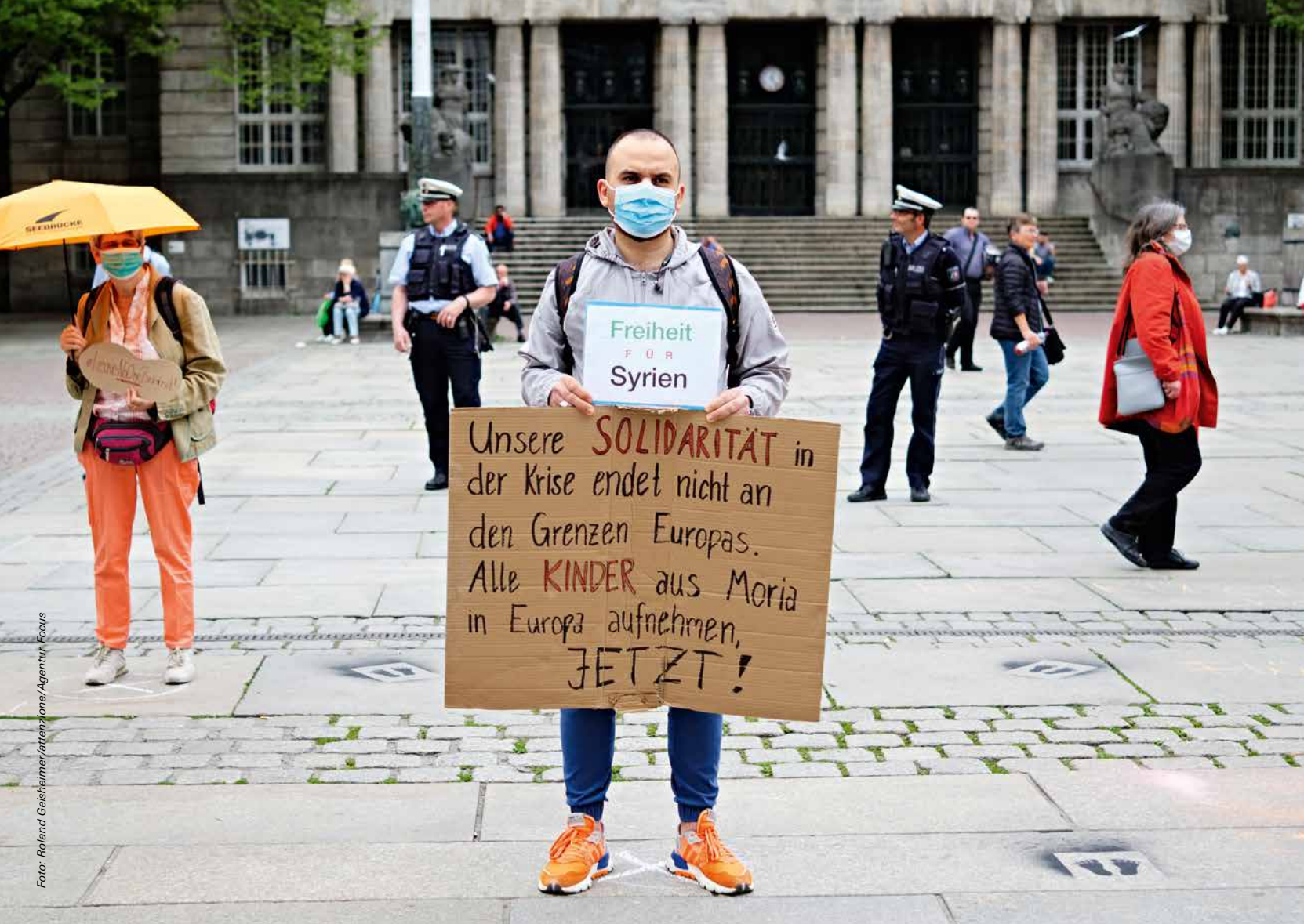


Foto: Roland Gaishamer/atenzone/Agentur Focus

# „Bleiben Sie gesund und demokratisch!“

**RECHTSSTAAT** Vom Wert der Grundrechte in Corona-Zeiten – und warum wir sie nicht den Extremisten überlassen dürfen

Von **Heribert Prantl**, Kolumnist und Autor der Süddeutschen Zeitung und zuvor politischer Ressortchef und Mitglied der Chefredaktion

**W**er in Corona-Zeiten für die Achtung und Beachtung der Grundrechte wirbt, ist kein Wutbürger, sondern ein Bürger. Wer eine Demonstration anmeldet oder bei einer Demonstration mitmacht, um dort die Achtung der Grundrechte anzumahnen, der ist kein Verschwörungstheoretiker, sondern ein Demokrat. Es kann passieren, dass bei dieser Demonstration auch merkwürdige Leute dabei sind, die ein sehr sonderbares Weltbild haben. Das macht aus einer guten rechtsstaatlichen Versammlung noch keine schlechte. Müsste man wegen ein paar schräger Vögel eine ehrenwerte Demonstration verlassen, gäbe es bald keine Demonstrationen mehr.

Wenn sich aber die AfD und andere Radikale und Extremisten zu Hütern der Grundrechte aufwerfen, ist das Heuchelei. Die AfD beispiels-



weise ist eine Partei, in der Grundrechte mit Füßen getreten werden. Auf Versammlungen dieser Partei wird vor Begeisterung gejoht, wenn Nazi-verbrechen verharmlost, Juden verhöhnt, Muslime verachtet, Türken als „Kameltreiber“ beschimpft und Gemeinheiten über Flüchtlinge gesagt werden. Mit den Inszenierungen solcher Leute darf man sich nicht gemeinmachen. Man darf sich ein richtiges und wichtiges Anliegen von ihnen nicht diskreditieren lassen.

Das wichtige Anliegen lautet: Grundrechte heißen Grundrechte, weil sie grundsätzlich auch in Krisenzeiten gelten müssen. Die Einschränkung von Grundrechten aus Gründen des Infektionsschutzes muss den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit achten. In der Corona-Krise haben mir Menschen gesagt: „Ich weiß gar nicht, was Sie immer mit der Demokratie haben, Prantl. Übertreiben Sie es doch nicht. Die Demokratie ist doch nicht gefährdet. Die nächste Bundestagswahl ist erst im Herbst 2021. Bis dahin ist die Corona-Krise, selbst wenn sie lange dauert, Vergangenheit.“ Demokratie ist aber sehr viel mehr als eine Wahl. Demokratie findet nicht nur am Wahltag, sondern an jedem Tag statt.

Demokratie grenzt nicht aus. Demokratie stellt nicht soziale Distanz her, Demokratie will soziale Distanz überwinden. Eine Demokratie kann auch an Ausgangsbeschränkungen, Kontakt- und Versammlungsverboten sterben, so notwendig solche Verbote kurzfristig sein mögen. Der Satz „Not kennt kein Gebot“ ist ein Satz, der nicht zu Demokratie und Rechtsstaat passt. Eine Gewerkschaft kann und darf ihre Arbeit nicht einstellen, weil eine Pandemie herrscht. Gerade dann ist ihre Arbeit notwendig, weil für akzeptable Bedingungen der Kurzarbeit gekämpft werden muss, weil die Sorge um den Arbeitsschutz weitergeht. Arbeitgeber verzichten ja der Pandemie wegen nicht auf Betriebsverlagerungen oder Entlassungen. Eine Gewerkschaft muss ihre Kampfkraft dagegensetzen können. Also braucht es Demonstrationen, also braucht es Streiks.

Man darf die Verfassung, die Grundrechte, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht mit Gauland und Co alleinlassen. Co, das sind alle, die versuchen, ihren Extremismus dadurch

zu adeln, dass sie sich als Verteidiger der Grundrechte tarnen. Verteidiger der Grundrechte, das müssen die Gerichte sein, die Parlamente und die Zivilgesellschaft.

Wir werden auch in Zukunft Pandemien erleben. Wie wird der Staat reagieren? Wie bei Corona? Wird es dann zackig heißen: Maske auf, Klappe halten! Wird dann wieder die Bewegungsfreiheit eingeschränkt, wieder die Versammlungsfreiheit entzogen? Werden künftig bei jeder Pandemie Grenzen, Kitas, Schulen geschlossen? Müssen die Menschen mit immer neuen Ausgangsverboten und Kontaktsperren leben – die von ängstlichen Parlamenten wenig kontrolliert werden und von einer womöglich künftig kritischeren Öffentlichkeit nicht hinterfragt werden können, weil praktisch jedes Grundrecht davon abhängt, dass man das Haus verlassen kann? Symbole für eine solche Infektionsdemokratie wären Ziehharmonika und Bandoneon: Da wird der Balg immer wieder zusammengequetscht und dann wieder auseinandergezogen. Bei den Musikinstrumenten kommen harmonische Töne zustande. In einer Demokratie eher nicht.

### Sicherheit in einer Welt der Unsicherheit

Wir müssen die richtigen Lehren aus den Krisenmonaten ziehen. Vor einem Jahr, zum 70. Jubiläum des Grundgesetzes, haben wir gefeiert und die Grundrechte gepriesen. Als diese Grundrechte formuliert wurden, lag Deutschland in Trümmern. Der Katalog mit den Grundrechten entstand in einer Welt voller Unsicherheit, ansteckende Krankheiten grassierten. Die Grundrechte sollten Sicherheit geben in einer Welt der Unsicherheit. Soll nun, 71 Jahre später, die Aussetzung dieser Grundrechte Sicherheit geben? Da müssen wir aufpassen. Der Zusammenhalt der Gesellschaft wird in und nach der Corona-Krise besonders wichtig sein. Dazu wird auch gehören, dass die Reichen ihren besonderen Beitrag zur Finanzierung der Corona-Krisen-Folgen leisten.

„Bleiben Sie gesund!“ lautet derzeit die beliebteste Grußformel. Zur Gesundheit des Gemeinwesens gehört eine funktionierende Demokratie. Mein Gruß an Sie lautet daher: „Bleiben Sie gesund und demokratisch!“ ■

Demonstrationen und Versammlungen sind Grundrechte, doch in der Pandemie nicht selbstverständlich. Die Demonstrantinnen und Demonstranten für die Aufnahme von Flüchtlingen im April in Wuppertal mussten sich ihr Recht erst vor Gericht erstreiten. Die Stadt hatte die Demonstration mit Verweis auf die Rechtsverordnung zur Corona-Pandemie untersagt. Das Verwaltungsgericht hob das Verbot auf.

# Das Virus attackiert den sozialen Zusammenhalt

**GEMEINWESEN** Die Institutionen der öffentlichen Versorgung wurden jahrzehntelang vernachlässigt. Warum sie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig sind und es deshalb eine Investitionsstrategie braucht

Von **Berthold Vogel**, geschäftsführender Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI)

**W**enn die Kanzlerin immer wieder darauf hinweist, dass wir in virologischer Hinsicht erst am Anfang der Pandemie stehen und uns das Virus noch lange begleiten wird, so gilt das ebenso für die gesellschaftlichen Folgen. Rettungsschirme suggerieren eine Sicherheit, die sie nicht werden bieten können. Zumal mit jeder Milliarde mehr die Begehrlichkeiten wachsen – und auch die Sorge, zu denen zu gehören, die zu kurz kommen. Die scharfen Verteilungskonflikte, die unsere Arbeitswelt und Gesellschaft auseinandertreiben können, zeichnen sich am Horizont erst ab. Die fiskalischen, ökonomischen und sozialen Lasten, die uns die Pandemiekrise auferlegt, werden uns noch lange begleiten. Vieles spricht dafür, dass die Frage, wie wir künftig Wohlstand erarbeiten und verteilen, zur Generationenaufgabe wird.

Daher ist es wenig aussagekräftig, wenn manche Zeitdiagnose die Solidarität der ersten Corona-Wochen in die Zukunft projiziert. Wir brauchen jetzt einen klaren Blick und keine Wunschvorstellungen. Die Solidarität der ersten Tage war primär angstgetrieben. Schon mit der ersten Debatte um Lockerung wurde auch der Zusammenhalt locker und brüchig. Je länger die Krise anhält, umso klarer treten wirtschaftliche und soziale Interessen zutage. Bereits vorhandene Bruchlinien der Gesellschaft werden sichtbar. Das Virus ist kein Gleichmacher, im Gegenteil: Es ist ein unerbitlicher Trennungsbeschleuniger. Covid-19 attackiert den sozialen Zusammenhalt. Staatliche Institutionen und die

Vitalität öffentlicher Güter vermögen diese Attacken noch auszugleichen und politisch zu gestalten. Die oft geschmähten kollektiven Strukturen des Wohlfahrtsstaats, die dem Sozialleben und der Arbeitswelt Form und Gestalt geben, zeigen gerade jetzt beachtliche soziale Bindekräfte. Sozialversicherung, aber auch Tarifautonomie und Mitbestimmung ermöglichen Stabilität. Andere Länder trifft die virologisch befeuerte soziale Spaltung hingegen mit voller Wucht. Das Beispiel der USA ist hier besonders bedrückend, es steht aber keinesfalls alleine.

**G**leichwohl stellt auch hierzulande die Pandemie unsere sozialen Verhältnisse und Beziehungen in ein neues und oftmals kaltes Licht. Die prosaische Realität der Kleinfamilien wird im zermürbenden Kampf zwischen Homeoffice und Kinderbetreuung ebenso sichtbar wie die betrieblichen Ungleichheiten zwischen Büro und Werkhalle. Einen Lockdown gab es keineswegs überall. Vielerorts ging die Arbeit weiter. Beim Gesundheitspersonal oder bei den Verkäuferinnen war das allgemein sichtbar. Aber auch die Logistik, der Straßenbau, das Handwerk und die industrielle Fertigung standen keineswegs still. Vor dem Virus sind nicht alle gleich. Vielmehr zeigt sich, dass die pandemische Risikogesellschaft in ihrer alltäglichen Arbeitswirklichkeit eine Klassengesellschaft ist.

Die kommenden Verteilungskonflikte benötigen starke Institutionen. Eine neue Politik der öffentlichen Güter, die

gleichermaßen regional wie europäisch denkt, ist nicht nur das Gebot der Stunde, sondern der Auftrag für die kommenden Jahre. Öffentliche Güter sind dabei doppelt wichtig – als gesellschaftliche Leitplanken und Orte praktizierten Gemeinwohls. Der Staat setzt hier den Rahmen für Entfaltung, Teilhabe und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

**W**aren bis vor Kurzem die öffentlichen Güter und Reaktionssysteme bestenfalls ein funktionales Hintergrundrauschen der auf Wachstum getrimmten Ökonomie, so waren sie ab Mitte März 2020 Überlebensvoraussetzung. Das gilt für das Gesundheitswesen. Aber auch öffentliche Verwaltung, Polizei und Sozialarbeit, Busfahrer und Lebensmittelhändler erleben neue Wertschätzung. Doch was passiert, wenn in der kolossalen Staatsschuldenkrise die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte kleingearbeitet werden? Schon jetzt verklingt der Beifall für die Heldinnen und Helden des Alltags.

Wir sollten daher für die Krise, an deren Anfang wir uns befinden, etwas sehr Grundsätzliches verstehen: Unser Leben in einer freien und sicheren Gesellschaft ruht auf Voraussetzungen, die nicht einfach da sind. Die Pflege und die Verantwortung für öffentliche Güter sind kollektive Aufgaben, die wir Arbeitskräften übertragen sollten, die hierfür gut ausgebildet sind und ein vernünftiges Arbeitsumfeld mit adäquater Vergütung vorfinden. Unsere Studien im öffentlichen Sektor zeigen: Pflege- und Lehrkräfte, Busfahrer und Sozialarbeiterinnen, Rettungsdienstler und Polizistinnen sind sich ihrer öffentlichen Verantwortung bewusst. Dies ist ein gesellschaftliches Kapital, eine soziale Bindekraft, auf der wir aufbauen können. Die Gegenwart der Pandemie bestätigt diese Befunde mit Nachdruck. Der soziale Alltag in der Krise wird von denjenigen stabilisiert und balanciert, die in und für öffentliche Einrichtungen arbeiten – mit außerordentlichem Engagement.

**I**n diese Institutionen wurde in den vergangenen Jahrzehnten fahrlässig wenig investiert. Fahrlässig waren auch die Expertisen der Bertelsmann Stiftung oder der Leopoldina. Wenige Wochen vor der Pandemie wurde noch empfohlen, den Bestand an Krankenhäusern und Orten der Gesundheitsversorgung in der Fläche drastisch zu reduzieren. Nicht wenige in Wissenschaft und Politik waren sich in der Geringschätzung öffentlicher Güter einig.



## Die Pandemie stellt unsere sozialen Beziehungen in ein neues, oftmals kaltes Licht.

**D**ie Zukunft des demokratischen Gemeinwesens und damit auch die Bewältigung der kommenden (Wohlstands-)Konflikte werden von den Investitionen in öffentliche Güter abhängen. Hier sind nicht nur Rettungsschirme gefragt, die sich oft über denen ausspannen, die am besten Lobbypolitik können. Gefragt sind jetzt klare Investitionsstrategien – zum Nutzen der dort Beschäftigten und damit zum Nutzen von uns allen. Diese Investitionsstrategien müssen von der Notwendigkeit neuer, regionaler Infrastrukturen des Zusammenhalts getragen werden. Aktuelle SOFI-Erhebungen zu sozialen Orten, die Zusammenhalt stiften, zeigen das Vorhandensein lokaler Ressourcen in strukturschwachen Regionen. Öffentliche Güter und diejenigen, die für sie Verantwortung tragen, sind kein Fall für Hilfsprogramme, sondern für eine gezielte Struktur- und Steuerpolitik, die den privaten Reichtum unserer Gesellschaft in öffentlichen Wohlstand übersetzt.

Gegen die Fragmentierung und Polarisierung der Gesellschaft hilft kein Impfstoff, sondern nur eine neue Politik der öffentlichen Güter. Sie muss die finanziellen Voraussetzungen und das Bewusstsein schaffen, dass die Interessen am Gemeinwohl mehr wiegen als das Bedürfnis nach Singularität. ■

# Im Spagat

**KRIENPOLITIK** Arbeitsdirektoren und Personalvorstände müssen in der Corona-Krise für die Sicherheit der Beschäftigten sorgen – und zugleich das Geschäft am Laufen halten.

Von **Susanne Kailitz**

**S**tillstand? Sofort? „Unmöglich!“ Als die Corona-Pandemie ausbrach, war Oliver Burkhard schnell klar, dass die Arbeit nicht normal weiterlaufen würde. Burkhard ist Arbeitsdirektor bei Thyssenkrupp, dem größten Stahlhersteller Deutschlands mit rund 162 000 Mitarbeitern auf der ganzen Welt. „Die Menschen und ihre Gesundheit stehen an erster Stelle, da gab es keine Diskussionen“, sagt der

48-jährige, „aber einen Hochofen fahren Sie nicht mal eben runter; dann backt darin alles so fest, dass Sie das Ding nie wieder in Betrieb nehmen können.“ Auch eine Kokerei müsse 24/7 arbeiten, „da können wir nicht einfach auf null gehen“. Innerhalb kürzester Zeit wurden 37 000 Mitarbeiter weltweit ins Homeoffice geschickt, rund 27 000 Mitarbeiter mussten in Kurzarbeit gehen. Als es um die Verteilung der finanziellen Lasten ging,

Foto: Benjamin Jenek



wollten die Führungskräfte nicht abseits stehen. „Sie haben sich auf einen Gehaltsverzicht von zehn Prozent ihres Fixums verständigt“, berichtet Burkhard. „Der variable Teil des Gehalts, der im Schnitt etwa 30 Prozent ausmacht, ist in diesem Geschäftsjahr wegen der Umsatzeinbußen ohnehin weg.“ Weil Thyssenkrupp Niederlassungen in China, Spanien, Frankreich, den USA und Brasilien hat, kann Burkhard seit dem Ausbruch von Corona den Verlauf der Krankheit quer über den Globus „in Echtzeit verfolgen“. Bis Ende Mai waren etwa 120 Mitarbeiter erkrankt und zwei Todesfälle zu beklagen.

### Arbeiten im Corona-Modus

Auch für Burkhard hat sich die Arbeit deutlich verändert: Sein Tag besteht jetzt hauptsächlich aus Videocalls. Reisen und direkte Meetings sind vorerst gestrichen. Um die Zukunft des Unternehmens macht er sich ernsthaft Sorgen. Die Pandemie treffe Thyssenkrupp „bis ins Mark“, die Bedrohung sei existenziell.

Zwar hatte noch im Februar der Verkauf der Aufzugssparte 17 Milliarden Euro in die Unternehmenskasse gespült, die für Investitionen und den Abbau von Schulden dringend gebraucht werden. Doch seit Corona ist der in Essen beheimatete Konzern tief in die Verlustzone gerutscht. Vor allem die Automobilindustrie fiel als Kunde wochenlang komplett aus. Kürzlich teilte das Unternehmen mit, dass für die Monate April bis Juni ein Verlust von bis zu einer Milliarde Euro „nicht auszuschließen“ sei. Weiterhin im Gespräch ist ein Verkauf der Stahlsparte oder eine Fusion mit einem anderen Hersteller; mit der IG Metall hat sich die Unternehmensführung bereits auf den Wegfall von 3000 Stellen geeinigt. Wie es weitergeht nach der Krise? In der aktuellen Situation helfe „die Möglichkeit der Kurzarbeit sehr“, sagt Burkhard, „aber wenn wir perspektivisch das alte Niveau nicht mehr erreichen, kommt das Thema Beschäftigung zwangsläufig unter Druck“.

Burkhard ist in einer schwierigen Situation – wie viele seiner Kollegen, die als Arbeitsdirektoren und Personalvorstände einerseits für den Schutz der Beschäftigten verantwortlich sind, gleichzeitig aber das Unternehmen am Laufen halten müssen. Seinen Job sieht Burkhard derzeit als „Spagat zwischen dem Geschäft und den Men-

schen im Geschäft. Bei Corona müssen wir beides absichern.“ Im Zweifelsfall entscheide er „immer pro Mensch“, sagt Burkhard, der auf eine Gewerkschaftskarriere als Funktionsbereichsleiter Tarifpolitik im Bundesvorstand der IG Metall und Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen zurückblicken kann.

Allerdings berge die Krise auch die Chance, „ein paar Dinge anders zu denken als zuvor“, sagt Burkhard. „Wir haben festgestellt, dass sich viel mehr in Videocalls besprechen lässt, als wir erwartet hatten, und dass unsere Kolleginnen und Kollegen sehr gut im Homeoffice arbeiten. Es wäre doch verrückt, wenn wir das alles zurückdrehen würden.“ Inlandsflüge etwa hält er künftig kaum noch für nötig.

Auch bei den Berliner Wasserbetrieben hat Corona vieles verändert. Kerstin Oster, im Vorstand verantwortlich für Personal, Soziales und IT, ist hörbar stolz, dass es gelungen ist, „innerhalb kürzester Zeit rund 3800 Kollegen aus ihrer gewohnten Umgebung zu holen und trotzdem arbeitsfähig zu bleiben“. Das sei immens wichtig gewesen, denn „wir sind Teil der kritischen Infrastruktur und halten Berlin am Laufen“. Im Zuge der Corona-Krise seien alle nicht ge- ►



„Es lässt sich mehr in Videocalls lösen, als wir erwartet haben. Es wäre ja verrückt, wenn wir alles zurückdrehen würden.“

OLIVER BURKHARD, Arbeitsdirektor bei Thyssenkrupp



”

„Diese Flexibilität kann ruhig so bleiben, aber wir haben auch festgestellt, wie wichtig uns der soziale Kontakt ist.“

**KERSTIN OSTER**, Vorstand Personal, Soziales und IT bei den Berliner Wasserbetrieben

► werblichen Bereiche wie das Controlling oder der Kundenservice ins Homeoffice versetzt worden, darunter auch viele Tätigkeiten, bei denen man so etwas früher kaum für möglich gehalten habe.

Ein Kern der Belegschaft muss trotzdem vor Ort arbeiten. Diese Mitarbeiter haben – für den Fall eines Corona-Ausbruchs – stets eine personelle Reserve im Rücken. Innerhalb von nur einer Woche wurden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern eine Dienstvereinbarung zur Pandemie und eine zur Telearbeit verhandelt. Während bisher maximal 250 Mitarbeiter gleichzeitig in der Telearbeit waren, können nun bis zu 1300 gleichzeitig von zu Hause aus arbeiten. Selbst die datenschutzrechtlich sensible Entgeltabrechnung sei gewährleistet. „Unsere IT hat extrem schnell durch Hardware, Lizenzen und enormen Support gesichert, dass das Geschäft komplett weiterläuft, nur eben anders.“ Diese Flexibilität könne „ruhig so bleiben“, wünscht sich Oster, „weil wir damit an vielen Stellen effizienter sind. Schön wäre, wenn wir einen guten Mix beibehalten würden.“

### 70 Prozent weniger Fahrgäste bei der BVG

Nicht überall sind Homeoffice und Videocalls die Lösung. Viele systemrelevante Arbeiten können nur vor Ort erledigt werden. Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) etwa konnten zwar einen Großteil ihrer Verwaltungsvorgänge zu den Mitarbeitern nach Hause verlegen, für das „fahrende Personal“ allerdings komme das selbstredend nicht infrage, erklärt Dirk Schulte, Vorstand für Personal und Soziales. „Unsere Busse und Bahnen fahren rund um die Uhr, in den Werkstätten wird gearbeitet und auf unseren Baustellen auch.“ Mit Trennfolien und dem Stopp des Fahrscheinverkaufs bei den Fahrern verringert das Unternehmen das Ansteckungsrisiko. Fahrgäste dürfen nur noch in den hinteren Eingängen zusteigen, außerdem werden sowohl die Fahrzeuge als auch Sanitäreinrichtungen jetzt häufiger gereinigt. Nachdem die BVG den Fahrplan einige Wochen ausgedünnt hatte, fahren Busse und Bahnen mittlerweile wieder im Normalbetrieb.

Die Stimmung im Unternehmen, so Schulte, habe sich nicht verschlechtert, obwohl der dramatische Einbruch der Fahrgastzahlen seit dem

Fotos: Davids/Sven Darmer, Stefan Bonnes/pon



Ausbruch der Corona-Epidemie eine tieferen Spur in der Bilanz hinterlassen wird. Um rund 70 Prozent sind die Fahrgastzahlen zwischenzeitlich eingebrochen. Nachdem die BVG schon im vergangenen Jahr nach Streiks und einem für die Beschäftigten sehr vorteilhaften Tarifabschluss, für den es vom Berliner Senat keine direkte Gegenfinanzierung gibt, einen Verlust von 58 Millionen Euro eingefahren hat, wird das Unternehmen auch 2020 mit Verlust abschließen. Allerdings hat das Land Berlin seinen Verkehrsbetrieben für die Zeit bis 2025 bereits Anfang Mai finanzielle Hilfen von rund 250 Millionen Euro zugesagt.

In der Berliner Charité, mit über 3000 Betten eine der größten Unikliniken Europas, ist Jörg Pawlowski sehr gespannt darauf, ob sich aus den warmen Worten, mit denen die Pflegekräfte in den vergangenen Wochen von Politik und Medien eingedeckt wurden, wirklich substantielle Verbesserungen für seine Klientel ergeben werden. Als Personalratschef für das Klinikpersonal kämpft er seit Jahren gegen den Personalmangel und schlechte Arbeitsbedingungen. Während des Shutdown, als die Kliniken angehalten waren, Kapazitäten vorrangig für die Behandlung von Corona-Patienten vorzuhalten, die dann nicht in der erwarteten Zahl eingeliefert wurden, sei die Arbeitsbelastung sogar gesunken, erzählt er, was

sogar dazu geführt habe, dass der Krankenstand auf ein lange nicht erreichtes Maß gesunken sei.

In der Corona-Ausnahmesituation sei er zu Zugeständnissen bereit gewesen, erzählt Pawlowski. So habe man „fast ad hoc“ den gesamten Verwaltungsbereich papierlos und damit nahezu kontaktlos gestaltet, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren und so vielen Mitarbeitern wie möglich die Telearbeit zu ermöglichen. „Normalerweise hätten wir dafür erst einmal eine Dienstvereinbarung mit einem Schulungskonzept und Inforeveranstaltungen gebraucht. Auch in der Krise muss die Mitbestimmung gewahrt sein.“ Dennoch habe der Betriebsrat zugestimmt, weil schnell gehandelt werden musste.

An der Charité hat die Krise auch den Arbeitskampf verändert: Ein für Anfang März geplanter Warnstreik von Beschäftigten einer Tochtergesellschaft musste ausgesetzt werden, weil die Initiatoren keine unkontrollierbare Verbreitung des Virus riskieren wollten. Die Forderung nach einem Pandemie-Risikozuschlag und einem „Berliner Corona-Krankenhauspakt“, die Verdi erhebt, bleibt, doch Jörg Pawlowski ist skeptisch. Er glaubt „den Versprechungen von Politikern schon lange nicht mehr“. Trotz aller neuen Flexibilität: „Wir müssen einfach laut bleiben, um etwas zu verbessern.“ ■

Instandhaltungsarbeiten bei der BVG, Herzoperation in der Berliner Charité: Längst nicht jede Arbeit lässt sich von zu Hause erledigen.

# Die Krise fördert die Ungleichheit

**GESELLSCHAFT** Zunehmend stellt sich die Frage nach den sozialen und ökonomischen Folgen der Corona-Krise. Die Lasten sind ungleich verteilt. Das liegt vor allem daran, dass Strukturen, die schon vorher soziale Ungleichheit geschaffen haben, jetzt in der Krise besonders wirksam werden.

Von **Bettina Kohlrausch**, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung



Foto: imago images/Jan Hübner

Geschlossene Kita in Friedberg: Wo keine Betreuung mehr angeboten wird, muss die Familie es richten.

**W**enn über die Auswirkungen des Unterrichts zu Hause auf die Entwicklung sozialer Ungleichheit diskutiert wird, liegt der Fokus meist auf der Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten. Auch die politischen Maßnahmen konzentrierten sich zunächst darauf, für alle jeweils 150 Euro für die Anschaffung eines digitalen Endgerätes zur Verfügung zu stellen. Die Gesamtsumme des Programms beläuft sich auf 500 Millionen Euro. Auch wenn der Zugang zu digitalen Endgeräten eine zentrale Voraussetzung für die Teilnahme und Teilhabe an digitalen Lernformaten ist, stellt er jedoch nur die Spitze des Eisbergs dar. Denn die sogenannte „digitale Kluft“ verläuft weniger entlang des Zugangs zu digitalen Medien,

sondern entlang der Frage, inwieweit Nutzer über die nötigen digitalen Kompetenzen verfügen, um mit diesen Medien umzugehen.

## **Bildungsungleichheit: die digitale Kluft**

Neben operativen Fähigkeiten (simple Anwendung) erfordert dies ein Verständnis für die spezifischen Strukturen digitaler Medien, zum Beispiel Menüführungen, die Fähigkeit, Informationen in den digitalen Medien zu suchen, auszuwählen und zu bewerten, und strategisch in der Lage zu sein, die erhaltenen Informationen zum Erreichen der eigenen Ziele anzuwenden. Gerade die letztgenannten, komplexeren Kompetenzen sind jedoch bei Kindern aus bildungsferneren Elternhäusern und im Übrigen auch bei geringer qualifizierten



Erwachsenen seltener vorhanden. In Zeiten, in denen der Unterricht zu Hause und digitale Lernformate an Bedeutung gewinnen, kann die digitale Kluft schichtspezifische Ungleichheit zusätzlich verstärken.

In Deutschland ist der Unterricht zudem in Form von Halbtagschulen organisiert. Schon im Normalbetrieb erfordert dies viel Mitarbeit der Eltern. Damit sind für den Lernerfolg eines Kindes eben nicht nur seine Begabung und sein Fleiß relevant, sondern auch die Ressourcen der Eltern.

### Ungleichheit zwischen den Geschlechtern

Die durch die anhaltenden Schließungen von Schulen und Kitas entstehende Sorgearbeit wird zum großen Teil von Frauen geleistet, die in der Folge häufiger ihre Arbeitszeit reduzieren. Damit verschärfen sich die Muster der Verteilung von Sorgearbeit, die auch schon vor der Krise dominant waren. Die Verschärfung dieses Musters ist jedoch bei Paaren mit einem niedrigen Haushaltseinkommen besonders ausgeprägt. Da Familien mit einem geringen Einkommen meist nicht auf das oft höhere Gehalt des Mannes verzichten können, reduziert häufiger die Frau ihre Arbeitszeit, um die Kinder zu betreuen. Gleichwohl existieren auch in Familien mit höherem Haushaltseinkommen geschlechtsspezifische Muster der Arbeitsteilung.

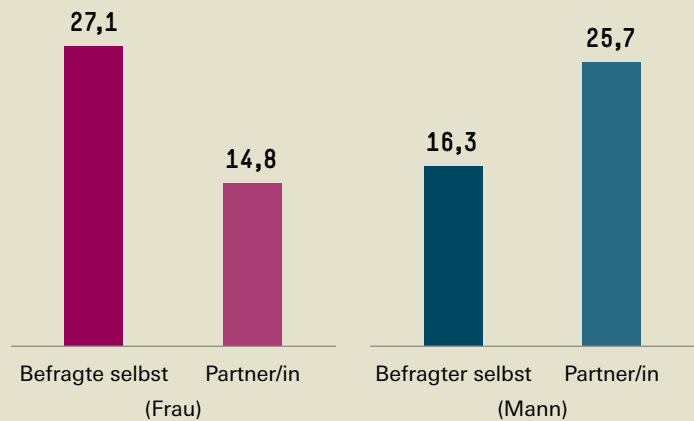
### Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt

Personen mit einem geringen Einkommen sind in der Krise besonders stark betroffen, weil sie unter den durch das Kurzarbeitergeld entstehenden Einkommenseinbußen stärker leiden und seltener in Betrieben arbeiten, die das Kurzarbeitergeld aufstocken. So arbeiten Befragte, die über ein Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1500 Euro verfügen, nur knapp halb so oft in

Betrieben, die Aufstockung anbieten, wie Personen, die über ein Haushaltsnettoeinkommen von über 4500 Euro verdienen (21 Prozent versus 39 Prozent). Das ist problematisch, weil gerade untere Einkommensgruppen Gefahr laufen, bei Kurzarbeit in die Grundsicherung zu fallen. Zum Zeitpunkt unserer Befragung waren die meisten von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten im Gastgewerbe beschäftigt. Damit greift dieses Instrument in dieser Krise verstärkt in Branchen, in denen ohnehin sehr niedrige Gehälter gezahlt werden, weshalb ein Ausgleich von 60 Prozent des Gehaltsverlusts für viele nicht ausreichen wird. Es zeigt sich aber auch, dass Beschäftigte, die in Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, die einem Tarifvertrag unterliegen oder in Betrieben arbeiten, in denen es einen Betriebsrat gibt, in der Krise besser abgesichert sind. Einerseits, weil sie häufiger eine Aufstockung des Kurzarbeitergelds erhalten, andererseits, weil für sie die Arbeit im Homeoffice besser geregelt ist. Insgesamt 47 Prozent der Befragten, die im Homeoffice sind, geben an, dass es in ihrem Betrieb Regelungen zur Arbeit zu Hause gibt. Menschen mit solchen Vereinbarungen empfinden die Arbeit zu Hause als weniger belastend. Solche Regelungen gibt es jedoch deutlich häufiger in Betrieben, die einen Betriebsrat haben. ■

### Arbeitszeitreduktion nach Geschlecht

Mussten Sie oder Ihr/e Partner/in Arbeitszeit reduzieren, um die Betreuung der Kinder gewährleisten zu können? Angaben in Prozent



Quelle: Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Nur Befragte, die mit ihrem Partner/ihrer Partnerin sowie mindestens einem Kind bis 14 Jahre im Haushalt leben; gewichtete Werte

# „Mit Streams verdienen Künstler kein Geld“

**INTERVIEW** Zum ersten Mal seit 74 Jahren fallen die Ruhrfestspiele aus. Ein Gespräch mit ihrem Intendanten Olaf Kröck über die Folgen der Krise für die Kunst, die uns nicht satt, aber als Menschen ausmacht

Das Gespräch führte **Fabienne Melzer** – Fotos **Thomas Range**



## „ Die Ruhrfestspiele fallen zum ersten Mal seit 74 Jahren aus. Wie tragisch ist das?

Wir sind ja nicht das einzige Festival, das ausfällt. Es trifft die gesamte Kulturbranche, man muss fast sagen, die gesamte Unterhaltungsindustrie der Welt. An dieser Branche hängen neben den vielen Künstlerinnen und Künstlern unglaublich viele Beschäftigte – aus der Veranstaltungstechnik, dem Messe- und Bühnenbau und viele mehr. Ich will damit überhaupt nicht sagen, dass ich die Quarantänemaßnahmen falsch finde. Mich hat nur überrascht, wie wenig Kunst und Kultur in der öffentlichen Debatte Erwähnung gefunden haben. Wir mussten das Festival absagen und haben damit Menschen mit in die Krise gestürzt, nicht als Einzige, aber mit anderen Veranstaltern zusammen. Das ist hart.

### Was macht es mit uns, wenn Kunst, die Krisen verarbeitet, ausgerechnet jetzt lahmliegt?

Die Krise macht sichtbar, wie wichtig Kultur für uns alle ist. Zu Hause in unseren vier Wänden fangen wir an, uns kreativ zu beschäftigen. Wir spielen Brettspiele, lesen, schauen Filme, hören Hörspiele. Wenn wir uns das alles wegdenken würden – die Bücher, die Musik, die Filme –, gäbe es keinen Gegenakzent in dieser mitunter ja auch frustrierenden Zeit.

### Wie kann Kunst und Kultur jetzt weitergehen?

Im Augenblick müssen Sie sich nicht von zu Hause wegbewegen, um eine Theateraufführung zu sehen. Die Bühnen streamen alle Vorstellungen – vom Londoner Westend über den New Yorker Broadway, von den großen deutschsprachigen Theatern bis hin zu kleinen Bühnen. Sie erleben dabei aber nicht annähernd das, was Sie bei einem echten Theaterbesuch erleben. Es fehlt das Direkte, die Atmosphäre, die Begegnung, sprichwörtlich die Berührung. Zum anderen wird bei den Streams kein Geld verdient. Die Künstlerinnen und Künstler stellen ihre Kunst umsonst zur Verfügung. Ich finde es wichtig, nicht zu vergessen, dass Kunst Geld kostet. Die Menschen leben von ihrer Kunst. Im Augenblick ist da jedoch eine große Leerstelle.

### Was denken Sie, was diese Leerstelle in der Kunst mit uns macht?

Alle Orte der Kunst und Kultur sind Orte einer sozialen Interaktion, einer Begegnung. Wir merken das schon an der eigenen Wochenendgestaltung, wenn wir nicht in den Zoo, nicht ins Museum, nicht auf den Spielplatz gehen können. Das alles sind Dinge, von denen ich nicht satt werde. Aber da passiert all das, was mich als Mensch definiert, und sehr viel davon ist gerade nicht möglich.

### Was befürchten Sie?

Dass es nach der Krise die kleinen Programmkinos, die Kneipen mit Lesungen und Konzertclubs nicht mehr geben wird, sondern nur noch die großen Player, vor allem die digitalen wie Spotify, Amazon und Disney. Der unabhängige, innovative Ansatz könnte verloren gehen. Netflix war so erfolgreich, weil es kleinen Produktionen eine Chance gegeben hat, ihre verrückten Ideen zu verwirklichen. Mittlerweile gibt es das auch in Deutschland. „Babylon Berlin“, „Dark“ und andere Produktionen stammen aus solchen kreativen Zellen. Solche unabhängigen Kreativen werden die Ersten sein, die zusammenbrechen. Dann bleibt nur der Mainstream. Er repräsentiert aber nicht die Vielfalt unserer Gesellschaft. Die innovativen Kreativen zeigen gesellschaftliche Diversität und gehen damit Risiken ein. Nun droht dies zu implodieren. Niemand kann etwas dafür, dass wir diese Krise haben, auch die Politik nicht, aber sie muss jetzt an die Stelle springen.

### Die Krise reißt überall Löcher – im Gesundheitssystem, in der Wirtschaft. Muss die Kunst da vielleicht hinten anstehen?

Die Kunst steht schon immer hinten an. Kunst hat noch nie vorne gestanden. Sie jetzt weitgehend auf null zu setzen wäre ein Zerstörungsvorgang, der irgendwann auch an die Substanz geht und die Frage aufwirft, welche Gesellschaft wir eigentlich sein wollen. Wir kriegen gerade die Quittung dafür, dass wir Schulen digital vernachlässigt haben. Wir kriegen die Quittung dafür, dass wir das Gesundheitssystem auf privaten Effizienzmodus getrimmt haben. Wollen wir jetzt in dem vielfältigen, unser Leben besonders machenden Bereich eine ähnliche Quittung bekommen?

Die Kulturschaffenden gehören zu den großen Leidtragenden dieser Krise. Festivalveranstalter wie wir waren die Ersten, die geschlossen wurden, und wir sind die Letzten, die wie- ▶





Die **Ruhrfestspiele** setzen auch in diesem Jahr ein künstlerisches Zeichen. Für die Zeit der ausfallenden Festspiele präsentieren sie das „Inside Out Project“. Das internationale Projekt des französischen Fotografen JR hat weltweit bereits über 360 000 Porträts in 142 verschiedenen Ländern hervorgebracht. Großformatige Schwarz-Weiß-Fotografien, die die Geschichten der Besucherinnen und Besucher, der Künstlerinnen und Künstler der Ruhrfestspiele erzählen, werden in den nächsten Wochen an die Glasfassade des Ruhrfestspielhauses geklebt. [www.ruhrfestspiele.de/programm/2020/inside-out-project](http://www.ruhrfestspiele.de/programm/2020/inside-out-project)

► der aufmachen dürfen. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die sagen: Open up, so schnell wie möglich, und riskiert alles, was wir gesundheitspolitisch erreicht haben. Ich finde vernünftig, was bisher passiert ist. Aber weil ich es vernünftig finde und unterstützen möchte, hoffe ich, dass auch unsere Branche unterstützt wird. Wenn diese Krise vor allem eins zeigt, dann ist es, dass die Heilsversprechen des Neoliberalismus entzaubert wurden. Der Markt alleine regelt gar nichts.

#### **Können Krisen auch Neues schaffen? Die Ruhrfestspiele entstanden aus einer Krise.**

Die Ruhrfestspiele sind in einer großen Krise entstanden. Der Krieg war zu Ende, es gab diesen harten Winter 1947 und keine Kohle, um zu heizen. Auch da waren die Theater die Ersten, die zumachen mussten. Der Verwaltungsdirektor der Hamburger Theater, Otto Burrmeister, ist mit Bühnentechnikern ins Ruhrgebiet gefahren, um Kohle zu besorgen. Das war damals illegal. Die erste Zeche, zu der sie kamen, war die Zeche König Ludwig in Recklinghausen. Dort haben ihnen die Kumpels sehr selbstlos Kohle auf den Laster geladen. Zum Dank kamen die Hamburger Schauspielerinnen und Schauspieler im nächsten Sommer nach Recklinghausen und haben dort

sehr improvisiert Theater gespielt. Daraus entstand die Verbindung: Kunst für Kohle, Kohle für Kunst. Dann haben sich ziemlich bald die Gewerkschaften hinter das Festival gestellt.

#### **Was bedeutet es für Sie, den DGB zum Partner zu haben?**

Es ist weltweit einmalig und entsprechend fantastisch, dass Gewerkschaften ein Kunstfestival mitfinanzieren, dass ein Partner ein Kulturereignis unterstützt, der im Kern erst mal gar nichts mit Kunst zu tun hat. Doch es gibt viele inhaltliche Überschneidungen: Wir setzen uns in der Kunst mit gesellschaftlichen Prozessen auseinander. Da ist der DGB für uns ein wichtiger Gesprächspartner bei Themen wie Populismus, Demokratieerhalt oder Vielfalt, Gerechtigkeit.

#### **Verändert das die Kunst, die Sie machen?**

In der Kunst gibt es immer den Spagat zwischen Breitenwirksamkeit und Experiment. Der amerikanische Avantgarde-Komponist John Cage hat einmal gesagt: Zehn Prozent mehr Experiment sind 20 Prozent weniger Zuschauer. Die Ruhrfestspiele zeigen seit 74 Jahren, dass dieser Spagat möglich ist. Wir sind durchaus anspruchsvoll und haben dennoch immer viele Zuschauerinnen und Zuschauer. Sie führen meist einen inhaltlichen Diskurs und nicht sofort einen über Kunst und Ästhetik. Das ist mir sehr recht.

#### **Aus fehlender Kohle entstanden die Ruhrfestspiele. Könnten die fehlenden Bühnen den Onlineformaten einen Schub geben?**

Die digitalen Formate haben langfristig vor allem eine Chance, wenn sie etwas Eigenes schaffen. Nur das Streamen von abgefilmten Theatervorstellungen ersetzt nicht das Liveerlebnis. Vor Kurzem hat sich die amerikanische Sängerin Billie Eilish auf Instagram selbst gefilmt, und 400 000 Menschen weltweit haben es sich angesehen. Dann hat sie, ohne es vorher anzukündigen, nach dem Zufallsprinzip irgendjemanden ausgewählt und in den Stream geschaltet. So etwas hat es vorher noch nie gegeben. Da war ein wildfremder Einzelner plötzlich in Billie Eilishs Wohnzimmer. Mit digitalen Mitteln können wir also neue Räume betreten. Aber die alten Räume werden nicht verloren gehen. Sie verändern sich vielleicht. Theater wird auch in Zukunft gespielt. ■



# Wiederaufbau unterstützen, Vertrauen zurückgewinnen

**EUROPA** Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft bietet die einmalige Chance, das ramponierte Image Deutschlands in Europa zu verbessern.

Von **Gabriele Bischoff**, Mitglied des Europäischen Parlaments

Grenzen in Europa waren lange verschwunden, bis die Corona-Pandemie kam. An innereuropäischen Grenzen wurde wieder kontrolliert. Hier demonstrieren Menschen an der Grenze am Rheinufer von Kehl und Straßburg für die deutsch-französische Freundschaft und gegen geschlossene Grenzen.

**S**eit nun mehr als zwei Monaten befindet sich Europa im Ausnahmezustand. Bereits jetzt sind die sozialen und ökonomischen Konsequenzen der Covid-19-Pandemie gravierend und die Zukunftsprognosen besorgniserregend. Mit der Frühjahrsprognose 2020 korrigierte die EU-Kommission gerade ihre Wachstumsvorhersagen um neun Prozent nach unten im Vergleich zum Herbst 2019. Nationale Reflexe verzögerten europäische Krisenmaßnahmen. Mit finanziellen Beihilfen, der Lockerung

der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Krediten für Unternehmen sowie Soforthilfen für die nationalen Gesundheitssysteme wurden erste Schritte gemacht.

## **Wirtschaftliche und soziale Konsolidierung**

Über Höhe, Substanz und Architektur eines Wiederaufbauprogramms für Europa wird momentan noch kontrovers diskutiert. Fest steht: Die Rezession wird nicht überall gleich tief ausfallen. Damit die Europäische Union nicht weiter ausein- ►

► anderdriftet, muss den besonders von der Corona-Pandemie betroffenen Ländern geholfen werden. Nach Jahren harter Austeritätspolitik kämpfen insbesondere Italien, Frankreich und Spanien mit den Folgen der Pandemie. Aber auch im Rest der Europäischen Union steigt die Arbeitslosigkeit, und die Folgen des Shutdown sowie der Grenzsicherungen treffen einige Sektoren und Branchen besonders stark. Um Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, bieten viele Mitgliedstaaten finanzielle Unterstützung zur Kurzarbeit. Der Bundesagentur für Arbeit zufolge wurde in Deutschland bis zum 26. April für 10,1 Millionen Menschen Kurzarbeit angemeldet, in Frankreich sind es laut der französischen Arbeitsministerin Muriel Penicaud sogar über 50 Prozent der Beschäftigten im privaten Sektor. Angesichts dieser Herausforderungen hat die Europäische Kommission das SURE-Instrument aufgelegt, mit dem Mitgliedstaaten EU-Darlehen zur Finanzierung von Kurzarbeit beantragen können.

Viele Menschen fürchten, in den nächsten drei Monaten nicht über die Runden zu kommen. Daher müssen weitere Maßnahmen folgen, zumal gerade Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen oder in besonders prekären Jobs von SURE nicht erfasst werden. Würde die EU jetzt über eine europäische Arbeitslosenrückversicherung verfügen, die seit vielen Jahren kontrovers diskutiert wird, wäre sie in dieser Krise besser aufgestellt.

### Aus vergangenen Krisen lernen

Eine neuere Studie zeigt, dass mitbestimmte Unternehmen besser durch die letzte große Krise gekommen sind als Firmen ohne Mitbestimmung. So konnten größere Entlassungen verhindert und Transformationen besser bewältigt werden. Die Motivation von Beschäftigten wird nach dieser Corona-Krise auch dort höher sein, wo tarifvertraglich oder über Betriebsvereinbarungen eine schnelle Aufstockung des Kurzarbeitergelds durchgesetzt wurde.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft kann vor diesem Hintergrund das Wiederaufbauprogramm für Europa mit wichtigen Weichenstellungen für die Zukunft ergänzen. Sie kann die Agenda setzen, um beispielsweise bessere EU-Mindeststandards für Information, Konsultation und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa zu erreichen. Es wäre eine Win-win-Situation, wenn einerseits die Resilienz der Unternehmen EU-weit gestärkt und andererseits Arbeitnehmerrechte verbessert werden. Außerdem gilt es, vorhandene Regelungslücken zu schließen, um sicherzustellen, dass Arbeitgeber durch die Umstellung der Unternehmensverfassung auf europäische Rechtsformen Mitbestimmungsregeln zukünftig nicht mehr umgehen können. Eine Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Unternehmensmitbestimmung wäre dafür das geeignete Instrument.

Auch zwischen Deutschland und Polen schloss die Grenze, was zu kilometerlangen Staus führte, hier vor dem Tunnel Königshainer Berge auf der A4.

Drei Milliarden Euro Soforthilfe stellte die EU zur Verfügung, unter anderem für mobile Lazarette. Rechtes Bild: Feldlazarett auf dem Ifema-Messegelände in Madrid.



Fotos: Florian Gärtner/photothek.net, Fox-Images



”

„Deutschland hat Europa unendlich viel zu verdanken. Auch deshalb sind wir seinem Erfolg verpflichtet.“

Aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD

### Grenzschießungen Ausdruck nationaler Reflexe

Doch gute europäische Lösungen sind nur wirksam, wenn sie von den Mitgliedstaaten auch respektiert und beachtet werden. Die unkoordinierten Grenzschießungen und die fehlende Koordination zwischen den Staaten hat die Anfälligkeit der Europäischen Gemeinschaft für Populismus und Nationalismus deutlich gemacht. Insbesondere die über 1,5 Millionen Grenzgänger, die in vielen Regionen nicht mehr einfach zwischen Arbeits- und Wohnort pendeln dürfen, wurden von der Zerschneidung der über viele Jahre aufgebauten grenzüberschreitenden Arbeits- und Wirtschaftsräume heftig getroffen. Die nationalen Alleingänge zeigen, dass die meisten Mitgliedstaaten die Rechte der mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht interessiert haben. Damit erodiert das Vertrauen der Beschäftigten in den europäischen Arbeitsmarkt. Die Erfahrung, dass die Sicherung des Warenverkehrs Vorrang hatte vor der Gewährleistung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, wird lange nachwirken.

### Wert der Arbeit

Deutschland übernimmt die Ratspräsidentschaft zu einem Zeitpunkt, wo viel auf dem Spiel steht, und muss neue Impulse setzen, um verlorenes Vertrauen wiederherzustellen. Es kann die Kritik Emmanuel Macrons aufgreifen, der wettete: „Sie sind für Europa, wenn es darum geht, billige

Arbeitskräfte zu bekommen, aber nicht für Europa, wenn es darum geht, Schulden zu vergemeinschaften.“ Von diesem Vorwurf könnte sich die deutsche Ratspräsidentschaft durch einen Doppelschlag befreien: einerseits dafür sorgen, dass das Wiederaufbauprogramm nicht nur Darlehen, sondern ausreichend Zuschüsse für die Not leidenden Länder vorsieht, und andererseits die Initiative eines EU-Rechtsrahmens für Mindestlöhne vorantreiben, die bereits im Programm der Ratspräsidentschaft vorgesehen war.

### Zukunft EU

Reines Krisenmanagement allein wird nicht ausreichen. Zu lange hat die Europäische Union nur reagiert oder sich in letzter Minute auf Minimalösungen verständigt. Europa hat einen veritablen Neuaufbruch nötig, der mit der geplanten Konferenz zur Zukunft Europas am 9. Mai 2020 starten sollte. Der Auftakt zu dieser zweijährigen Konferenz wurde verschoben und wird nun unter deutsche Ratspräsidentschaft erfolgen. Das Europäische Parlament hat einen weitreichenden Vorschlag eingebracht, wie diese Konferenz durch einen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe in Form von europäischen Bürgerforen (Agoren) sicherstellen kann, dass sich alle an der Neuausrichtung beteiligen können. Und dass dabei auch die Belange von Beschäftigten nicht zu kurz kommen dürfen. Die Menschen in Europa erwarten eine handlungsfähige Union, die nicht nur die Corona-Pandemie bewältigt, sondern es schafft, ihre Kräfte zu bündeln, um den Klimanotstand genauso wie den Anstieg sozialer Ungleichheit zu bewältigen und den digitalen Wandel gerecht zu gestalten.

### Go for it!

Die deutsche Ratspräsidentschaft kann mit den richtigen Signalen und Initiativen verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Es gilt, die Chance zu ergreifen, sich in schwierigen Zeiten als ehrlicher Makler zu zeigen, dem Gemeinschaftsinteresse verpflichtet. Anstelle nationaler Egoismen braucht es jetzt starke Impulse für eine zukunftsfähige EU. Europa braucht die Solidarität der Tat, wie Robert Schuman dies vor 70 Jahren postuliert hat. „Deutschland hat Europa unendlich viel zu verdanken. Auch deshalb sind wir seinem Erfolg verpflichtet“, so steht es im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD. Go for it! ■



# Autoritärer Durchgriff

**INTERNATIONALES** In Ungarn, Polen und Rumänien nutzen die Regierungen die Krise aus, um politische und soziale Rechte dauerhaft einzuschränken. Die Interessen der Beschäftigten bleiben auf der Strecke.

Von **Silviu Mihai**

**V**ielleicht haben die Menschen in Ungarn, Polen und Rumänien einfach Glück gehabt: Glaubt man den amtlichen Statistiken, so verharren die Infektionsfälle pro 100 000 Einwohner bei vergleichsweise niedrigen 90 in Rumänien und 52 in Polen, in Ungarn bei unter 40.

Selbst wenn die Zahlen stimmen und die Bilanz der Pandemie im Vergleich etwa zu Italien oder Spanien, wo pro 100 000 Einwohner zwischen vier- und neunmal so viele Menschen

an Corona erkrankt sind, nicht allzu dramatisch ausfallen sollte – unter den sozialen und politischen Folgen der Corona-Krise wird das Gros der Beschäftigten in den drei osteuropäischen Ländern wohl dauerhaft leiden. Das liegt nicht in erster Linie an den direkten Auswirkungen der pandemiebedingten Schließungen, obwohl diese gravierend waren und mangels ernst zu nehmender Sozialsysteme viele Menschen zwingen, ihre Ersparnisse aufzubreuchen. Vor allem fehlt der politische Wille, die Beschäftigten als gleichbe-



Fotos: Reuters/Kacper Pempel, Alexey Vitvitsky/Sputnik





Menschenleer fährt die Straßenbahn während der Corona-Krise durch Warschau.

rechtigte Partner im gesellschaftlichen Dialog zu sehen. Bezeichnend für diese Denkweise ist, dass es unter der rechtspopulistischen Regierung von Viktor Orbán in Ungarn kein Arbeitsministerium mehr gibt, sondern ein Ministerium für menschliche Ressourcen. In der Folge erlaubt eines der jüngsten ungarischen Notstandsdekrete Unternehmen, 24 Monate lang von den „menschlichen Ressourcen“ Überstunden zu verlangen, um die Verluste aus der Zeit des Lockdown auszugleichen. Bezahlen müssen die Firmen sie, wenn überhaupt, erst zwei Jahre später.

Seit Mitte März dürfen ungarische Arbeitgeber mittels individueller Vereinbarungen vom geltenden Gesetz sowie von den kollektiven Tarifverträgen abweichen. „Dadurch wurde das gesamte Arbeitsrecht praktisch außer Kraft gesetzt“, kommentiert Tamás Szűcs von der Lehrergewerkschaft PDSZ. Laut Regierung sollen die Maßnahmen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abmildern – auch für den Arbeitgeber Staat, der das Schulpersonal beschäftigt. „Während der Ausgangssperre hatten wir keine Möglichkeit, uns zu wehren, aber selbst wenn der

Proteste gegen die Regierung in Polen während der Corona-Krise in Warschau.

Notstand bald wieder aufgehoben wird, sieht es nicht viel besser aus“, sagt Szűcs. „Schon seit einigen Jahren lassen sich in Ungarn nämlich Streiks nur noch mit äußerster Mühe und sehr gutem Rechtsbeistand organisieren.“ Der Gesetzgeber hat die Hürden für Arbeitnehmerproteste hoch gelegt. Dennoch protestieren in Budapest sämtliche Gewerkschaftsverbände seit Monaten gegen die Einschränkung demokratischer Rechte. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund kritisiert, dass es unter der Orbán-Regierung „keinen sinnhaften sozialen Dialog mehr gibt“.

### Unbefristet außer Kraft gesetzt

Auch in Polen, wo kein Notstand ausgerufen wurde, setzte die nationalkonservative Regierung zahlreiche neue Bestimmungen durch, mit denen die Rechte der Beschäftigten eingeschränkt werden – allen Protesten der großen Gewerkschaftsverbände wie Solidarność und OPZZ zum Trotz. Diverse gesetzliche Garantien – etwa gegen Kündigung oder Gehaltskürzungen – wurden gelockert oder außer Kraft gesetzt, auch im öffentlichen Sektor. Besorgniserregend erscheint vor allem, dass oft keine zeitliche Frist für die Beendigung der Maßnahmen festgesetzt wurde. Sie könnten nach dem Ende der Corona-Krise beliebig verlängert werden, etwa mit der Begründung, dass die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und die Überschuldung des Staates nur so wirksam zu bekämpfen sind.

In Rumänien prägt der Regierungskurs die Verhandlungen mit Arbeitnehmervertretungen. Die bürgerliche Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Ludovic Orban lehnt den Dialog ab – mit Hinweis auf die Verluste der Unternehmen, auf das nach Ansicht von Staatspräsident Klaus Johannis „nötige Opfer“ für den wirtschaftlichen Neustart sowie auf die „verantwortungslosen“ Mindestlohn- und Rentenerhöhungen, die von den bis zum vorigen Jahr regierenden Sozialdemokraten durchgesetzt wurden.

Klar scheint: Die neoliberale Ideologie, die in den 1990er Jahren die Transformation Osteuropas von der Plan- zur Marktwirtschaft begleitete, nimmt zusehends autoritäre Gestalt an. ■



Fotos: Reuters/Eduardo Munoz; Reuters/Tom Brenner

# „Wir stehen Giganten gegenüber“

**INTERNATIONALES** In den Vereinigten Staaten formiert sich der gewerkschaftliche Widerstand gegen die laxen Hygiene- und Sicherheitsvorkehrungen vieler Unternehmen.

Von **Steven Hill**

**D**ie Coronavirus-Pandemie hat bereits jetzt verheerende Folgen für die arbeitende Bevölkerung in den USA und die US-amerikanische Wirtschaft. Anfang Juni hatte die Zahl der an Covid-19 Verstorbenen die Marke von 110 000 überschritten, und es wurden 1,9 Millionen Infektionen bestätigt, fast ein Drittel aller bestätigten Infektionen weltweit. Bei einer Arbeitslosigkeit von rund 16 Prozent – der höchsten seit der Weltwirtschaftskrise – hatten 41 Millionen Amerikaner Arbeitslosenunterstützung beantragt. Außerdem hat die Pandemie offengelegt, wie erschreckend schwach das soziale Sicherungsnetz der USA ist. 30 Prozent der

Erwerbsbevölkerung haben keine arbeitgeberfinanzierte Krankenversicherung, ein Drittel der Beschäftigten erhält keinerlei Krankengeld, und die meisten Selbstständigen und selbstständigen Auftragnehmer haben nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Zu den Arbeitnehmern, die das härteste Los gezogen haben, gehören allerdings nicht nur jene, die ihren Job verloren haben, sondern auch solche, die noch beschäftigt sind – zum Beispiel in fleischverarbeitenden Betrieben, wo durch beengte Arbeitsbedingungen sowie mangelhafte Schutz- und Hygienevorkehrungen tödliche Corona-Hotspots entstanden sind. Nach Aussage

der Vereinten Internationalen Nahrungsmittel- und Handelsgewerkschaft, die in den USA und Kanada mehr als eine Million Arbeitnehmer vertritt, sind bereits mindestens 30 Beschäftigte von Fleischverarbeitungsbetrieben am Coronavirus gestorben, mehr als 10 000 haben sich infiziert oder waren dem Virus ausgesetzt. Mindestens 30 Betriebe mussten in den vergangenen zwei Monaten zeitweise schließen.

Während sich Covid-19 in den Fleischverarbeitungsbetrieben des Landes rasant ausbreitete, wies US-Präsident Donald Trump am 28. April die Schlachthöfe und Fleischfabriken per präsidentialer Verfügung an, als Teil der kritischen Infrastruktur wieder zu öffnen. Die Umwelt-NGO Environmental Working Group nannte die Verfügung ein potenzielles Todesurteil für die Beschäftigten.

Ähnlich ungeschützt waren auch Beschäftigte in anderen Branchen, zum Beispiel in der Automobilindustrie. In den Autofabriken arbeiten Menschen über viele Stunden auf engstem Raum. Ford, General Motors, Volkswagen und andere Autohersteller schlossen den Großteil der nordamerikanischen Automobilwerke für die Dauer von zwei Monaten. Einziger Tesla-Chef Elon Musk widersetzte sich der Schließungsanordnung und stellte die Produktion des Unternehmens und den Profit über die Sicherheit der Beschäftigten: Er fuhr das Tesla-Werk im kalifornischen Fremont eine Woche vor dem von den Behörden geplanten Termin wieder hoch, der angemessene Sicherheitsvorkehrungen ermöglichen sollte.

### Gesundheit oder Einkommen

Wegen seiner langsamen Reaktion bei der Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen in seinen Logistikzentren steht insbesondere Amazon heftig in der Kritik. Unzureichende Schutzmaßnahmen hatten den Tod von sieben Beschäftigten zur Folge, bei schätzungsweise 800 Lagerarbeitern wurde das Coronavirus diagnostiziert. Nicht nur bei Amazon stehen viele Arbeitnehmer schlicht vor der Alternative Sicherheit und Gesundheit oder Einkommen – und entscheiden sich in vielen Fällen notgedrungen dafür, das Risiko einer Erkrankung in Kauf zu nehmen.

Inmitten dieses Trümmerfelds haben Arbeitnehmer begonnen, sich zusammenzuschließen, um Druck auf die Arbeitgeber auszuüben und die Öffentlichkeit für die Gesundheits- und Si-

cherheitsprobleme zu sensibilisieren, mit denen sie am Arbeitsplatz konfrontiert sind.

An vorderster Mobilisierungsfrente stehen die Flugbegleiter. Unter Führung ihrer Gewerkschaft Association of Flight Attendants haben sie sich gegenüber dem Kongress für die schnelle Verabschiedung des zwei Billionen Dollar schweren Konjunkturbelebungsgesetzes starkgemacht, das die verheerenden Folgen der Corona-Epidemie abfedern soll. Der Gesetzesentwurf gewährleistet unter anderem, dass die Beschäftigten der Luftfahrt weiterbezahlt werden.

„Unsere Gewerkschaft hat den Plan vorgelegt, und wir haben mit anderen Gewerkschaften aus der gesamten Luftfahrt- und Verkehrsbranche zusammengearbeitet“, erklärt Sara Nelson, die Vorsitzende der Flugbegleitergewerkschaft. „Zusammen haben wir etwas geschafft, das es in der amerikanischen Geschichte noch nie gab: Erleichterungen für Arbeitnehmer aus Arbeitnehmerhand.“

### „Wir alle arbeiten an vorderster Front“

Auch in anderen Sektoren hat der Einsatz der Arbeitnehmer etwas in Bewegung gebracht. Die Gewerkschaft United Auto Workers übte Druck auf die Automobilhersteller in Detroit aus, ihre Werke so lange zu schließen, bis Arbeitsanweisungen zur Wahrung der Sicherheit ausgearbeitet werden konnten. Pflegekräfte in New York, Georgia, Illinois und Kalifornien organisieren Proteste und fordern mehr persönliche Schutzausrüstung wie Masken, Handschuhe und Kittel.

Am 1. Mai, dem internationalen Tag der Arbeit, taten sich Beschäftigte von Amazon, Instacart, Shipt, Target und Whole Foods vielerorts in den USA zusammen und protestierten mit einem koordinierten Streik gegen die Reaktion ihrer Unternehmen auf Covid-19. Sie forderten besseren Schutz vor Corona durch ihre Unternehmen sowie Gefährdungszulagen, längere Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall und bessere Sozialleistungen. „Ein Lagerarbeiter bei Amazon hat andere Rechte und einen anderen Schutz als ein Instacart-Shopper“, sagte Vanessa Bain, die bei Instacart arbeitet und an der Planung des Streiks beteiligt war. „Aber trotzdem sollten wir uns bei unseren Aktionen vernetzen. Wir alle sind Arbeitnehmer, die als systemrelevant gelten und an vorderster Front arbeiten – und wir stehen Giganten gegenüber.“ ■



Pflegekräfte und Mitglieder der National Nurses United, der größten amerikanischen Pflegekräftegewerkschaft, während eines Protests in Washington. Sie erinnern an Beschäftigten im Gesundheitswesen, die während des Corona-Krise verstarben.

Menschen halten Abstand im Domino Park in New York an einem warmen Frühlingstag während der Corona-Krise.

# Kooperation in Krisenzeiten

**INTERNATIONALES** Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und italienischen Metallgewerkschaftern hat die Corona-Probe bestanden.

Von Volker Telljohann

**V**ermutlich halten die Beschäftigten in der Metallindustrie der Emilia-Romagna seit Kurzem einen Weltrekord: Bis zu 95 Prozent von ihnen befanden sich auf dem Höhepunkt der Corona-Krise in Kurzarbeit. Ende Mai, nachdem die Anti-Corona-Maßnahmen auch in dieser von der Epidemie stark betroffenen Region Norditaliens gelockert worden waren, lag der Kurzarbeiteranteil immer noch bei rund 50 Prozent. Allein in Bologna, der Hauptstadt der Region, wurden 2500 betriebliche Vereinbarungen zur Regelung von Kurzarbeit abgeschlossen.

Wie stark die Ansteckungen – nicht nur in Norditalien – in den Betrieben des Landes verbreitet waren, zeigen die Zahlen der italienischen Arbeitsunfallversicherungsanstalt. Für den Zeitraum zwischen Ende Februar und Mitte Mai 2020 meldete die Behörde mehr als 43 000 arbeitsbedingte Ansteckungsfälle und 171 Todesfälle.

Besonders in der Lombardei, der am stärksten von der Epidemie betroffenen Region des Landes, kam es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften über die Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Der regionale Arbeitgeberverband Confindustria wollte die Produktion so weit wie möglich weiterlaufen lassen. Die Beschäftigten mussten weiter ihrer Arbeit nachgehen, ohne dass die überwiegende Mehrheit der Unternehmen die notwendigen Schutzvorkehrungen getroffen hatte. Gleichzeitig wurde den Menschen in ihrer Freizeit eine nahezu totale Ausgangssperre auferlegt. Nachdem per Gesetzesdekret bis auf Betriebe zur Herstellung lebensnotwendiger Güter sämtliche Produktionsstätten geschlossen werden sollten, wurden auf Druck der Confindustria zunächst selbst Rüstungsgüter in diese

Kategorie eingeordnet. Als dann auf Druck der Gewerkschaften die Definition lebensnotwendiger Güter deutlich enger gefasst wurde, versuchten viele Unternehmen, über die örtlichen Verwaltungen Sondergenehmigungen zu erhalten. Die Vielzahl von Streiks in der Lombardei war letztlich eine Reaktion auf den verantwortungslosen Kurs der Arbeitgeber.

In der Emilia-Romagna waren Streiks deutlich weniger verbreitet, nicht zuletzt weil die betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen gegenüber den Unternehmen ihre Forderungen nach einem Stopp der Produktion und adäquaten Schutz- und Hygienemaßnahmen mit Nachdruck vertraten. „Man kann sagen, dass die Gründe für das im Vergleich zur Lombardei niedrigere Konfliktniveau im ‚modello emiliano‘ zu suchen sind“, so Michele Bulgarelli, Generalsekretär der Metallgewerkschaft FIOM Bologna. Zu diesem Modell zählt nicht nur die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Region, sondern auch eine nach wie vor starke Position der Gewerkschaften.

## Hilfreicher Austausch

Als hilfreich während der Krise erwies sich der seit Jahren lebhafteste Austausch zwischen deutschen und italienischen Gewerkschaften. Die Emilia-Romagna zählt zu den wichtigsten Zielregionen deutscher Investitionen in Norditalien. Angesichts der industriellen Verflechtungen hat sich seit 2013 eine Kooperation zwischen der FIOM in Bologna und der Emilia-Romagna sowie der IG Metall Wolfsburg, Ingolstadt und Esslingen entwickelt. Die von der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützte Zusammenarbeit war von Beginn an von dem Gedanken geleitet, dass in einer globalisier-

ten Arbeitswelt die internationale Solidarität zu den wichtigsten Säulen der Gewerkschaften zählt.

Auch während der Corona-Krise tauschten sich norditalienische und deutsche Metaller intensiv aus. Die Kooperation hat bewirkt, dass die italienische Gewerkschaft Instrumente wie etwa internationale Rahmenvereinbarungen und Informationen aus Deutschland weit offensiver nutzt als in der Vergangenheit. Außerdem wissen die Kollegen der FIOM in der Emilia-Romagna, dass sie bei Bedarf auf die Unterstützung der IG Metall zählen können. Insofern überrascht es nicht, dass viele der weitreichendsten betrieblichen Vereinbarungen zur Kurzarbeit in Betrieben der Emilia-Romagna abgeschlossen wurden – etwa die Absprachen bei Lamborghini und Ducati, die eine Aufstockung des Kurzarbeitergelds, hygienegerechte Änderungen des Schichtbetriebs, Weiterbildungsmöglichkeiten und Absicherungen für Leihbeschäftigte enthalten.

Die Partner der deutsch-italienischen Gewerkschaftskooperation haben bereits Überlegungen für die Zeit nach Corona angestellt. Die Fortführung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit halten sie für unverzichtbar, da die Gewerkschaften nach der Corona-Krise mit Herausforderungen konfrontiert sein werden, die allein auf nationaler Ebene kaum zu meistern sind. Hierzu zählen die absehbare Neuorganisation der Lieferketten sowie eine weitere Welle von Unternehmensaufkäufen und Fusionen.

In der jetzigen Phase hat das Projekt aber auch noch eine ganz andere Signalwirkung: Gerade in Zeiten der Corona-Krise, in denen das deutsch-italienische Verhältnis zuweilen sehr spannungsgeladen wirkte, liefern Projekte wie die Kooperation zwischen Gewerkschaften beider Länder einen wichtigen Ansatz, um das gegenseitige Vertrauen zwischen deutschen und italienischen Beschäftigten zu fördern. ■



Streik bei FIAC. Das Unternehmen wollte die Krise nutzen, um den Standort Bologna zu schließen.

Friedhof in Bergamo, einer der am schlimmsten betroffenen Regionen der Corona-Krise, mit Gräbern von an Covid-19 Verstorbenen

Fotos: LaPresse/dap, FIOM



# Geschäftsmodell auf der Kippe

**PREKÄR** Nach vielen Hundert Corona-Infektionen in der Fleischindustrie will Arbeitsminister Heil Werkverträge verbieten. Ortstermin bei Müller-Fleisch in Birkenfeld

Von Stefan Scheytt – Fotos Thomas Kienzle

Briefkasten an einem Wohnhaus, in dem Mitarbeiter von Müller-Fleisch untergebracht sind

**I**n diesen Tagen und Wochen erinnert sich Elwis Capece, Geschäftsführer der Regionen Mannheim-Heidelberg und Mittelbaden-Nordschwarzwald der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), wieder daran, was ihm sein Vater über seine ersten Jahre in Deutschland erzählte. Capece senior war 1958 als 15-jähriger Schneidergeselle aus Süditalien nach Süddeutschland gekommen und hatte sich von Job zu Job gehandelt, bevor er eine Ausbildung zum Werkzeugmacher absolvierte und später Betriebsrat wurde. „Mein Vater erzählte von den alten Buden, in denen er in Mehrbettzimmern mit anderen hauste, dass es dort nur eine Toilette

für alle auf dem Gang gab und bestenfalls eine Kochnische.“ Das Skandalöse sei, findet Capece, dass diese Erfahrungen „eins zu eins übertragbar sind auf das, was wir heute – 60 Jahre später – bei osteuropäischen Beschäftigten in der Fleischindustrie erleben“.

In Elwis Capeces Region ist der Firmensitz der Müller-Gruppe, die mit rund 600 Millionen Euro Umsatz zu den Großen der deutschen Fleischwirtschaft zählt und an ihren Standorten in Baden-Württemberg und Bayern jährlich rund 2,5 Millionen Schweine und Rinder schlachtet und zerlegt. Das tun zu großen Teilen Frauen und Männer aus Rumänien, Polen oder Ungarn, die deshalb aber nicht bei Müller-Fleisch angestellt sind, sondern bei Subunternehmen. Keine andere Branche hat das Modell der Werkvertragsarbeiter, die ein paar Monate arbeiten, gehen und dann wieder für einige Monate kommen, so ausgereizt wie die Fleischindustrie – zum Teil sind mehr als 80 Prozent einer Belegschaft bei Subfirmen unter Vertrag.

Zum Geschäftsmodell gehört außerdem, dass diese Menschen oft in engen Sammelunterkünften leben, die als eine der Ursachen gelten für die starke Verbreitung des Corona-Virus in den Belegschaften: Hunderte Mitarbeiter in deutschen Schlachthöfen haben sich infiziert; allein bei Müller-Fleisch in Birkenfeld im Nordschwarzwald wurden unter knapp 1200 Mitarbeitern 399 positiv getestet, die meisten Werkvertragskräfte aus Osteuropa. Weil in ihren Unterkünften keine Quarantäne möglich war, schickte das Landratsamt die Infizierten in drei eigens angemietete Unterkünfte und verhängte für die Nicht-Infizierten und Genesenen zeitweise eine Arbeitsquarantäne: Sie dürfen sich nur im Betrieb und in ihrer Unterkunft aufhalten, aber nicht einkaufen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren.



Ein ehemaliges Wirtshaus im Ortskern von Neuenbürg, wenige Kilometer von der Müller-Fleisch-Zentrale entfernt. Im Eingang des heruntergekommenen Gebäudes, an dem freie Stromkabel von einem Fenster zum anderen führen, steht Mario, ein Mann um die 40 mit vielen Zahnlücken, dessen Deutsch nur ausreicht, um zu erfahren, dass er bei Müller arbeitet und aus Rumänien kommt. Sein Zimmer im zweiten Stock ist eine enge Stube mit zwei durchgelegenen Betten und einer einzelnen Kochplatte im Eck. Mario senkt den Daumen, um zu signalisieren, was er von diesem Ort hält.

### Gesetz nicht zerfleddern

Zwei solche überbelegte Sammelunterkünfte hat das Landratsamt bereits geschlossen, und von August an dürfen die Müller-Schlachter und -Zerleger ihre Zimmer nur noch alleine bewohnen. Aber es geht nicht nur um die Unterbringung für Monatsmieten um die 250 Euro pro Person. Gewerkschafter Capece hat auch den Verdacht, dass viele der Beschäftigten mehr arbeiten, als erlaubt. „Müller-Fleisch bestreitet das zwar, aber wir hören, dass Menschen oft auch zwölf, 14 oder 16 Stunden am Tag arbeiten und sieben Tage die Woche.“ Capece sagt: „Das System Fleischindustrie beruht auf Ausbeutung: Firmen wie Müller-Fleisch, aber auch den großen Supermarktketten geht es vor

allem um den Profit, und die Politik lässt diese Unternehmen seit Jahrzehnten gewähren, um mit billigen Lebensmitteln punkten zu können.“

Auf Betreiben von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) beschloss das Kabinett nun Mitte Mai, Werkverträge und Leiharbeit in der Fleischindustrie von 2021 an zu verbieten und höhere Bußgelder bei Verstößen gegen Arbeitszeitvorschriften zu verhängen. Heils Ansage begrüßt Elwis Capece: „Bei ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen hätten wir endlich bessere Bedingungen, um in Betrieben wie Müller-Fleisch Fuß zu fassen. Dann wären die Mitarbeiter, zu denen man mühsam Kontakt aufgebaut hat, nicht nach einigen Monaten schon wieder weg.“

Doch der NGG-Mann sieht auch die Gefahr, dass der Kabinettsbeschluss auf dem Weg zum Gesetzestext zerfleddert werden könnte. Einen Hinweis lieferte bereits der baden-württembergische Agrar- und Verbraucherschutzminister Peter Hauk (CDU), der Müller-Fleisch erst einhalb Monate nach Ausbruch des Corona-Virus besuchte und danach Heils Pläne als Schnellschuss attackierte: Werkverträge sorgten auch in anderen Branchen für Flexibilität, es sei nicht sinnvoll, einer einzelnen Branche dieses Instrument zu nehmen. Auch habe er keine prekären Wohnverhältnisse gesehen: „Die wollen im Zweifel das Mehrbettzimmer“, um Geld zu sparen. ■



Elwis Capece, Geschäftsführer Region Mittelbaden-Nordschwarzwald der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG): Lebensverhältnisse wie vor 60 Jahren

Zentrale von Müller-Fleisch in Birkenfeld bei Pforzheim



# „Antidemokratische Rebellion“

**INTERVIEW** Politologe Samuel Salzborn über Corona-Proteste, Verschwörungsglauben und Antisemitismus

Das Gespräch führte Joachim Tornau – Foto Anja Thiele



**„Es scheint paradox: Je stärker die Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung wieder gelockert werden, desto mehr Menschen demonstrieren gegen die Einschränkungen. Was ist da los?“**

Die allerwenigsten von ihnen demonstrieren, weil sie wirklich wegen der Corona-Politik in Sorge sind. Vielmehr kanalisiert sich hier etwas, was in hermetisch abgeschlossenen Verschwörungszirkeln, vor allem in den sozialen Medien, schon viel länger vorhanden ist. Eine kleine Gruppe von Menschen, die aus unterschiedlichen politischen Milieus kommen, aber durch ein Verschwörungsweltbild verbunden sind, nimmt Corona zum Vorwand und bringt ihre antidemokratischen Ressentiments auf die Straße.

**Wie funktionieren Mythen, nach denen eine Impfdiktatur aufgebaut werden soll oder Microsoft-Gründer Bill Gates Teile der Menschheit ausrotten will?**

Es geht immer um ein komplexes Phänomen wie das Virus. Weil man das nicht versteht, wird nach einer konkreten Projektionsfläche gesucht, nach Schuldigen. Die Wahrnehmung wird vollständig dem Weltbild angepasst; Verschwörungsgläubige genießen das Gefühl, scheinbar die Einzigen zu sein, die wissen, was passiert. Das zeigt unfreiwillig auch die Selbstetikettierung der Corona-Proteste als „Hygienedemonstrationen“: Die Protestierenden wollen eine Form von psychischer Hygiene für sich herstellen.

**Welche Rolle spielt Antisemitismus dabei?**

Verschwörungsmymen sind schon in ihrer Struktur antisemitisch: Der Unwille, das Abstrakte zu verstehen und das Bedürfnis, es projizieren zu wollen, folgt exakt dem Muster des Antisemitismus. Bei den „Hygienedemonstrationen“ erleben wir aber auch ganz manifesten Antisemitismus. Wenn sich die Protestierenden Judensterne anheften oder die Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung mit dem Nationalsozialismus gleichsetzen, dann wollen sie sich in eine maximal große Katastrophe hineinfantasieren. Sie relativieren damit zugleich die Shoah und verharmlosen den Nationalsozialismus. Für mich artikuliert sich darin ein tiefes Bedürfnis der Schuldabwehr und der Täter-Opfer-Umkehr. Das ist nicht nur eine Provokation.

**Sicherheitsbehörden warnen, dass die Proteste von Rechtsextremen gekapert werden könnten.**

Es mag sein, dass bestimmte Organisationen versuchen, stärker Einfluss zu nehmen. Aber was das Weltbild angeht, muss da gar nichts groß gekapert werden: Wer diese aggressiven Verschwörungsfantasien vertritt, steckt bereits tief im Sumpf rechtsextremen Denkens. Sicher wird es auch Einzelne geben, die mit einem demokratischen Anliegen zu den Demonstrationen gegangen sind. Aber sie werden nicht mehr wiederkommen, wenn sie erlebt haben, was der Kern des Ganzen ist. Der Kern ist Gegenaufklärung, ist antidemokratische Rebellion. ■

**SAMUEL SALZBORN**, 43, ist außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Gießen und Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rechtsextremismus zählt zu seinen Forschungsschwerpunkten. Zuletzt erschien Anfang 2020 sein Buch „Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern“.



**EINSATZ IN DER KRISE** In der Pflege herrscht seit Jahren Fachkräftemangel. Mit der Corona-Krise drohte sich dieser Zustand dramatisch zuzuspitzen. Einige Stipendiatinnen und Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung unterbrechen ihr Studium, um auszuhelfen. Wir stellen drei von ihnen vor.

Von Fabienne Melzer

## Überbringerin der Testergebnisse

My-Kim Tran, Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung, derzeit beim Gesundheitsamt in Köln

**M**y-Kim Tran überbringt die schlechten Nachrichten. Sie ruft Patientinnen und Patienten an, die positiv auf Corona getestet wurden. Schwierig verlaufen die Gespräche für sie selten. „Die meisten kannten das Ergebnis schon oder hatten es zumindest vermutet“, erzählt die 25-Jährige. Außerdem hat sie in ihrem Medizinstudium schon mehrere Kurse besucht, in denen es um das empathische Gespräch mit Patientinnen und Patienten ging. My-Kim Tran ist Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung, studiert im zehnten Semester Medizin und arbeitet seit Mitte März beim Gesundheitsamt in Köln.

Im Herbst steht ihr Staatsexamen an. Eigentlich wollte My-Kim Tran noch zwei Seminare der Hans-Böckler-Stiftung für die Stipendiatinnen und Stipendiaten besuchen. Doch die fielen wegen Corona aus. „Daher hatte ich ungeplant freie Zeit.“ Als das Gesundheitsamt an ihrer Uni Aushilfen suchte, meldete sie sich.

Nun ruft sie Menschen an, die mit Corona infiziert sind. Sie fragt nach ihrer medizinischen Vorgeschichte, wie es ihnen geht und nach den Menschen, mit denen sie in den letzten Tagen Kontakt hatten. Auch sie werden vom Gesundheitsamt informiert. Index- und Kontaktpersonenmanagement heißt das in der Welt des Gesundheitsamts. Die Arbeit findet sie spannender, als sie erwartet hatte: „Ich bin nicht nur nah am Geschehen, ich kann die Entwicklung auch beeinflussen, indem ich Kontaktlisten erstelle, mit deren Hilfe Infektionsketten unterbrochen werden können.“ Was sie nach ihrem Medizinstudium machen will, weiß sie noch nicht. Die Arbeit beim Gesundheitsamt war bis vor ein paar Monaten noch keine Option. Das hat sich inzwischen geändert. ■

# Wissen der Pflegekräfte wertschätzen

Eckhard Geitz, Promotionsstipendiat und zurzeit als Krankenpfleger in der Berliner Charité im Einsatz

**W**ie die Zeiten sich ändern. Eckhard Geitz, Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung und zurzeit in der Berliner Charité im Einsatz, bringt es in wenigen Halbsätzen auf den Punkt: „Krankenpfleger, ehemals Kostenfaktor, jetzt systemrelevant.“ Seit Mitte April arbeitet Eckhard Geitz wieder in seinem erlernten Beruf. Als die Corona-Pandemie ausbrach, fiel eine Veranstaltung nach der anderen aus, auf denen er Vorträge halten wollte. Gleichzeitig wurden im Gesundheitswesen Fachkräfte gesucht. Er bewarb sich bei der Charité. Für drei Monate arbeitet er nun auf einer nephrologischen Station und ersetzt dort Pflegekräfte, die für die Versorgung von Covid-19-Patienten gebraucht werden.

Vor neun Jahren wechselte er als Pflegekraft in einer forensischen Psychiatrie in den Hörsaal. Inzwischen promoviert er am Institut für Soziologie der Universität Freiburg zur Digitalisierung der Psychiatrie. Schwer fiel es ihm nicht, wieder in der Pflege zu arbeiten: „Kommunikation und Bewegung mit Patientinnen und Patienten sind für mich nach wie vor das Entscheidende“, sagt Eckhard Geitz. „Ich habe auf jeden Fall den Eindruck, dass ich helfen kann.“

Als Krankenpfleger setzte er sich für die Rechte der Beschäftigten ein – als Verdi-Vertrauensmann und Betriebsrat. Während seiner Ausbildung 2004 bis 2007 entstand durch die Liberalisierung des Gesundheitswesens der Personalnotstand, der nun in der Krise die Versorgung bedroht. „Es war die Zeit der Privatisierung, der Fallpauschalen“, erzählt er. „Auszubildende wurden nicht übernommen, und die personelle Besetzung auf den Stationen wurde von Jahr zu Jahr schlechter.“ Er hängte den Beruf an den Nagel, vor allem, um zu studieren, aber auch weil er unter diesen Bedingungen nicht mehr arbeiten wollte.

Die Debatte um eine Aufwertung der Pflegeberufe dürfe sich nicht nur um Geld drehen. „Die Expertise von Pflegekräften muss wertgeschätzt werden. Sie wissen, was sie leisten und wie viel von ihrer Arbeit abhängt“, sagt Eckhard Geitz. „Deshalb müssen sie gefragt werden, wenn es um Personalbedarf und Fragen der Gesundheitsversorgung geht.“

Vielleicht schaffe die Krise ein Umdenken in der Gesundheitspolitik. Etwa, dass Reserven nicht dazu da sind, sie zu streichen, sondern dafür, sie im Notfall zu haben. Eines fände Eckhard Geitz allerdings fatal: „Wenn unser auf Kante genährtes Gesundheitssystem jetzt als vorbildlich gilt, weil wir bisher noch nicht an die Grenzen der Auslastung gestoßen sind.“



Foto: Stephan Pramme

## Sicherheit steht an erster Stelle

Laura Klimaschewski, Stipendiatin im Einsatz in der Uniklinik Essen

**Z**entrale Notambulanz Nordost heißt der Arbeitsplatz von Laura Klimaschewski offiziell. Untereinander nennen sie ihn aber nur Covid-Ambulanz. Dort kommen alle an, die bereits erkrankt sind und sich schlecht fühlen oder die verdächtige Symptome haben. Böckler-Stipendiatin Laura Klimaschewski studiert im achten Semester Medizin. Doch seit Ende März arbeitet sie als Pflegehelferin an der Uniklinik in Essen. „Ich hatte mich gemeldet, weil ich dachte, in den Kliniken brennt die Hütte“, erzählt Laura.

Gebrannt hat es bislang nicht, die Betten für Covid-Patienten waren bis Anfang Mai etwa zur Hälfte ausgelastet. Dennoch ist die Arbeit anstrengend. Sicherheit steht an erster Stelle, Schutzausrüstung, Abstand zwischen den Beschäftigten, nie mehr als zwei in einem Raum. „Wenn wir nach der Schicht die Maske abnehmen, haben alle einen roten Streifen um die Nase“, erzählt Laura. „Aber dann wissen wir wenigstens, dass sie richtig saß.“ Zwar kamen täglich im Schnitt nur sechs Patientinnen und Patienten zur Klinik, aber genug zu tun hatte Laura immer. „Mit einem Patienten ist man rund zwei Stunden beschäftigt“, erzählt die Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

Für ein Stipendium hatten sie ihre Lehrer nach dem Abitur vorgeschlagen. Doch Laura wollte nicht irgendeine Förderung, sie wollte etwas, das zu ihr passt. Ihr Vater ist Elektriker und Gewerkschaftsmitglied. Für Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechte interessierte sie sich schon von Haus aus. Im Internet stieß sie auf die Hans-Böckler-Stiftung und fand: „Das passt zu mir.“

Während der Oberstufe machte Laura eine Ausbildung als Rettungssanitäterin. Diese Erfahrung hilft ihr jetzt bei der Arbeit in der Ambulanz. Die Medizinstudentin sieht den Einsatz während der Pandemie auch als Chance für sich. „Im Studium beschäftigt man sich mit Pandemien ja nur theoretisch, hier sammle ich praktische Erfahrung.“ Auch persönlich hat sie die Arbeit weiterentwickelt. „Nach den Wochen in der Ambulanz fällt es mir inzwischen sehr viel leichter, selbst Entscheidungen zu treffen.“



# Kollektive schaffen Sicherheit in unsicheren Zeiten

**MACHT** Der Ausgang von Krisen ist nicht vorherbestimmt, sondern Resultat politischer Kräfteverhältnisse.

Von **Joris Steg**, Soziologe an der Bergischen Universität Wuppertal

Die Corona-Krise hält die Welt in Atem und stellt die gesamte Menschheit vor zum Teil existenzielle Herausforderungen. Krisen sind in modernen kapitalistischen Gesellschaften nichts Außergewöhnliches, im Gegenteil: Überall und immerzu werden Ereignisse und Entwicklungen als krisenhaft bezeichnet. Was aber sind Krisen überhaupt? Was unterscheidet die Corona-Krise von anderen Krisen? Und was ergibt sich daraus für Gewerkschaften?

Krisen beziehen sich immer auf die Abweichung von der Normalität. Krisen sind Ereignisse und Prozesse, die nicht mehr im ursprünglichen, gewohnten Entwicklungsmodus bewältigt werden können. Krisen erschüttern Routinen, Denk- und Handlungsweisen, Strukturen und Ordnungen. Da bei Krisenausbruch keineswegs feststeht, wie eine Krise verläuft und enden wird, produzieren Krisen systematisch Unsicherheit. Der italienische Philosoph Antonio Gramsci bezeichnete Krisen vor fast 100 Jahren treffend als *Interregnum*, also als Zwischenzeit, in der „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“.

Im politischen und medialen Diskurs wird zurzeit immer wieder hervorgehoben, dass Krisen auch Chancen sein können – manchmal zur Beruhigung der Öffentlichkeit, manchmal als routinehaft verwendete Phrase zur Abwehr politischer Kritik, zum Teil aber eben auch, um weitgehendere Änderungen durchzusetzen. Allenthalben wird auf mögliche Entwicklungen nach der Krise hingewiesen, etwa

auf Potenziale für eine schrittweise Deglobalisierung und Rückbildung weltweiter Lieferketten oder die entlastende Wirkung für das Klima. Unabhängig davon, wie vernünftig oder wünschenswert solche Veränderungen wären, ist festzuhalten, dass Krisen keinen Automatismus kennen und die Folgen einer Krise nicht vorherbestimmt, sondern Resultat politischer und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse sind.

Corona ist jedoch zuallererst eine gesundheitliche Katastrophe und keine Chance. Diese Krise ist einzigartig, weil in demokratischen Staaten nicht für möglich gehaltene Maßnahmen zur Begrenzung von Grundrechten ergriffen wurden, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Sie ist auch einzigartig, weil es sich tatsächlich um eine globale und gesamtgesellschaftliche Krise handelt. Diese Krise trifft alle – aber nicht in gleichem Maße, sondern sozial höchst unterschiedlich. Nicht zuletzt ist diese Krise einzigartig, weil sie neben den gesundheitlichen auch dramatische ökonomische, soziale, politische, kulturelle und psychologische Folgen haben wird, deren Tragweite noch nicht abschließend abzusehen ist.

Diese Krise macht aber auch Dinge sichtbar, etwa Bedeutung, Wert, Funktion und Rolle von Gewerkschaften über die reine Interessenvertretung der Mitglieder und Beschäftigten hinaus. Aufgrund ihrer Schutzfunktion sorgen Gewerkschaften in Phasen der Unsicherheit für Sicherheit. Diese Schutzfunktion ist vor allem materieller Natur,

aber sie bezieht sich nicht allein darauf, vor Ausbeutung zu schützen und Arbeitsplätze, Einkommen, Lebensstandard sowie gute Arbeitsbedingungen zu sichern. Gewerkschaften garantieren und gewährleisten, dass Menschen in Krisenzeiten nicht auf sich allein gestellt sind, dass sie für sich selbst und solidarisch miteinander kämpfen können. Kollektive sind resilienter, und Kollektive können auf Krisen besser reagieren als der Einzelne.

**D**ie Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Schutzfunktion ist aber auch deswegen gerade jetzt so bedeutsam, weil die Gewerkschaften damit zu einem Teil das Vakuum gefüllt haben, das durch die Krise der politischen Repräsentation und den gravierenden Vertrauensverlust der politischen Parteien entstanden war. Dass die momentan noch hohen Zustimmungsraten zur Corona-Politik der Regierungsparteien von Dauer sein werden, darf angesichts der kontroversen Debatten um die Lockerungspolitik bezweifelt werden – zumal dann, wenn die sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen und Spaltungen in der Bevölkerung in den Vordergrund treten. Je länger der wirtschaftliche Niedergang andauert, je mehr Insolvenzen zu verzeichnen sein werden, je höher die Arbeitslosigkeit steigt und je drama-

tischer die längerfristigen finanziellen Folgen für die Bevölkerung sein werden, umso wahrscheinlicher ist ein Umkippen der allgemeinen und politischen Stimmung in Deutschland und eine neue Wahrnehmung und Einordnung der Krise als politisches Scheitern. Bei einer solchen Entwicklung sind die deutschen Gewerkschaften besonders gefordert.

Krisen sind nicht nur Phasen der Unsicherheit, sondern auch der Entsicherung. Krisen offenbaren, dass alte Wahrheiten nicht auf ewig gelten müssen. Die schwarze Null, die Ablehnung von Staatsbeteiligungen oder Teilverstaatlichungen von Unternehmen, das immer wieder bemühte (neo-)liberale Mantra, der Markt könne alles besser regeln und der Staat müsse sich aus der Wirtschaft heraushalten – all das gilt in der Corona-Krise nicht mehr. Weil Fehlentwicklungen und Dysfunktionalitäten sichtbar werden, eröffnen sich Kritik-, Interventions- und Gestaltungsoptionen. Das, was bisher unaussprechbar, undenkbar, unerreichbar und unmöglich zu sein schien, kann in Krisenzeiten auf einmal ausgesprochen, gedacht, erreicht und ermöglicht werden. In Krisenzeiten eröffnen sich Gelegenheitsfenster und Möglichkeitsräume.

**I**n dieser Krise müssen die Weichen für eine bessere Zukunft gestellt werden. Das fordert von Gewerkschaften, sich offensiv in die gesellschaftlichen Debatten über die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nach der Corona-Krise einzumischen. Gewerkschaften spielen seit jeher nicht nur bei der Emanzipation von Menschen aus entwürdigenden und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen eine zentrale Rolle, sondern auch bei der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür stehen die betriebliche Mitbestimmung, die Fünftage-woche und der Achtstundentag, der Auf- und Ausbau sozialstaatlicher Leistungen oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Die zentrale Herausforderung unserer Zeit ist es, den Klimawandel zu stoppen und ein Wirtschaftsmodell zu überwinden, das an politische, ökonomische, ökologische und soziale Grenzen gestoßen ist. Die Gewerkschaften müssen abermals ihre Rolle als demokratischer Gestaltungsakteur von Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen und an der Spitze einer gesellschaftlichen Bewegung stehen, um Mehrheiten für eine sozialökologische Transformation zu organisieren und einen Bruch mit dem Neoliberalismus herbeizuführen. ■



**Krisen offenbaren,  
dass alte Wahr-  
heiten nicht  
auf ewig gelten  
müssen.**

# Ausgebremst

**AUTOINDUSTRIE** Der Aachener Elektroautohersteller e.GO sah sich schon kurz vor dem Durchbruch. Dann kam die Corona-Krise.

Von **Andreas Molitor** – Fotos **Karsten Schöne**

Industrie 4.0 aus Aachen:  
Hier wird der Elektrokleinwagen e.GO Life produziert.

Firmengründer Günther Schuh  
kämpft um sein Unternehmen.

Schnell auf Krise umgeschaltet:  
Betriebsratsvorsitzender Marc Treude

**M**anchmal lernt man in wenigen Wochen Dinge, für die man sonst Jahrzehnte braucht.“ Der Tonfall, in dem Marc Treude diesen Satz in den Telefonhörer spricht, lässt erahnen, dass er auf diese Lernerfahrung gern verzichten hätte. Der Betriebsratsvorsitzende des in Aachen beheimateten Elektroautoherstellers e.GO Mobile AG wurde Zeuge, wie die von der Corona-Epidemie ausgelösten Verheerungen das Unternehmen an den Rand des Ruins spülten. 457 Beschäftigte des 2015 von dem Aachener Maschinenbauprofessor Günther Schuh gegründeten Start-ups stehen vor einer völlig ungewissen Zukunft.

Am 23. März schlug Corona bei e.GO ein. Neun Wochen stand die Produktion still. Die Arbeitnehmervertretung schaltete von Gesprächen über Arbeitszeiten und Gehältergerechtigkeit auf Krise um und handelte eine Kurzarbeiterregelung aus – mit einer Aufstockung des Kurzarbeitergelds auf bis zu 95 Prozent des Nettogehalts für die unteren Einkommensgruppen. Dann kam es knüppeldick: Weil der Umsatz wegen des Verkaufsverbots auf null einbrach und weil die Aktionäre den Geldhahn zudrehten, ging dem Unternehmen das Geld aus. Anfang April meldete der Firmenchef Insolvenz an.

Schuh, 61, Professor am Lehrstuhl für Produktionssystematik der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH), hat dennoch nicht aufgegeben. Er darf weiterhin Regie führen, mit einem vom Gericht bestellten Generalbevollmächtigten an der Seite, mit dem er wichtige Entscheidungen und vor allem zusätzliche Ausgaben abstimmt. Bis zum 2. Juli muss Schuh neue Geldgeber finden.

Schuh schwebte von Anfang an ein ganz anderes Auto vor als das Gros der Elektrokarossen

der etablierten Hersteller. Kein schwerer Langstrecken-Bolide, sondern ein wendiger Stadtfloh, ideal als Zweitwagen, für Pflege- oder Lieferdienste. Ein Volksstromer, zu Preisen, die mit dem gerade erst um 3000 Euro erhöhten Umweltbonus bei unter 14.000 Euro beginnen dürften.

Günther Schuh, rastloser Forscher und Entrepreneur, ist das Gesicht des Unternehmens. Am liebsten wäre ihm gewesen, einer der großen Hersteller hätte ihm seine Idee abgekauft. Es kam aber keiner, nicht nach dem ersten Prototyp und auch nicht nach dem zwölften. So wurde der Professor zum Autofabrikanten: Er wollte, er musste zeigen, dass das geht – Elektromobilität für vergleichsweise kleines Geld, entwickelt und gebaut in Deutschland.

Schon zu Beginn sagte Schuh: „Eigentlich brauchen wir jetzt noch ’nen Betriebsrat.“ Nachdem sich auch aus der Belegschaft entsprechende Stimmen gemehrt hatten, kam es im vorigen Jahr zum Urnengang. Die meisten der elf Gewählten sind Mitglied der IG Metall. „Bei den Führungskräften wurde die Gründung des Betriebsrats fast durchweg positiv aufgenommen“, sagt Marc Treude. Die Kommunikation des Managements an die Belegschaft habe sich seit der Gründung des Betriebsrats eindeutig verbessert. „Manchmal ist es ein zähes Ringen, aber insgesamt fühlen wir uns als Betriebsrat immer auf Augenhöhe.“

Den schweren Rückschlägen, die das Start-up von Anfang an hatte hinnehmen müssen, standen Management und Betriebsrat machtlos gegenüber. So hatte Schuh im Rahmen einer Kooperation mit Opel vereinbart, dass er rund 200 wichtige Komponenten des Rüsselsheimer Herstellers in seinem Elektroauto verbauen durfte. Als Opel im August 2017 an den französischen PSA-Konzern verkauft wurde, war der Deal ►



### Neues Konzept zur Produktion

Bei der Entwicklung des e.GO Life hatte Firmengründer Günther Schuh Zugriff auf das gesammelte Know-how der RWTH Aachen. Ergebnis war ein völlig neues Produktionskonzept, ohne Rohbau mit teurer Roboterarmee, ohne Presswerk und Lackierung. Den Kostenvorteil der Low-Cost-Produktion gegenüber einem vergleichbaren Kleinwagen klassischer Bauweise beziffert Schuh bei kleinen Stückzahlen auf mehrere Tausend Euro pro Fahrzeug.

► hinfällig – und Schuh stand ohne Teile da. Allein dadurch verzögerte sich der Produktionsstart um fast ein Jahr. Erst im vorigen Herbst wurden die ersten e.GO Life ausgeliefert.

Der Absatz des Stadtflyers kam nur schleppend in Gang; bis Anfang April wurden gerade mal knapp 900 Autos verkauft. Das vergangene Jahr, so Schuh, „war ein furchtbares Jahr“. Bei einem Umsatz von rund 20 Millionen Euro verzeichnete e.GO einen Verlust von rund 50 Millionen Euro. Nach einer geplatzten Finanzierungsrunde stand das Unternehmen bereits Ende 2019 auf der Kippe. Doch noch glaubten die Investoren an Schuh; sie legten Geld nach und verhinderten vorerst die Zahlungsunfähigkeit.

Unmittelbar vor dem Corona-Lockdown glaubte Schuh sich kurz vor dem Durchbruch. Endlich war die Produktion in Gang gekommen. Bis zu einem positiven operativen Ergebnis seien es nur noch wenige Monate gewesen. „Wir waren eingangs der Zielgeraden“, sagt der Firmenchef. Doch dann kam von hinten der Tritt in die Wade.

Der Produktions- und Verkaufstillstand bedrohte die Existenz des Unternehmens sofort. „Ich hab’ hier eine Menge Autos stehen, die zwar verkauft, aber zum größten Teil noch nicht bezahlt sind und die ich jetzt nicht ausliefern kann“, sagte Schuh zwei Tage vor dem Gang zum Amtsgericht. Die Shareholder wollten in dieser Situation, die schon den Geruch von Pleite verströmte, nicht noch einmal in die Bresche springen und verweigerten die bereits versprochene Auszahlung der dringend benötigten letzten Tranche eines Überbrückungsdarlehens. Schuh blieb nur der Weg zum Amtsgericht.

Noch ist es zu früh für den Abgesang. Schuh sieht durchaus Chancen, bis zum 2. Juli Geldge-

ber zu finden, die das in Schieflage geratene Startup aus der vorläufigen Insolvenz in Eigenverwaltung (so der korrekte Terminus) herauskaufen. Allerdings müsste sich der Kapitalmarkt dazu wieder halbwegs normalisieren. Derzeit befinden sich Wagniskapitalgeber und Beteiligungsgesellschaften Corona-bedingt in Schockstarre. „Kaum einer gibt Geld für eine Überbrückung oder eine Sanierung“, beschreibt der Unternehmenschef die Situation. Die Zeit wird knapp. Seit dem 27. April läuft immerhin der Verkauf wieder; so kommt etwas Geld in die Kasse.

Günther Schuh hat „mehrere zehn Millionen Euro“ aus seinem privaten Vermögen in die Firma investiert. Er ist selbst einer der größten Aktionäre. „Fast alles, was ich in meinem Leben erarbeitet habe, steckt in diesem Unternehmen. Das ist jetzt weg.“ Aber sein Bedauern, sagt er, „hat nichts damit zu tun, dass ich mein Geld verloren habe, sondern damit, dass ich und dieses sensationelle Team, das auch jetzt unglaublich zusammenhält, mit unserer Mission noch nicht fertig sind.“

Der eine oder andere stehe jetzt an der Seite und reibe sich voller Häme die Hände. Schuh hat die Provokation nie gescheut, mancher Branchengröße trat er lustvoll auf die Füße. „Da gibt es jetzt sicher welche, die sich freuen, dass dieser selbstgefällige Professor aus Aachen es nicht hingekriegt hat.“

An der Zukunft seines Autos hat Schuh keinen Zweifel – selbst wenn er dann nicht mehr an Bord sein sollte. Dass ein Käufer „das Unternehmen auseinanderreißt, die Fabrik dichtmacht und nur die Produktionsanlagen verhökert“, hält er für ausgeschlossen. Sämtliche Entwicklungsleistungen am e.GO Life, „der eigentliche Wert des Unternehmens“, wären dann vernichtet. Letztlich sei ein Investment in sein Unternehmen doch geradezu ein „lucky punch“, egal ob in den nächsten Wochen oder später aus der Insolvenzmasse. „Noch günstiger, noch sicherer, noch cooler kann man eigentlich nicht in neue Mobilität investieren.“

Da wiederum liegt Günther Schuh ganz auf einer Linie mit Marc Treude. Auch der Betriebsratsvorsitzende ist überzeugt, dass e.GO doch noch die Kurve kriegt. „Ich glaube an das Auto, an das Unternehmen und an seine Belegschaft“, sagt er. „Und ich möchte mir überhaupt nicht vorstellen, dass wir auf dem Weg zum Ziel zu Fall kommen und nicht mehr aufstehen.“ ■



„Wir waren eingangs der Zielgeraden, doch dann kam von hinten der Tritt in die Wade.“

GÜNTHER SCHUH, Gründer und Geschäftsführer der e.GO Mobile AG



NACHRUF

# Mensch und Minister

**STUDIENFÖRDERUNG** Norbert Blüm, Altstipendiat der Stiftung, verband christliche und gewerkschaftliche Werte zu einem glaubwürdigen Plädoyer für Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung.

Foto: Ulrich Baumgarten/SZ Photo/laif



Festnetz und Pfeife: Norbert Blüm als Bundesarbeitsminister (1986)

**N**orbert Blüm ist am 23. April diesen Jahres verstorben. Für viele von uns war er ein Vorbild, und wir sind stolz darauf, dass er zu den Stipendiaten der Stiftung gehörte. Gab es einen besseren Ansporn für Bildungsaufsteiger? Die Hans-Böckler-Stiftung, damals noch die Stiftung Mitbestimmung, gewährte dem jungen Mann, der am Abendgymnasium sein Abitur nachgeholt hatte und Philosophie, Germanistik, Geschichte und Theologie studieren wollte, ab 1962 ein Stipendium, dann nochmals 1965 für seine Promotion – mit Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk. Ein Gutachter hatte Blüm bescheinigt, zu den wenigen Bewerbern zu gehören, die „das Prädikat ‚hochbegabt‘ ohne Einschränkung“ verdienten. Hinzu kam sein gewerkschaftliches Engagement. 1950 war Blüm in die IG Metall eingetreten,

während er bei Opel in Rüsselsheim eine Ausbildung zum Werkzeugmacher machte und sich als Jugendvertreter engagierte. „Echte, neuzeitliche Jugendarbeit“ wollte er machen, wie er in den Mitteilungen der Jugendvertretung formulierte.

Norbert Blüm war stark von der katholischen Soziallehre geprägt. Seine politische Heimat hatte er bereits mit 15 Jahren in der CDU gefunden. Schnell machte er Karriere und zog 1972, zehn Jahre, nachdem die Förderung durch die Stiftung begonnen hatte, in den Deutschen Bundestag ein. In späteren Jahren – Blüm war von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung – blieb sein Profil stets erkennbar. Für ihn war es selbstverständlich, den Kern des Sozialstaates und die Tarifautonomie zu verteidigen. Manche nannte ihn dafür einen „Herz-Jesu-

Sozialisten.“ Viele sozialpolitische Errungenschaften trugen seine Handschrift, allen voran die Pflegeversicherung.

Die Mitbestimmung war für Blüm eine Herzenssache – am Arbeitsplatz genauso wie an der Spitze der Unternehmen. Als eine sozialliberale Koalition im Jahr 1976 das Mitbestimmungsgesetz beschloss, das Arbeitnehmern endlich Sitze in den Aufsichtsorganen deutscher Konzerne sicherte, setzte sich Norbert Blüm für ein weitgehendes Konzept nach dem Vorbild der Montanmitbestimmung ein, fand aber dafür keine Mehrheiten. Dennoch verteidigte er das Gesetz: „Erst der Kompromiss erzieht, mit dem Kopf des anderen zu denken; der Kompromiss erzwingt, Ergebnisse nach beiden Seiten zu vertreten, es geht eine ungeheure Integrationskraft von ihm aus.“ Humor und Sachverstand bewies Blüm, als er 1998 einen Fragebogen dieses Magazins ausfüllte: „Die deutsche Mitbestimmung durch ein Tier symbolisiert – welches würden Sie wählen?“ war eine der Fragen. Seine fast biblische Antwort: „Ein Kamel – klug und zäh.“

Das Engagement für die Arbeitnehmer stand ganz im Zeichen jener Menschenliebe, wie sie ihm sein Lehrer, der Theologe, Nationalökonom und Sozialphilosoph Oswald von Nell-Breuning, vermittelt hatte. Dies prägte sein langjähriges Wirken in der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), deren Bundesvorsitzender er von 1977 bis 1987 war. Der heutige CDA-Vorsitzende Karl Josef Laumann würdigt Norbert Blüm mit den Worten: „Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen!“ war seine unverrückbare Überzeugung, die er immer wieder aufs Neue in konkrete Politik gegossen hat.“ ■

Von Kay Meiners

# Thema: Corona

**STIFTUNG** Wie wirkt sich die Pandemie auf den Arbeitsmarkt aus? Werden Männer und Frauen unterschiedlich hart getroffen? Wie kann man die Wirtschaft stabilisieren? Überall in der Stiftung wird an diesen Fragen gearbeitet.

Von **Kay Meiners**, Redakteur des Magazins Mitbestimmung

**SEBASTIAN DULLIEN**, wissenschaftlicher Direktor des IMK, macht Vorschläge zur Überwindung der Krise und kommuniziert diese in seinem Podcast „Systemrelevant“.



**ALINE ZUCCO** (WSI) untersucht als wissenschaftliche Mitarbeiterin die Geschlechteraspekte der Krise.



**JOHANNA WENCKEBACH**, wissenschaftliche Direktorin des HSI, arbeitet an der arbeits- und sozialrechtlichen Bewertung der Krisengesetzgebung und Beschäftigtenrechten.



**PETER HOHLFELD** (IMK), verantwortet im Referat Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung die Konjunkturanalysen der Stiftung.



**BETTINA KOHLRAUSCH**, wissenschaftliche Direktorin des WSI, erforscht unter anderem die Folgen der Corona-Krise für die soziale Ungleichheit.



**THOMAS KLEBE** (HSI) arbeitet ebenfalls zum Arbeitsrecht in der Krise, unter anderem zur Betriebsratsarbeit.



Fotos: Hans-Böckler-Stiftung (2); HSI (6); privat (10); Karsten Schöne (1, 7, 8, 9); Florian Schuh (3); Uni Paderborn (4); Anna Weise (5)



**SEBASTIAN SICK** (I.M.U.) berät Aufsichtsräte zu Corona und hat gemeinsam mit Alexander Sekanina Fachwissen für Aufsichtsräte in der Corona-Krise erarbeitet.



**MAXI LEUCHTERS** (I.M.U.) verantwortet den Monitor EU-Wirtschaftsrecht im Mitbestimmungsportal des I.M.U., in dem europäische Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise aufgegriffen werden.



**MANUELA MASCHKE** (I.M.U.) leitet das Referat Arbeit und Mitbestimmung. Hier wird dokumentiert, welche Lösungen Betriebsräte in der Corona-Krise verhandeln.



**BARBARA FULDA** (FoFö) leitet das Referat Erwerbsarbeit im Wandel und befasst sich mit der Resilienz von Wertschöpfungsketten in der Pandemie.

*Die Formen der Zusammenarbeit in der Hans-Böckler-Stiftung sind komplex und vielfältig. Dieses Format stellt ausschnittshaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Mitarbeiter vor, die an einem Querschnittsthema arbeiten.*

## DURCHBLICK



### Podcast

Die Corona-Krise bedeutet auch wirtschaftlich eine nie da gewesene Herausforderung für unsere Gesellschaft. Moderiert von Marco Herack, erläutert Sebastian Dullien, der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, die neuesten Entwicklungen und Debatten.

[boeckler.de/de/podcasts-22421.htm](http://boeckler.de/de/podcasts-22421.htm)



### Praxiswissen

Das Mitbestimmungsportal hat alle Angebote zur Corona-Krise unter einer URL gesammelt. Dort kann man auch nach Themen filtern.

Für Aufsichtsräte gibt es ganz aktuell den Kartenset „Was hat der Aufsichtsrat im Zusammenhang mit der Corona-Krise zu beachten?“.

[mitbestimmung.de/html/fokus-coronakrise-13593.html](http://mitbestimmung.de/html/fokus-coronakrise-13593.html)



### Policy Brief

Forschung von Aline Zucco und Bettina Kohlrausch (WSI) zeigt, dass bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern durch die Krise zunehmen. Das verdeutlichen Ergebnisse einer neuen Onlinebefragung, für die im

Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung knapp 8000 Erwerbstätige interviewt wurden. Der WSI-Policy-Brief Nr. 40 hat deshalb den Titel: „Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit“.

[boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_pb\\_40\\_2020.pdf](http://boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_40_2020.pdf)

# Streng zu sich selbst

**JAKOB SIMMANK** berichtet als Wissenschaftsjournalist für ZEIT Online wohltuend unaufgeregt über die Corona-Epidemie.

Text **Andreas Molitor** – Foto **Stephan Pramme**

**A**uf welches Studienfach fällt die Wahl, wenn auf dem Abiturzeugnis fast nur Einsen stehen? „Ich will etwas studieren, was mich fasziniert, wo ich später aber auch immer einen Job mit gutem Einkommen habe“, überlegte sich Jakob Simmank, nachdem er 2007 in Hamburg sein Abitur mit 1,2 bestanden hatte – und entschied sich für ein Medizinstudium. Sicher war der Gedanke an einen Job mit auskömmlichem Gehalt nicht der schlechteste. Daheim war es finanziell knapp. Jakob Simmanks Mutter, alleinerziehend, musste als Krankenschwester viele Nachtschichten einlegen, damit das Geld reichte für Jakob und seine zwei Brüder. Im Zivildienst, bevor er das Studium begann, erzählte ihm eine Bayer-Betriebsrätin von der Böckler-Aktion Bildung. Simmank bewarb sich, erhielt das Stipendium und wurde einer der wenigen Medizinstudenten mit Verdi-Mitgliedsausweis. Sein Studium absolvierte er mit Bestnoten, gekrönt von der Promotion, die er mit summa cum laude abschloss. Eine glänzende Karriere als Mediziner lag vor ihm.

Heute, knapp drei Jahre später, arbeitet der 32-Jährige als Redakteur für Gesundheitsthemen bei ZEIT Online in Berlin. Schon zu Schulzeiten hatte er davon geträumt, Journalist zu werden. Er absolvierte ein Praktikum bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, schrieb Artikel für FAZ, taz, Süddeutsche und ZEIT – und erhielt Anfang 2018 von ZEIT Online ein Angebot für eine Redakteursstelle.

In den vergangenen Monaten gab es für ihn fast nur ein Sujet: Corona. Seine medizinische Ausbildung kommt ihm jetzt zugute. Kaum eine wichtige Veröffentlichung entgeht ihm. Und er weiß, welche Experten zu welchen Facetten des Themas etwas Substantielles sagen können. „Das sind nicht



Foto: Monique Horstmann

Jakob Simmank als Stipendiat

unbedingt jene, die gern in Talkshows sitzen“, sagt er. „Nicht jeder, der etwas zu Corona sagen will, ist gleichermaßen Experte.“

Mit der aktuell sehr populären Wissenschaftlerschelte – „Heute sagen sie das eine, morgen das andere“ – mag Simmank sich nicht gemeinmachen. Wer Derartiges von sich gebe, schreibt er, nehme „billigend in Kauf, Bürgerinnen und Bürger zu verunsichern“. Nach dem Motto: „Wenn Forscher es gar nicht so genau wissen, ist es ja auch egal, wie ich mich verhalte.“ Unsicherheit

und Zweifel „sind Kerngeschäft und Antrieb der Wissenschaft“. Und dann folgt ein wunderbarer Satz: „Wissenschaft schält sich immer wieder aus der eigenen Haut.“

Über eine Frage denkt Simmank gerade jetzt in Corona-Zeiten häufig nach: Hätte er als Mediziner mehr bewegen können als durchs Schreiben? „Als Arzt spielt man mitunter einen ganz wichtigen Part im Leben eines Menschen“, sagt er. Er erinnert sich an lange, sehr persönliche Gespräche mit Lungenkrebspatienten. „So etwas gibt es im Journalismus eher nicht. Andererseits erreiche ich durchs Schreiben viel mehr Menschen.“ Manchmal, erzählt seine Lebensgefährtin, die ihn seit dem Studium kennt, „ist er richtig erschrocken, wenn er sieht, dass einer seiner Artikel von 300 000 oder 500 000 Menschen gelesen wurde. Dann wird ihm klar, dass er auf einer Bühne steht.“

An seine eigene Arbeit legt Simmank die gleichen strengen Maßstäbe an wie an die der Wissenschaftler. „Ich hinterfrage immer kritisch, was ich schreibe“, erzählt er, „und ich habe ständig das Gefühl, etwas falsch gemacht, vielleicht eine wichtige Studie übersehen oder eine Schlagzeile zu sehr zugespitzt zu haben.“ Beim Schreiben navigiert er mitunter durch Nebel, kämpft mit der kurzen Halbwertszeit des Wissens. Das drückt seinen Artikeln einen eigenen Stempel auf: „Ich finde, dass der Journalismus viel mehr Fragezeichen braucht“, sagt er. „Das Wort ‚vielleicht‘ ist doch ein ganz tolles Wort. Leider war es unter Journalisten lange Zeit verpönt.“ ■



Jakob Simmank auf dem Gelände der Berliner Charité: „Vielleicht“ ist ein ganz tolles Wort für Journalisten.“

## PERSONALIA

### ■ Ruhestand

Foto: Thea Struchtemeier/RUB



**Wolfgang Jäger**, von 2004 bis 2017 Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung und zuletzt Research Fellow der Stiftung am Bochumer Institut für soziale Bewegungen, ist seit April im Ruhestand. Jäger ar-

beitete von 2002 bis 2004 als Bundesvorstandssekretär des DGB und davor als stellvertretender Leiter des Bildungszentrums Haltern am See der IG BCE. In den 80er Jahren war er Promotionsstipendiat der Stiftung. ■

### ■ Verstärkung

Foto: privat



**Andreas Hövermann** forscht im Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ in der Abteilung Forschungsförderung und analysiert unter anderem Befunde der aktuellen Corona-

Erwerbstätigenbefragung. Von 2017 bis 2019 war Hövermann Postdoc-Forschungsstipendiat an der State University New York, University at Albany sowie Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. ■

### ■ Jobwechsel

Foto: Uli Baatz



**Marc Schietinger**, bisher Leiter des Förderschwerpunktes „Strukturwandel und Innovation“ in der Abteilung Forschungsförderung, hat die Stiftung verlassen und ist zur IG-Metall-Vorstandsverwaltung nach Frank-

furt in den Funktionsbereich „Industrie- und Strukturpolitik“ gewechselt. Themen wie Strukturwandel, Industrie 4.0, zu denen Schietinger externe Forschungsprojekte betreut hat, dürften auch den neuen Arbeitgeber interessieren. ■

## VERWALTUNG

# Neue Personalleiterin

Vanessa Grave hat zum 1. April die Leitung des länger vakanten Referats „Personal“ in der Hans-Böckler-Stiftung übernommen. „Trotz der aktuell kritischen Zeit freue ich mich sehr auf diese neue Aufgabe“, sagt sie. Zwar ist Grave eine echte Quereinsteigerin in die Gewerkschaftswelt, jedoch bringt sie durch ihr Pädagogikstudium mit den Schwerpunkten Erwachsenenbildung, Organisationswissenschaften und Personalwesen an der Universität zu Köln sowie ihre langjährige Berufserfahrung im Personalwesen sowohl in der mittelständischen Industrie beim finnischen Verpackungshersteller Huhtamaki als auch bei Siemens die besten Voraussetzungen und auch Erfahrung in der Zusammenarbeit mit den Industriegewerkschaften IG Metall und IG BCE mit. ■



Foto: Karsten Schöne

## IMK

# Rudolf Zwiener in Rente

Foto: Peter Himsel



Nach über 40 Berufsjahren – erst am DIW und dann 15 Jahre in der Stiftung – ist Rudolf Zwiener Ende April in den Ruhestand gegangen. Zwiener, zuletzt Leiter des Referats „Wirtschaftspolitische Beratung, Modellsimulation“ am IMK hat zu wechselnden Themen geforscht, darunter Arbeitszeitverkürzungen, ökologische Steuerre-

formen, Arbeitskostenentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit und zuletzt Rentenreformen. Er hat häufig in Entwicklungsländern gearbeitet und unter anderem die Wiedervereinigung, die Währungsunion und die Rezession von 2008/2009 wissenschaftlich begleitet. In Zukunft wird er sich um sein altes Bauernhaus am Fuße der Burg Eisenhardt in Bad Belzig kümmern und „irgendwann hoffentlich wie früher mit meiner Familie Ferien in Griechenland machen“. ■

ZUR SACHE DARÜBER SOLLTEN WIR REDEN



Foto: Bianka Huber

”

## „Es drohen Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren.“

DANIEL HLAVA erklärt, warum der Missbrauch von Kurzarbeitergeld kein Kavaliersdelikt ist.

**K**urzarbeit ist ein effektives Instrument, um in Krisenzeiten betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Arbeitszeiten lassen sich vorübergehend bis auf null reduzieren, während der Verdienstaufschlag von der Bundesagentur für Arbeit (BA) durch das Kurzarbeitergeld zum Teil ausgeglichen wird. Das Instrument hatte sich bereits in der Finanzkrise 2008/2009 bewährt und wird in Zeiten von Covid-19 deutlich stärker genutzt.

Es geht um viel Geld, das nicht nur bei krisengeschüttelten Unternehmen Begehrlichkeiten weckt. Es mehren sich Berichte, wonach Arbeitnehmer trotz Kurzarbeit weiter in Vollzeit oder über das angezeigte Maß hinaus arbeiten. Erhält der Arbeitgeber aufgrund vorsätzlich falscher Angaben Kurzarbeitergeld, liegt ein Betrug vor (§ 263 StGB). Darüber hinaus kann es sich auch um Subventionsbetrug (§ 264 StGB) handeln, für den bereits leichtfertiges Handeln ausreicht. Ob Kurzarbeitergeld eine Subvention ist, ist noch nicht abschließend geklärt. Da aber auch der Arbeitgeber ein wirtschaftliches Interesse an der Leistung hat, spricht viel dafür, dass der Straftatbestand hier greift.

Gleiches gilt im Übrigen, wenn der Betrieb mit Kurzarbeit null stillgelegt wurde, die Arbeitnehmer aber mit anderen Aufgaben (zum Beispiel mit aufräumen und Regale ab-

stauben) betraut werden. Auch Überstunden während Kurzarbeit widersprechen deren Zweck und sind bis auf wenige Ausnahmefälle (etwa dringende Reparaturen) unzulässig. Bei Betrug oder Subventionsbetrug drohen Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren (in besonders schweren Fällen bis zu zehn Jahren) oder Geldstrafe. Auch können gegen das Unternehmen empfindliche Bußgelder verhängt werden (§ 30 OWiG).

Aber nicht nur der Arbeitgeber kann sich strafbar machen. Arbeitnehmer können dem Vorwurf der Beihilfe zum Betrug oder Subventionsbetrug (§ 27 StGB) ausgesetzt sein. Wenn sie Kurzarbeit in dem Wissen zustimmen, trotzdem in Vollzeit zu arbeiten, oder den Stundenzettel bewusst falsch ausfüllen oder nach dem Ausstechen weiterarbeiten, kann dies eine Hilfestellung zum Betrug sein. Sie sollten sich daher nicht darauf einlassen, falsche Angaben zu ihrer Arbeitszeit zu machen oder wissentlich mehr zu arbeiten, als für die Zeit der Kurzarbeit vereinbart wurde. Zwingt der Arbeitgeber Beschäftigte zu falschen Angaben, indem er zum Beispiel mit Kündigung droht, kann er eine Nötigung oder Erpressung begehen.

Einigen sich Arbeitgeber und Beschäftigte darauf, die Differenz zwischen dem Kurzarbeitergeld und dem regulären Arbeitsent-

gelt schwarz auszubezahlen, sind beide dem Vorwurf der Lohnsteuerhinterziehung (§ 370 AO) ausgesetzt und der Arbeitgeber zudem dem des Sozialversicherungsbetrugs (§ 266a StGB). Bei alledem handelt es sich um keine Kavaliersdelikte, und es ist davon auszugehen, dass die Kontrollen spätestens im Nachgang der Krise verschärft werden.

Bei Verdacht auf Rechtsverstöße sollte zunächst versucht werden, dies im Betrieb zu klären. Ansprechpartner sind der Betriebsrat oder die Compliance-Abteilung. Ist das nicht erfolgreich oder nicht zumutbar, kann man sich direkt an die zuständigen Behörden wenden. Der Betriebsrat hat ein Mitbestimmungsrecht bei der Einführung von Kurzarbeit (§ 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG) und sollte deren Einhaltung überwachen. In Betriebsvereinbarungen zur Kurzarbeit sollten der Umfang der Arbeitszeitverkürzung klar geregelt und Kontrollmechanismen festgelegt werden. Ebenso ist eine zuverlässige Erfassung der Arbeitszeiten (auch bei Vertrauensarbeitszeit), wie sie vom EuGH allgemein gefordert wird, schon aus Beweisgründen notwendig. ■

**DANIEL HLAVA** ist wissenschaftlicher Referent für Sozialrecht und europäisches Arbeitsrecht am Hugo Sinzheimer Institut der Hans-Böckler-Stiftung.

## Dunkler Gesetzestext

**BETRIEBSVERFASSUNG** Die Mitbestimmung in Fragen der Ordnung des Betriebs hat zu einer unübersichtlichen Rechtsprechung geführt. Eine neue Studie soll Klarheit schaffen.



Manche Rechtsnorm sieht auf den ersten Blick einfacher aus, als sie ist. In diese Kategorie gehört auch das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats in „Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb“. Der Arbeitsrechtler Bernd Waas widmet der Norm, niedergeschrieben in § 87 Abs. 1 Nr. 1 des Betriebsverfassungsgesetzes, eine ganze Studie.

Denn die Vorschrift ist ebenso knapp wie unbestimmt. Die Folge ist, nach Waas, dass die Rechtsprechung „über die Jahrzehnte betrachtet schwankend war und auch heute nicht als gefestigt gelten kann“.

Dem dunklen Gesetzestext steht die große praktische Bedeutung gegenüber. Seit jeher wird unter dieser Vorschrift ein ganzes Minenfeld heikler Themen verhandelt – von Alkoholkonsum über das Tragen von Dienstkleidung bis zum Einsatz von Detektiven im Betrieb. Durch neue Entwicklungen wie Compliance und Digitalisierung nimmt ihre Bedeutung außerdem noch zu. Ist der Urtext des Gesetzes salopp geraten, muss die „ratio legis“, der Grundgedanke der Rechtsnorm, von kundiger Hand aufgehellt werden. Zeitgemäß interpretiert Bernd Waas die „Ordnung des Betriebs“ als „Gesamtheit der im Betrieb geltenden Verhaltensregeln“, das „Verhalten der Arbeitnehmer im Betrieb“ als deren betriebliches Sozialverhalten. Damit bilde die Norm „in weitem Umfang einen einheitlichen Tatbestand“, dessen zwei Merkmale sich nur hinsichtlich der Perspektive unterscheiden – einmal die Regeln, die die Ordnung darstellen, und einmal denjenigen Ausschnitt des Verhaltens der Beschäftigten, welcher der Wahrung dieser Ordnung dient.

Zu den mitbestimmungspflichtigen Maßnahmen des Arbeitgebers zählen all die Maßnahmen nicht, die sich auf das Arbeitsverhalten der Arbeitnehmer beziehen. Denn hier greift das Direktionsrecht des Arbeitgebers. Das Mitbestimmungs-

recht dient in erster Linie dem Ziel, einen Ausgleich der Interessen innerhalb der Belegschaft (nicht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer!) herzustellen, es betrifft daher alle auf das Ordnungsverhalten gerichteten Maßnahmen, die das einzelne Arbeitsverhältnis übersteigen.

An vielen Stellen vertritt der Autor modernere Positionen als die, zu denen das Bundesarbeitsgericht in der Vergangenheit gekommen ist – etwa, wenn es 1991 ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates beim Einsatz von Detektiven verneinte, weil damit kein Verhalten der Arbeitnehmer geregelt werde, aber zugleich eingestand, dass so ein Einsatz sehr wohl Einfluss auf das Verhalten der Beschäftigten nehmen kann. Dennoch kam es zu dem Schluss, nur die Überwachung mit technischen Mitteln sei mitbestimmungspflichtig. Waas hingegen argumentiert, dass der Arbeitgeber mit dem Einsatz von Detektiven sein „Integritätsinteresse“ verfolgt, nicht sein „Erfüllungsinteresse“. Das heißt, er will sein Vermögen schützen, nicht einfach nur die korrekte Einhaltung der Arbeitsverträge erreichen. Dies setze zwingend eine Güterabwägung und Beteiligung des Betriebsrates voraus. Umgekehrt gilt dies auch, wenn Integritäts- oder Persönlichkeitsrechte der Mitarbeiter tangiert sind.

Ebenso hält Waas alle Maßnahmen, die sowohl auf das Arbeitsverhalten als auch auf das Ordnungsverhalten zielen, für mitbestimmungspflichtig, während das höchste Arbeitsgericht hier noch auf den überwiegenden Zweck abzielt. ■

Von Kay Meiners

Bernd Waas: **Mitbestimmung des Betriebsrats in Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb**. HSI-Schriftenreihe, Band 33. Frankfurt am Main, Bund-Verlag 2020. 101 Seiten, kostenlos, als PDF-Download

### Fazit

**ZEITGEMÄSSE INTERPRETATION EINER WICHTIGEN RECHTSNORM**



## Corona-Ratgeber



Mit der Corona-Pandemie stellen sich viele neue arbeitsrechtliche Fragen sowohl für die Beschäftigten als auch für die Betriebs- und Personalräte. Der Bund-Verlag hat auf die aktuelle Unsicherheit schnell reagiert und mit den bekannten Arbeitsrechtlern Wolfgang Däubler und Peter Wedde eine Arbeitshilfe in Form eines E-Books produziert, in dem die wesentlichen Themen kompakt und kompetent dargestellt werden. Von Homeoffice über Kurzarbeit bis hin zum Arbeitsschutz und zur gerade erst neu geschaffenen Möglichkeit, Betriebsratssitzungen auch als Video- oder Telefonkonferenz abzuhalten – dieser Ratgeber lässt keine Fragen offen. ■

Von **Dirk Manten**

Bund Verlag EXTRA: **Corona & Arbeitsrecht**. Fachbeiträge und Arbeitshilfen. Frankfurt am Main, Bund-Verlag 2020. 116 Seiten, 34,90 Euro, Online-E-Book, PDF zum Download auf [www.bund-verlag.de](http://www.bund-verlag.de)

## Integrationsstudie



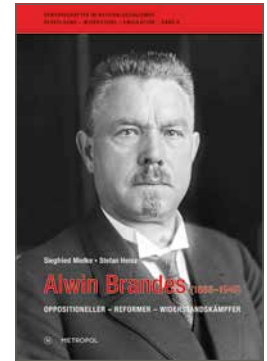
Welche Bedingungen bremsen oder fördern die Integration von Flüchtlingen am Arbeitsplatz? Dieser Frage geht der Autor Werner Schmidt nach. Positiv wirkt sich, laut Schmidt, neben anderen Faktoren eine Kultur des „betrieblichen Universalismus“ aus, bei dem „für alle Beschäftigten dieselben Regelungen Anwendung finden (...) und Konsens darüber besteht, dass trennende politische und kulturelle Unterschiede aus dem Betrieb verbannt

bleiben“. Eine solche Kultur des Universalismus finde sich, so der Autor, eher in tarifgebundenen Unternehmen mit einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer. ■

Von **Dirk Manten**

Werner Schmidt: **Geflüchtete im Betrieb**. Integration und Arbeitsbeziehungen zwischen Ressentiment und Kollegialität. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Band 195. Bielefeld, transcript Verlag 2020. 252 Seiten, 25 Euro

## DREI FRAGEN AN STEFAN HEINZ



Der Politologe und Historiker hat zusammen mit Siegfried Mielke eine Biografie über den Gewerkschafter Alwin Brandes verfasst.

### Nur Eingeweihte kennen den Gewerkschafter und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Alwin Brandes. Was macht ihn aus?

Brandes spielte eine wichtige Rolle während der Novemberrevolution. In der Weimarer Republik übernahm er den Vorsitz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Daneben war er ein einflussreicher Sozialpolitiker. Später war er Verfolger des NS-Regimes und nach 1945 scharfer Kritiker der SED-Politik. Er engagierte sich in vier politischen Systemen für eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

### Welche Meinung hatte er zur Debatte um Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik?

Neben der Forderung nach Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum unterstützte Brandes wirtschaftsdemokratische Überlegungen, vor allem Maßnahmen einer „praktischen Sozialisierung“. Gemeint war die Gründung eines breiten Spektrums gewerkschaftlicher Unternehmen, an deren Gründung er Anteil hatte

### Welche Rolle spielte Alwin Brandes für den Widerstand während der NS-Diktatur?

Er ist ein wichtiger Aspekt des Lebensweges. Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 musste Brandes feststellen, dass selbst eine auf die Schutzfunktion reduzierte Gewerkschaft von den Nationalsozialisten nicht geduldet wurde. Er wollte etwas tun und stand bald an der Spitze eines illegalen gewerkschaftlichen Netzwerkes, das in ganz Deutschland mit mehreren Hundert Personen in Verbindung stand.

Die Fragen stellte **Thilo Scholle**.

## Care-Arbeit ist keine Industrie



Seit Corona ist es in Mode, Kindertagesstätten und Krankenhäuser als systemrelevant zu bezeichnen. Dabei sind Kinderbetreuung und Gesundheitswesen seit jeher gesellschaftlich wichtige Institutionen. In den letzten zwei Jahrzehnten haben sie sich, unbemerkt von vielen, gravierend verändert.

Kindertagesstätten sind von Aufbewahrungs- und Spielanstalten – jedenfalls dem Anspruch nach – zu Zentren frühkindlicher Bildung geworden, deren Personal sich kompetent mit interkulturellen Problemen auseinandersetzen soll. In den Krankenhäusern, deren Finanzierung vor rund 15 Jahren auf Fallpauschalen umgestellt wurde, hält digitale Technik Einzug; eine Sparrunde folgt auf die andere. Es ist eine Gemengelage, die einerseits eine Professionalisierung erfordert, andererseits auch für Unmut und Frustration sorgen kann.

Das Autorenteam hat sich zum Ziel gesetzt, die Arbeitsbeziehungen in diesem Teil der Wirtschaft näher zu beleuchten. Denn das Forschungsfeld sei „trotz einiger jüngerer Ausnahmen“ in der deutschsprachigen Forschung eher randständig, und die Arbeitsbeziehungen beschreiben die Autoren als viel „heterogener und zerklüfteter“ als in der Industrie – aber damit auch weniger festgelegt auf ein sozialpartnerschaftliches Modell. Stattdessen schildern die Autoren Szenarien, die auf Anerkennung der Leistungen für die Gesellschaft, Aufwertung der Tätigkeiten und den Kampf um eine bessere Personalbemessung ausgerichtet sind. Diese Begriffe werden auch mit konkreten Tarifauseinandersetzungen der 2000er und 2010er Jahre verbunden.

Die Diagnose ganz spezifischer „Interessen- und Anerkennungsansprüche“ in der Care-Arbeit hat, seit die Studie im Februar 2020 erschien, eher an Brisanz gewonnen. Interessant ist, dass die Beschäftigten in den Fallstudien Betriebs- oder Personalräte durchweg nicht als relevante Akteure ansehen. Wichtiger scheint die Tarifpolitik zu sein – aber auch hier gibt es Enttäuschungen, wie die Autoren am Beispiel der Tarifrunde 2015 zeigen. ■

Von **Kay Meiners**

Christoph Bräutigam/Michaela Evans/Laura Schröer/Josef Hilbert/Stefan Kerber-Clasen/Franziska Meyer-Lantzberg/Gabriele Wagner: **Reorganisation und Mitbestimmung von Care-Arbeit.** Interessen- und Anerkennungsansprüche der Beschäftigten. Böckler Study 437, Düsseldorf 2020

## Risikobegrenzung



Eine Befragung Ausbildungsverantwortlicher in der Stahlindustrie gibt einen aktuellen Einblick in die Bemühungen, die Ausbildung trotz Corona sicher und geordnet ablaufen zu lassen. Um die Ausbildung auf kleinere Gruppen umzustellen und dem Infektionsschutz Genüge zu tun, setzen die Verantwortlichen nicht nur auf Fernunterricht, sondern auch auf rollierende Verfahren, Block- und Schichtmodelle. Wer glaubt, dass es in deutschen

Unternehmen bürokratisch zugeht, stößt stattdessen auf ungeheure Kreativität – und auf das Bemühen, mit den Arbeitnehmervertretern weiter für eine hohe Qualität bei der Ausbildung zu sorgen. ■

Sebastian Burdack: **Wie funktioniert berufliche Ausbildung in Corona-Zeiten?** Ausbildungsbetriebe der Stahlindustrie schlagen neue Wege ein. I.M.U. Policy Brief, Nr. 5, Düsseldorf 2020

## Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?



Besuchen Sie [boeckler.de](http://boeckler.de) (Veröffentlichungen).

## Konjunkturpolitik



Ein Gutachten im Auftrag des Bundesumweltministeriums, an dem Wissenschaftler des IMK beteiligt waren, empfiehlt, Konjunktur- und Klimapolitik zu verzahnen. Die Autoren schlagen vier Arten von Maßnahmen vor: „Erstens sollten Elemente klassischer Konjunkturprogramme mit klimapolitischen Akzenten versehen werden. Zweitens sollte der Ausbau von ohnehin erforderlichen Förder- und Investitionsprogrammen beschleunigt werden.

Drittens mit Preissignalen einen klimafreundlichen Wandel der Lebens- und Produktionsweisen stärken. Viertens muss die Finanzierung klimapolitischer Ausgaben langfristig gesichert werden.“ ■

Stefan Bach/Holger Bär/Katharina Bohnenberger/Sebastian Dullien/Claudia Kemfert/Miriam Rehm/Katja Rietzler/Matthias Runkel/Sophie Schmalz/Silke Tober/Achim Truger: **Sozial-ökologisch ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise.** Forschungsvorhaben im Auftrag des BMU, IMK Study 68, Düsseldorf 2020

DAS POLITISCHE LIED



**Joseph Beuys: Sonne statt Reagan (1982)**

Wir wollen Sonne statt Reagan  
 Ohne Rüstung leben  
 Ob West, ob Ost  
 Auf Raketen muss Rost

## DER KUNSTSTAR SINGT GEGEN RAKETEN AN

**A**ls US-Präsident Ronald Reagan im Juni 1982 zum NATO-Gipfel nach Deutschland kommt, versammeln sich auf den Bonner Rheinwiesen 400 000 Menschen zum Protest gegen die Nachrüstungspläne des Militärbündnisses. Der 10. Juni 1982 markiert die bislang größte Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik. Die westdeutsche Friedensbewegung steht auf ihrem Höhepunkt.

Während des Musikprogramms steigt ein Mann mit Filzhut auf die Bühne: Der Künstler Joseph Beuys, berühmt für provokative Kunst, ergreift das Mikrofon. Begleitet von der Band BAP, singt er: „Wir wollen Sonne statt Reagan/Ohne Rüstung leben/Ob West, ob Ost/Auf Raketen muss Rost“

Angst vor dem Atomkrieg liegt in der Luft. Die Sowjetunion hat mit atomaren Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 aufgerüstet. SPD-Kanzler Helmut Schmidt sieht das Gleichgewicht der Abschreckung in Gefahr und drängt Reagans Amtsvorgänger Jimmy Carter 1979 zum NATO-Doppelbeschluss: Sollten Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen scheitern, würde die NATO mit eigenen Raketen nachrüsten – eine weitere Eskalationsstufe im atomaren Wettrüsten.

Beuys, der sich für direkte Demokratie einsetzt und 1979 zu den Gründungsmitgliedern der Grünen gehört, vertritt ein Kunstkonzept, das über das Werk hinaus auf eine Strukturierung und Formung der Gesellschaft ausgerichtet ist. Er nennt es die „soziale Plastik“. Seine Arbeiten wie die berühmten „Fettecken“ werden kontrovers diskutiert.

Einmal trifft Beuys den Dalai Lama, für den er eigens eine Fettecke anfertigt. Allerdings bleibt das Gespräch, in dessen Verlauf fast ausschließlich Beuys redet und in dem er unter anderem ankündigt, China einen Wirtschaftsplan für Tibet vorzuschlagen, folgenlos.

Den Reagan-Song hat Beuys am 19. April 1982 im Auftrag der Grünen aufgenommen und als Single veröffentlicht. Die Musik schrieb BAP-Gitarrist Klaus Heuser. Der mitunter etwas ungenau gereimte Text stammt von dem Werbetexter Alain Thomé, BAP-Mitgründer Manfred Boecker hat ihn ergänzt.

Diplomatisch umschiffen die Strophen einige Klippen. Dem Vorwurf des Antiamerikanismus kommt der Song zuvor, indem er sich auf einer Seite mit dem amerikanischen Volk verortet: „Dieser Reagan kommt als Mann der Rüstungsindustrie/But the people of the States don't want it – nie!“ Auch als Anbiederung an die Sowjets soll das Lied

nicht missverstanden werden: „Er will die Säcke im Osten reizen/Die auch nicht mit Atomen geizen“.

Mit dem Song tritt Beuys einen Monat nach der Friedensdemo sogar in der ARD-Musiksendung „Bananas“ auf. Das Mikrofon schwingend, hüpfte er hinter der Band auf und ab. Die Nachrüstung können die Friedensdemos nicht verhindern. Unter Schmidts Nachfolger Helmut Kohl beschließt der Bundestag am 22. November 1983 die Stationierung von 108 Pershing-2-Raketen und 96 Marschflugkörpern in der Bundesrepublik.

Doch die Sowjetunion hat sich mit dem Wettrüsten wirtschaftlich übernommen. Am 8. Dezember 1987 vereinbarten Reagan und der sowjetische Staatschef Gorbatschow die „Doppel-Null-Lösung“ – ein Durchbruch! Innerhalb von drei Jahren sollen alle in Europa stationierten amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen verschrottet werden. ■

Von **Martin Kaluza**

▶ Das Lied hören/ansehen:  
[youtu.be/q1ugBlAxbF4](https://youtu.be/q1ugBlAxbF4)  
 Beuys wird von den Grünen ausgebootet:  
[youtu.be/d8XFazGxnw?t=5766](https://youtu.be/d8XFazGxnw?t=5766)

## Hilfreicher Leitfaden



**Gesundheit & Soziales**

[gesundheit-soziales.verdi.de/coronavirus](https://gesundheit-soziales.verdi.de/coronavirus)

**I**n Zeiten von massenhafter Kurzarbeit und Homeoffice besonders im Gesundheitswesen und im Einzelhandel sind Informationen über die Rechte der Beschäftigten besonders gefragt. Vorbildlich und nützlich ist die Info-Seite des Verdi-Fachbereichs „Gesundheit und Soziale Dienste“.

Übersichtlich sortierte Frage-und-Antwort-Rubriken verschaffen einen schnellen Überblick. Können beispielsweise Mitbestimmungsrechte eingeschränkt werden? Bei Betriebsräten ist die Antwort ein „definitives Nein“, bei Personalräten ein „grundsätzliches Nein“. Hier darf die Dienststellenleitung einseitig Regeln einführen – bei „Maßnahmen, die der Natur der Sache nach keinen Aufschub dulden“.

Ist eine Corona-Ansteckung bei der Arbeit ein Arbeitsunfall? Eine wichtige Frage, weil bei einem Arbeitsunfall die Unfallkasse einspringt – und die bietet, gerade was Langzeitfolgen angeht, die umfassendere Betreuung. Da es in den meisten Fällen schwierig ist, die Quelle der Infektion nachzuweisen, empfehlen die Verdi-Experten, die

Tätigkeit und möglicherweise mangelnde Schutzausrüstung genau zu dokumentieren.

Auch moralische Fragen werden angesprochen. Wenn der Arbeitgeber nicht ausreichend Schutzausrüstung zur Verfügung stellt, kann der Beschäftigte die Arbeit verweigern, um sich selbst zu schützen? Verdi rät zu umsichtigem Verhalten: „Sucht in den Teams gemeinsame Lösungen, die für alle tragbar sind.“

Gut, dass Verdi die wertvollen Tipps, die normalerweise nur Gewerkschaftsmitglieder erhalten, online stellt. So erfahren Interessierte, was Gewerkschaften auch jenseits einer Pandemie bieten. ■

Von **Gunnar Hinck**

---

### Fazit

**EIN EXTREM HILFREICHER  
LEITFADEN FÜR BESCHÄFTIGTE  
IN CORONA-ZEITEN**

APP-TIPPS

## Die volle Dosis Beatles

Ein Traum für Beatles-Fans: Google bietet seit Neuestem alle Alben der Fab Four, inklusive der „Anthology“-Trilogie und der „Live at the BBC“-Alben, kostenlos per App an. Die Beatles haben für alle etwas: für Quarantäne-Überdrüssige „I’m only sleeping“, für Christian Lindner die Hohe-Steuerklage „Taxman“, für den radikalen Gewerkschafter „Revolution“ und für Mitglieder von Tarifkommissionen das eher pragmatische „Money (That’s What I Want)“.



Kostenlos für Android

## News aus der Hauptstadt

In Corona-Zeiten bietet die Berliner Zeitung ihr E-Paper per App ohne Anmeldepflicht kostenlos an. Die Zeitung hat in den vergangenen Jahren durch diverse Eigentümerwechsel und Sparrunden qualitativ nachgelassen; eine Gratiszeitung aus der Hauptstadt ist natürlich dennoch eine gute Sache. Nutzerfreundlich: Es gibt keine standardmäßig eingestellten Push-Nachrichten, die man mühselig deaktivieren muss.



Kostenlos für iOS und Android

STIFTUNG ONLINE

## Fokus Corona-Krise

Die Hans-Böckler-Stiftung fasst wichtige Informationen und Hintergründe zu den Folgen der Corona-Pandemie für die Mitbestimmung unter einem Link zusammen. Die Kontaktbeschränkungen und der Lockdown werden die betriebliche Mitbestimmung und die Arbeit der Aufsichtsräte auch über die akute Krise hinaus betreffen. Hier erfährt man beispielsweise, was bei virtuellen Hauptversammlungen aus Sicht der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten zu beachten ist. Abrufbar sind bereits in Kraft getretene Betriebsvereinbarungen, die als Vorbild für andere Unternehmen und Branchen dienen können. Betriebsvereinbarungen sind der entscheidende Hebel, mit dem sich die Betriebsräte ihre Mitbestimmungsrechte in der Krise sichern. Der Service wird regelmäßig aktualisiert und erweitert.



[www.mitbestimmung.de/html/fokus-coronakrise-13593.html](http://www.mitbestimmung.de/html/fokus-coronakrise-13593.html)



CORONA

## News, Hintergrund und Kultur

Auch weiterhin analysiert Sebastian Dullien, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturpolitik, in der Podcast-Reihe „Systemrelevant“ zweimal pro Woche die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise. Der Böckler-Podcast ist über Plattformen wie Youtube, Spotify, Google Podcasts oder Apple Podcasts sowie über die Webseite ([www.boeckler.de/systemrelevant](http://www.boeckler.de/systemrelevant)) erreichbar.

Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet mit ihrem Blog „Corona and Care“ ein Informationspaket zur Krise an ([www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/gender-blog](http://www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/gender-blog)). Der Blog thematisiert, dass Sorgearbeit in Familien und Sozialbranchen plötzlich allgemein wertgeschätzt wird, gleichzeitig aber die jahrzehntelange Missachtung dieser Arbeit deutlich wird. Allein für den folgenden Satz der Referatsleiterin für Politik und Gesellschaft, Stefanie Ellies, lohnt das Stöbern im Blog: „Zu lange ist die Politik davon ausgegangen, dass die Sorgearbeit von Privatpersonen, vor allem Frauen, aufgefangen werden kann, die damit wiederum die bezahlt Beschäftigten in anderen Wirtschaftssektoren indirekt subventionieren.“

Einen Blick auf das Leben in Corona-Zeiten eröffnet der Podcast „Deutschlandfunk Nova – ab 21“, abrufbar über die App oder über [www.deutschlandfunknova.de/ab-21](http://www.deutschlandfunknova.de/ab-21). Jeden Werktag geht ein neuer Podcast online, so etwa ein Interview mit dem Fotografen Sebastian Wells, der beschreibt, wie sich das Verhalten von Passanten im öffentlichen Leben verändert hat. Eine weitere Folge wirft einen differenzierten Blick auf die Behauptung, dass der Alkoholkonsum seit dem Ausbruch der Corona-Epidemie gestiegen sei. Ergebnis der Analyse ist ein Sowohl-als-auch: Menschen, deren Lebenssituation sich durch Corona verschlechtert hat, trinken mehr, diejenigen, bei denen beruflich alles beim Alten geblieben ist, eher weniger.

Ein Geheimtipp zum Schluss: Unter #digitalunterwegs, abrufbar auf Youtube, machen (vorwiegend klassische) Musiker, die derzeit nicht auftreten können, Hausmusik. Wer um klassische Konzertsäle sonst einen Bogen macht, kann hier mal ganz entspannt vorbeischaun.



## RÄTSEL Der französische Politiker Jean Jaurès kämpfte stets dafür, die zerstrittenen Sozialisten zu einen. Eindringlich warnte er außerdem vor einem Krieg mit Deutschland.

Von Marc von Lüpke

Eine traurige Prozession zieht am 23. November 1924 durch Paris. Tausende beobachten, wie einige Dutzend Männer eine Plattform durch die Straßen schieben. Darauf befindet sich ein Sarg mit den sterblichen Überresten von Jean Jaurès. Jaurès war der populärste sozialistische Politiker Frankreichs; immer wieder war er für die Rechte der Arbeiter eingetreten. Die Männer, die seinen Sarg schieben, sind Bergleute, die Jaurès ehren wollen. An diesem Tag wird der Leichnam des bereits zehn Jahre zuvor bei einem Mordanschlag ums Leben gekommenen Jaurès ins Panthéon getragen, wo Frankreich verdiente Persönlichkeiten bestattet.

1859 als Sohn eines kleinen Landgutbesitzers im Languedoc geboren, besucht Jaurès prestigeträchtige Ausbildungsstätten für den akademischen Nachwuchs. Früh erhält er eine Professur in Toulouse. Es ist aber nicht nur die gelehrte Welt, die ihn interessiert – sondern auch die Politik. 1885 nimmt er mit nur 26 Jahren für vier Jahre als Abgeordneter in der Nationalversammlung Platz; er ist zu diesem Zeitpunkt gemäßigter Republikaner.

Seine Hinwendung zum Sozialismus erfolgt später. In Carmaux, einer Stadt in Jaurès' südfranzösischer Heimat, streiken 1892 die Bergarbeiter für die Wiedereinstellung eines Arbeitskollegen, der auch gewählter sozialistischer Bürgermeister ist und vom Eigentümer des Bergwerks entlassen wurde. Die Regierung schickt Soldaten. Jaurès ergreift Partei für die Streikenden, die am Ende ihre Anliegen durchsetzen. Ein Jahr später zieht Jaurès erneut in die Nationalversammlung ein, diesmal für die Sozialisten. Sein Ziel besteht darin, die in zahlreiche Gruppen zerstrittene politi-

sche Richtung zu einen. Mit Erfolg: 1905 formiert sich die Parti socialiste, section française de l'Internationale ouvrière.

Zu diesem Zeitpunkt ist Jaurès, der in der Zwischenzeit eine vierbändige Geschichte der Französischen Revolution verfasst hat, landesweit bekannt. Der wortgewaltige Sozialist engagierte sich in der sogenannten Dreyfus-Affäre für den 1894 wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse an Deutschland zu Unrecht verurteilten Offizier Alfred Dreyfus und prangert Verschleierungsversuche der für den Prozess Verantwortlichen an.

Neben sozialer Gerechtigkeit – Jaurès befürwortet die Veränderung der Gesellschaft auf parlamentarisch-demokratischem Wege – ist die Vermeidung eines neuen Krieges mit Deutschland das Anliegen des Sozialistenführers. In nationalistischen Kreisen gilt er deswegen als Verräter. In dieser aufgeheizten Stimmung erschießt ein junger Fanatiker den Pazifisten Jaurès am 31. Juli 1914 in einem Pariser Café. Drei Tage später befinden sich Frankreich und Deutschland im Krieg. ■

### Rätselfragen

Wie heißt die Insel vor der Küste Französisch-Guayanas, auf die Alfred Dreyfus vier Jahre lang verbannt worden war?

Welchen Namen trägt das Gebäude im 7. Pariser Arrondissement, in dem mit der Nationalversammlung das Unterhaus des französischen Parlaments tagt?

Mit welchem späteren französischen Regierungschef und Friedensnobelpreisträger gründete Jean Jaurès 1904 die sozialistische Zeitung L'Humanité?

Alle richtigen Einsendungen, die **bis zum 1. August 2020** bei uns eingehen, nehmen an einer Auslosung teil.

### Preise

- Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
- 4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

### Schicken Sie uns die Lösung:

Hans-Böckler-Stiftung  
Redaktion Mitbestimmung  
Georg-Glock-Straße 18  
40474 Düsseldorf  
E-Mail: redaktion@boeckler.de

### Auflösung der Rätselfragen 2/2020

1781  
Ernst Christian Trapp  
Mexiko

Den 1. Preis hat Oliver Job aus Schwerin gewonnen. Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Wolfgang Kron aus Mainz, Hans-Theo Deckers aus Kerken und Torben Schmengler aus Langen.



## BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN



### WASSER STATT ROHÖL

#### Nach langfristiger Perspektive fragen

**Clivia Conrad**, Bundesfachgruppenleiterin Wasserwirtschaft, Verdi-Bundesverwaltung, aus Berlin schreibt:

Vielen Dank für diesen interessanten Artikel. Was mir fehlt, ist eine Antwort auf die Frage, wie viel Wasser in welcher Qualität und Menge unter welchen Nutzungsprämissen gebraucht wird und welche Auswirkungen das auf das Angebot an Trinkwasser, Brauchwasser und die Ökologie

hat. Das gilt auch für Pläne, die Welt mit Wasserstoff zu retten. Als alle sich auf Bioethanol als Lösung aller fossilen Probleme stürzten, hat niemand weit genug gedacht, die Verschmutzung des Grundwassers durch Düngung und die Bodenzerstörung durch Übernutzung zu verhindern. Letztlich hat dieser Kraftstoff uns nicht weitergebracht. Wie ist die langfristige Perspektive einer Technik in jeder Wirkrichtung? Diese Frage sollte immer beantwortet werden, ehe Heils- und Arbeitsplatzversprechen zu erheblichen Investitionen führen. ■

### DER POST-WACHSTUMSÖKONOM Gerne mehr erfahren

**Hildegard Demmer** aus Essen schreibt:

Jenseits der Tagespresse liefert das Magazin Mitbestimmung mir immer wieder interessante Blicke

hinter die Kulissen des Arbeitslebens. Dafür und für die immer wieder gelungene Aufmachung des Heftes möchte ich mich einmal herzlich bedanken! In der April-Ausgabe fand ich den kurzen Beitrag über Steffen Lange besonders interessant – und würde mich freuen, gelegentlich einmal mehr über seine Perspektiven und Diskussionen mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zu erfahren. ■

### WEBRESONANZ

#### WASSER STATT ROHÖL

[twitter.com/boeckler\\_de/status/1263775733232611329](https://twitter.com/boeckler_de/status/1263775733232611329)

**@joergprante** „Wasser statt Rohöl“ (...) und „in großem Stil“ – das ist auch nichts zu machen. Wo soll der Strom herkommen? Viel zu teuer. Und Nutzung von „CO<sub>2</sub> aus Industrieabgasen“ – also Methan aus Erdgas – sei „klimaneutral“? Das ist eine Lüge. ■

[www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-22910.htm](http://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-22910.htm)

**H.Sanders@heisa9** Generell sollte Fernwärme ausgebaut werden und im Sommer solarthermisch erhitzt werden. Bei Sonnenschein darf einfach kein Öl oder Gas zur Wassererwärmung verwendet werden. ■

### Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig geärgert über einen Beitrag oder fanden eine Reportage ganz toll? Schreiben Sie uns!



[redaktion@boeckler.de](mailto:redaktion@boeckler.de)



**IMPRESSUM**

**Herausgeber:** Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB, Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

**Verantwortlicher Geschäftsführer:**  
Michael Guggemos

**Redaktion:**  
Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139  
Fabienne Melzer (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-192

**Konzeption des Titeltemas:** Kay Meiners, Fabienne Melzer  
**Redaktion dieser Ausgabe:** Kay Meiners, Fabienne Melzer  
**Redaktionsassistent:** Eva Quenzel  
**Telefon:** 0211/77 78-147  
**E-Mail:** redaktion@boeckler.de

**Projektmanagement/Layout/Produktion/Artdirection:**  
Signum communication GmbH, Mannheim,  
Nicole Ellmann, Roger Münzenmayer

**Titelfotos:** Werner Bachmeier; Christian Koch; Thomas Kienzle

**Druck:** Offset Company, Wuppertal

**Verlag:** Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

**Adressänderungen für Förderer:**  
foerderer@boeckler.de

**Adressänderungen für Stipendiaten und Vertrauensdozenten:**  
Über das Intranet der Studienförderung

**Leserservice für sonstige Bezieher und kostenfreie Einzelhefte:**  
Bund-Verlag GmbH  
**Telefon:** 069/79 50 10-96  
**E-Mail:** abodienste@bund-verlag.de

**Datenschutz**  
Die zur Abwicklung des Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG verwaltet.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984

**IN DER NÄCHSTEN AUSGABE ...**

Nr. 4 | August 2020

# Corona – und wie geht es weiter?

Auf der Seite der Gesundheit hatte sich die Pandemie Anfang Juni etwas entspannt. Die verschiedenen Maßzahlen zum Grad der Verbreitung sanken, und das Leben kehrte in die Öffentlichkeit zurück. Doch die Auswirkungen des wochenlangen Stillstands zeichnen sich erst nach und nach ab. Wie geht es weiter mit der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt? Verändert die Pandemie unsere Art, zu arbeiten? Wie sieht es in den Bildungseinrichtungen aus, und unter welchen Bedingungen geht die Ausbildung weiter?

**FEEDBACK**

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissen Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.



02 11/77 78-147  
redaktion@boeckler.de  
magazin-mitbestimmung.de



## KÖLN, AN EINEM GEHEIMEN ORT

**DORIT FELSCH** ist Leiterin der Evangelischen TelefonSeelsorge Köln.

Text **Andreas Schulte**  
Foto **Stephen Petrat**

„Meine Aufgabe ist es, die Arbeit unserer gut 70 ehrenamtlichen Kräfte zu koordinieren und zu begleiten. Im Kölner Stadtteil Nippes habe ich nach meinem Theologiestudium als Pfarrerin angefangen. Dort halte ich auch heute noch hin und wieder Gottesdienste.

Die Evangelische TelefonSeelsorge Köln leite ich seit 2017. Hier spürt man das Leben mit all seinen Schattierungen. Unser Telefon ist rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr besetzt. Ich bin für die Organisation, die Ausbildung, Fortbildung und seelsorgliche Begleitung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Außendarstellung der Seelsorge zuständig – und manchmal helfe ich auch selbst am Telefon Anrufern bei ihren Problemen. Das ist zwar nur recht selten der Fall, aber ich freue mich immer darauf.

Die eigentliche Telefonseelsorge findet an einem geheimen Ort statt. Denn nicht nur die Anrufenden sind anonym, unsere Ehrenamtlichen sind es auch. Zurzeit verzeichnen

wir rund 50 Prozent mehr Anrufe. Die Probleme der Menschen treten in Krisenzeiten verstärkt auf, etwa Einsamkeit – gerade bei Älteren.

Die Telefonate belasten manchmal auch die Seelsorger und Seelsorgerinnen. Sie halten mit den Anrufenden schwere Situationen und Lebensgeschichten aus. Sie unterliegen zudem der Schweigepflicht, dürfen also zu Hause nichts erzählen. Außerdem erfahren sie fast nie, wie sich das Schicksal eines Anrufers nach dem Auflegen gewendet hat.

Daher ist es auch ein Teil meiner Aufgabe, Seelsorge für unsere Ehrenamtlichen zu betreiben. Sie müssen mit sich selbst im Reinen sein. Ich muss die eigenen wunden Punkte kennen und wissen, wie ich selbst auf Krisen reagiere. Daher gehört Selbstreflexion zur Ausbildung, auch bei unseren Ehrenamtlichen. Wer durch sein Ehrenamt öffentliche Anerkennung sucht, ist hier falsch. Anerkennung gibt es nur intern. Telefonseelsorge arbeitet im Verborgenen.“ ■



# HINWEIS DER REDAKTION

---

Wegen der Corona-Epidemie hat die Hans-Böckler-Stiftung zahlreiche Veranstaltungen absagen oder verschieben müssen. Der aktuelle Stand ist schwer nachzuhalten. Die Redaktion empfiehlt folgenden Weblink, um zu prüfen, welche Veranstaltungen ausfallen beziehungsweise welche neuen Termine aktuell geplant sind:

[bit.ly/boeckler-veranstaltungen](https://bit.ly/boeckler-veranstaltungen)



## NEUER AUFTRITT

Die Hans-Böckler-Stiftung hat ihre Internetseite modernisiert. Der neue Auftritt passt sich jedem Gerät an – ob Smartphone, Tablet oder Desktop. Auch unterwegs lässt sich die Seite damit gut lesen. Besucherinnen und Besucher finden alle Inhalte der Stiftung und ihrer Institute nach Themen geordnet. Wer sich für ein Stipendium oder die Förderung von Forschungsarbeiten

interessiert, findet Informationen dazu unter Leistungen. Die Institute der Stiftung haben ihre eigenen Auftritte behalten, präsentieren aber ihre Arbeit nach dem gleichen Prinzip. So finden sich Nutzerinnen und Nutzer überall zurecht.

[www.boeckler.de/de/relaunch-boeckler-de-21716.htm](http://www.boeckler.de/de/relaunch-boeckler-de-21716.htm)